



Wortprotokoll

über die 32. Sitzung der

Vollversammlung des Stadtrates der Landeshauptstadt München

vom 01. Februar 2023

(öffentlich)

Oberbürgermeister

Reiter

2. Bürgermeisterin

Habenschaden

3. Bürgermeisterin

Dietl

bfm. Stadtratsmitglieder

siehe Anwesenheitsliste

ea. Stadtratsmitglieder

siehe Anwesenheitsliste

ferner

Mitarbeiter*innen der Verwaltung

Anwesenheitsliste der Vollversammlung vom 01. Februar 2023

Oberbürgermeister	Reiter
2. Bürgermeisterin	Habenschaden
3. Bürgermeisterin	Dietl

Ehrenamtliche Stadtratsmitglieder:

Die Grünen:

StRin Berger, StR Bickelbacher, StR Brem, StRin Fuchs,
StRin Dr. Gerstenkorn, StRin Gökmenoğlu,
StRin Hanusch, StR Krause, StRin Langmeier, StRin Lüttig,
StRin Lux, StRin Nitsche, StRin Pilz-Strasser, StRin Post,
StR Dr. Roth, StR Schönemann, StR Schreyer, StR Smolka,
StRin Stöhr, StR Süß, StR Weisenburger

CSU:

StR Agerer, StR Babor, StRin Bär, StRin Burkhardt, StR Dzeba,
StR Ewald, StRin Gaßmann, StRin Grimm,
StRin Kainz, StR Kaum, StR Luther, StRin Dr. Menges,
StRin Mirlach, StR Pretzl, StR Reissl, StR Schall, StR Schmid,
StR Stadler, StR Prof. Dr. Theiss

SPD:

StRin Abele, StRin Burger, StR Gradl, StR Hefter, StRin Hübner,
StR Köning, StRin Likus, StR Mentrup, StR Müller, StR Naz,
StRin Odell, StRin Dr. Schmitt-Thiel,
StRin Schönfeld-Knor, StR Schuster, StR Vorländer,
StRin Wennigatz

AfD:

StR Stanke, StR Walbrunn, StRin Wassill

FDP:

StR Prof. Dr. Hoffmann, StRin Neff, StR Roth

DIE LINKE.:

StR Jagel, StRin Wolf

ÖDP:

StRin Haider, StR Ruff

FREIE WÄHLER:

StR Mehling, StR Schabl

BAYERNPARTEI:

StR Progl

München-Liste:

StR Höpner

Die PARTEI:

StRin Burneleit

Rosa Liste:

StR Niederbühl

Volt:

Berufsmäßige Stadtratsmitglieder:

i. V. Frau Hildebrandt

Bfm. StR Biebl

Bfm. StRin Dr. Dornheim

Bfm. StR Dunkel

Bfm. StRin Dr.-Ing. Ehbauer

Bfm. StRin Frank

Stadtkämmerer Frey

Stadtschulrat Kraus

Bfm. StRin Kugler

Stadtbaurätin Prof. Dr. (Univ. Florenz) Merk

Bfm. StR Mickisch

Bfm. StRin Dr. Sammüller-Gradl

Bfm. StRin Zurek

Inhaltsverzeichnis

Erlass einer Erhaltungssatzung nach § 172 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 BauGB	8
Aufnahme der gesamten Altstadt in die Erhaltungssatzung	9
StR Prof. Dr. Hoffmann:	9
Mit Kultur aus der Krise VII	9
Mehrwöchige Nutzung der Grünanlagen und des öffentlichen Verkehrsgrunds Richtlinien für Kultur und Strandveranstaltungen.....	10
StR Pretzl:.....	10
StRin Dr. Menges:.....	10
Bestätigung von Ausschussbeschlüssen.....	10
Unterstützung des Stadtrats für mehr Beteiligung bei den Migrationsbeiratswahlen	11
OB Reiter:	11
Luftreinhaltung sozial verträglich: Weniger Gebühren für Dieselaautos	11
Ausnahmegenehmigungen bei Dieselfahrverbot unbürokratisch handhaben.....	11
OB Reiter:	11
Bürgerbegehren „Grünflächen erhalten“	12
StR Müller:	12
StRin Fuchs:	15
OB Reiter:	18
StRin Wolf:	19
StR Walbrunn:	20
StR Ruff:	22
StR Prof. Dr. Hoffmann:	24
StR Pretzl:.....	27
StR Höpner:	30
StRin Hanusch:.....	32
OB Reiter:	35
Frau Müller (Rechtsabteilung des Direktoriums):	37
OB Reiter:	37
StRin Wolf:.....	38
StBRin Prof. Dr. (Univ. Florenz) Merk:	38
StR Ruff:	38
StBRin Prof. Dr. (Univ. Florenz) Merk:	38
StR Ruff:	38
Bfm. StRin Dr.-Ing. Ehbauer:	38
OB Reiter:	38
StR Ruff:	39
OB Reiter:	39
OB Reiter:	39
OB Reiter:	40
Sanierungsgebiet „Aubing - Neuaubing - Westkreuz“	41
StR Roth:	41
Markthallen München (MHM);	42
StRin Wassill:.....	42
Mobilitätsstrategie 2035	44
StRin Mirlach:	44

StRin Wassill:.....	44
StR Roth:.....	45
Unternehmensstruktur der Städtischen Friedhöfe München und der Städtischen Bestattung	46
StRin Wassill:.....	46
Generalsanierung Gasteig - Ergebnis des Vergabeverfahrens für ein Investorenmodell	48
OB Reiter:.....	48
StR Pretzl:.....	48
OB Reiter:.....	50
StR Pretzl:.....	51
OB Reiter:.....	51
StRin Wolf:.....	52
StR Prof. Dr. Hoffmann:.....	53
StRin Schönfeld-Knor:.....	55
StR Dr. Roth:.....	56
StRin Haider:.....	57
StR Pretzl:.....	59
OB Reiter:.....	60
StR Pretzl:.....	60
BMin Habenschaden:.....	61
StR Pretzl:.....	63
OB Reiter:.....	63
Unterstützung des Stadtrates für mehr Beteiligung bei den Migrationsbeiratswahlen.....	66
StR Prof. Dr. Hoffmann:.....	66
StRin Gaßmann:.....	67
StR Krause:.....	67
OB Reiter:.....	68
StRin Gaßmann:.....	68
OB Reiter:.....	68
StR Prof. Dr. Hoffmann:.....	68
StRin Wenngatz:.....	69
OB Reiter:.....	69
Frau Hildebrandt (RAW):.....	69
StR Krause:.....	69
Frau Hildebrandt:.....	70
OB Reiter:.....	70
StR Prof. Dr. Hoffmann:.....	70
OB Reiter:.....	70
Luftreinhaltung sozialverträglich: Weniger Gebühren für Dieselaautos	71
Ausnahmegenehmigungen bei Dieselfahrverbot unbürokratisch handhaben.....	71
StRin Hübner:.....	71
StR Dr. Roth:.....	73
StR Roth:.....	75
StR Walbrunn:.....	76
StR Pretzl:.....	77
Bfm. StRin Sammüller-Gradl:.....	78
Bfm. StRin Kugler:.....	78
StR Dr. Roth:.....	79

Bürokratieabbau	81
OB Reiter:	81
StR Reissl:	85
OB Reiter:	86

Öffentliche Sitzung

Beginn: 09:24 Uhr

Vorsitz: OB Reiter

Erlass einer Erhaltungssatzung nach § 172 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 BauGB

im 2. Stadtbezirk Ludwigsvorstadt - Isarvorstadt

Empfehlung Nr. 287 der Bürgerversammlung des 2. Stadtbezirks

Ludwigsvorstadt-Isarvorstadt vom 20.07.2021

Antrag Nr. 4510 des Bezirksausschusses des 2. Stadtbezirks

Ludwigsvorstadt-Isarvorstadt vom 27.09.2022

Aktensammlung Seite 4667

Beschluss (gegen die Stimmen von FDP - BAYERNPARTEI und AfD):

Nach Antrag.

**Aufnahme der gesamten Altstadt in die Erhaltungssatzung
Empfehlung Nr. 811 der Bürgerversammlung des 1. Stadtbezirks
Altstadt-Lehel vom 15.09.2022**

Aktensammlung Seite 4669

StR Prof. Dr. Hoffmann:

Wir möchten Ziffer 3 gesondert abstimmen.

Ziffer 3 des Antrags der Referentin wird gegen die Stimmen von FDP - BAYERNPARTEI und AfD **beschlossen**.

Die restlichen Ziffern des Antrags der Referentin werden **einstimmig beschlossen**.

In der Gesamtabstimmung wird der Antrag der Referentin **einstimmig beschlossen**.

Mit Kultur aus der Krise VII

Antrag Nr. 1891 von SPD/Volt und Die Grünen - Rosa Liste vom 14.09.2021

Aktensammlung Seite 4679

Beschluss (gegen die Stimmen der AfD):

Nach Antrag.

**Mehrwöchige Nutzung der Grünanlagen und des öffentlichen Verkehrsgrunds
Richtlinien für Kultur und Strandveranstaltungen
Änderungsantrag Nr. 3524 von DIE LINKE./Die PARTEI vom 20.12.2022**

Aktensammlung Seite 4685

StR Pretzl:

Wir stellen den gleichen Änderungsantrag wie im Ausschuss.

Der bereits im Kreisverwaltungsausschuss vom 31.01.2023 eingebrachte Änderungsantrag der CSU mit FREIE WÄHLER wird gegen die Stimmen von CSU mit FREIE WÄHLER und ÖDP/München-Liste **abgelehnt**.

Der Antrag der Referentin wird gegen die Stimmen von CSU mit FREIE WÄHLER, ÖDP/München-Liste und AfD **beschlossen**.

Erklärung zur Abstimmung:

StRin Dr. Menges:

Erklärung wie im Ausschuss.

Bestätigung von Ausschussbeschlüssen

Die Anträge der Referentinnen und Referenten zu den Tagesordnungspunkten B 1, 2, 3, 7, 8 und 10 werden **einstimmig beschlossen**.

(Aktensammlung Seite 4659 - 4678)

**Unterstützung des Stadtrats für mehr Beteiligung bei den Migrationsbeiratswahlen
Dringlichkeitsantrag Nr. 3590 von FDP - BAYERNPARTEI und CSU mit FREIE WÄHLER
für die Vollversammlung am 01.02.2023**

Aktensammlung Seite 4687

OB Reiter:

Der finanzielle Aspekt wäre dringlich, der Rest nicht. Wir behandeln den Antrag. Nur über einen Teil einer ohnehin überschaubaren Vorlage zu reden, halte ich nicht für zweckmäßig.

**Luftreinhaltung sozial verträglich: Weniger Gebühren für Dieselaautos
Dringlichkeitsantrag Nr. 3589 von SPD/Volt
für die Vollversammlung am 01.02.2023**

und

**Ausnahmegenehmigungen bei Dieselfahrverbot unbürokratisch handhaben
Dringlichkeitsantrag Nr. 3592 von Die Grünen - Rosa Liste
für die Vollversammlung am 01.02.2023**

Aktensammlung Seite 4689 - 4692

OB Reiter:

Der Antrag von SPD/Volt ist genauso dringlich wie der Antrag von Die Grünen - Rosa Liste. Vielleicht können wir die Diskussion zu den beiden Dringlichkeitsanträgen zusammenfassen. Es scheint sich um ein ähnliches Thema zu handeln. - (Heiterkeit) - Ich hätte große Sympathie dafür, beide Anträge gemeinsam zu behandeln. Sie äußern Pro und Kontra und danach stimmen wir die Anträge ab.

Bürgerbegehren „Grünflächen erhalten“**Entscheidung über die Zulässigkeit des Bürgerbegehrens**

Aktensammlung Seite 4657

StR Müller:

Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir werden wie angekündigt der Vorlage des Direktoriums zustimmen, weil wir dieses Bürgerbegehren für die weitere Entwicklung der Landeshauptstadt München mitnichten für hilfreich halten. Ich darf zunächst zitieren: Die Politik würde jede Möglichkeit verlieren, verschiedene Nutzungen von Grundstücken zu koordinieren. Es könne sich im Zweifel sogar nachteilig auf den Erhalt von Grünflächen auswirken. Der Text, der zur Abstimmung gestellten Frage würde der Stadt jeglichen Gestaltungsspielraum rauben. Das stammt nicht von mir, sondern von der Vorsitzenden der Grünen-Fraktion, Frau Fuchs. Dem ist an dieser Stelle nichts hinzuzufügen, weil dieser Satz richtig ist und bleibt. - (Beifall von SPD/Volt)

Im Kern geht es in dem Bürgerbegehren auch nicht um Freiflächen. Vielmehr will das Bürgerbegehren tatsächlich jeglichen rechtlichen Hebel ausnutzen, um Planen und Bauen in München zu erschweren und künftig zu verunmöglichen. Den Geist, den dieses Bürgerbegehren atmet, können Sie auf der Homepage der ÖDP nachlesen:

“Das Bevölkerungswachstum, ausgelöst vor allem durch ständigen Zuzug aufgrund neuer Arbeitsplätze, führt zu einem sich immer weiter verschärfenden Wohnraummangel. Deshalb muss der Zuzug gebremst werden. Dafür ist der Bau neuer Gewerbeimmobilien und die damit verbundene Schaffung neuer Arbeitsplätze so weit wie möglich zu unterbinden. Gleichzeitig müssen viele neue Wohnungen entstehen.“

Wo diese Wohnungen entstehen sollen, darüber lässt uns der Autor oder die Autorin dieser Zeilen im Unklaren. Das scheint nicht das Problem derer zu sein, die solches schreiben.

Die SPD-Fraktion hat sich in all den Jahren wesentlich dafür eingesetzt, die Zahl der Grün- und Freiflächen in München zu erhöhen - und zwar auf Basis dessen, was das Bürgerbegehren fordert. Es geht nämlich nur auf einen formalen Aspekt des Flächennutzungsplans ein: die allgemeinen

Grünflächen. Hier ist eindeutig nachlesbar, dass diese in den letzten Jahren erheblich vergrößert wurden.

Im Übrigen ist es bei jedem größeren Bebauungsplanverfahren selbstverständlich, nicht nur wohnungsnahen Grünflächen, sondern auch große Parks anzulegen. Die Planung in Freiham ist das beste Beispiel. Insofern geht es nicht darum, mehr Freiflächen zu schaffen, sondern darum, mittels eines Planungsthemas künftig die Planung und den Bau weiterer guter Wohngebiete zu verhindern. Wer sagt, wir sollten in München keine weiteren Arbeitsplätze schaffen, setzt sich auf der einen Seite für einen Stillstand der Gewerbeentwicklung ein. Da werden sich die Münchner Unternehmen ganz herzlich bedanken! Auf der anderen Seite soll auch das Entstehen von Wohnungen erheblich erschwert werden. Das ist die dahinterstehende Agenda! Wir lehnen sie klar und eindeutig ab. - (Beifall von SPD/Volt)

Ich zitiere auch eine nicht unbekannt Kommunalpolitikerin:

„Nur, wenn wir hier nicht immer wieder beim ersten Kreuzchen unter eine Petition politisch in uns zusammenfallen, dann arbeiten wir in den kommenden Jahren ernsthaft an der Zukunft dieser Stadt.“

Auch dies stammt nicht von mir, sondern von der 2. Bürgermeisterin. Liebe Frau Habenschaden, es wäre schön, wenn Sie sich an den Worten, die Sie ansonsten preisgeben, orientieren würden.- (StRin Fuchs: Das war ein Zitat zum Hochhaus-Begehren!) - Ich erspare Ihnen die längere Ausführung weiterer Zitate des großen Poeten Manuel Pretzl, der insbesondere auf Twitter davon schwärmt, dass Freiflächen Oasen der Ruhe sind. Das stimmt nicht einmal formaliter, macht aber den Geist derer deutlich, die dieses Bürgerbegehren übernehmen wollen. - (StR Ruff: Gibt es auch etwas Inhaltliches oder geht es nur um den Geist?)

Planung und Wohnungsbau erfordern natürlich auch Haltung. Ich habe es schon gesagt: Wir wollen gute Planungen. Wir möchten, dass die Menschen in guten Wohngebieten leben und dort über Frei- und Sportflächen verfügen. Wir müssen aber auch deutlich darauf hinweisen, wenn wir Planungsverfahren letztendlich vor allem bürokratisieren. Besonders interessant wird es, wenn die CSU-Fraktion in derselben Sitzung noch einen Punkt zum Bürokratieabbau aufruft. Was Sie hier fordern, wird unter Garantie kein Bürokratieabbau!

Punkt 3 Ihres Änderungsantrags macht klar und deutlich, dass Sie an das, was Sie hier beschließen wollen, selbst nicht wirklich glauben. Während das Bürgerbegehren auf der einen Seite ganz deutlich auf Planungsverfahren abzielt, sagen Sie auf der anderen Seite, es solle zu keiner Verzögerung bei Planungsverfahren kommen. - (Beifall von StR Prof. Dr. Hoffmann) - Was wollen Sie denn? Wollen Sie, dass wir künftig kraftvoll etwas für die Menschen in dieser Stadt tun können und Wohnungen und Freiflächen so planen, wie es sinnvoll ist? Oder wollen Sie, dass wir uns an Einzelkennzeichen und -ausweisungen im Flächennutzungsplan abarbeiten, um irgendwann zu tatsächlichen Wohnungsvorhaben zu kommen?

Ich finde es auch interessant, dass Teile der CSU-Fraktion zumindest jetzt nicht anwesend sind. Herr Hammer, wie steht es mit der Allianz für München? Die Münchner Unternehmen werden sich freuen, wenn die CSU-Fraktion wie üblich versucht, im Wind des Zeitgeistes zu segeln und ihnen eindeutig eins vor den Latz knallt. Die Unternehmen sind nämlich darauf angewiesen, sich immer weiterzuentwickeln, weil Wirtschaftsentwicklung keine statische Größe ist.

Die Linken mag ich gar nicht zusätzlich erwähnen. In jedem Sozialausschuss beweinen sie, wie lang die Schlangen vor dem Wohnungsamt sind. Sie sind aber nicht bereit, etwas für die Menschen zu tun.

Ich möchte noch einmal deutlich sagen, was wir wollen. Wir wollen Planungsverfahren, mit deren Hilfe Menschen, die in München dringend eine Wohnung suchen, auch zeitnah eine bekommen können. - (Beifall von SPD/Volt) - Wir wollen, dass München eine lebenswerte Stadt bleibt. Wir wollen nicht, dass Menschen mit falschen oder halbwahren Plattitüden überzeugt werden, gegen die Planung weiterer Wohnungen zu stimmen. Dazu gehört z. B. die Behauptung, München sei die Stadt mit dem höchsten Versiegelungsgrad in Deutschland, was nachweislich nicht stimmt.

Natürlich können Sie die Entstehung oder Besetzung weiterer Arbeitsplätze verhindern. Eltern, die einen Betreuungsplatz suchen und Menschen, die gepflegt werden wollen oder ins Krankenhaus müssen, werden es Ihnen danken. Gerade die Wohnungen, die für Krankenschwestern, Erzieherinnen und Erzieher und Altenpflegerinnen und Altenpfleger fehlen, werden nicht mehr so schnell oder gar nicht mehr gebaut, wenn Sie dieses Bürgerbegehren übernehmen. - (Beifall von SPD/Volt)

Wir brauchen es gar nicht lange ausführen. Das ist Teil einer politischen Kampagne einer Einzelpartei und einer Kleinfraktion im Stadtrat, der wir auf keinen Fall folgen werden. Wir können nur

noch einmal an die beiden größeren Fraktionen appellieren, künftig weiter mit Hirn und nicht mit Populismus an die Sache heranzugehen. Angesichts dessen, was uns vorliegt, scheint das nicht der Fall zu sein. Die Fraktion, die ihren Weg und ihre Linie klar beibehält, ist die SPD. - (StR Prof. Dr. Hoffmann: Und wir!) - Und die FDP in diesem Fall. Ein Lob an die Kolleginnen und Kollegen! Die SPD sagt: Wohnungen und Arbeitsplätze für die Menschen. Daneben wollen wir natürlich auch eine vernünftige und konzentrierte Freiraumentwicklung von Sportflächen und all den Dingen, die die Menschen hier brauchen. Das ist die Politik der SPD. Die Übernahme dieses Bürgerbegehrens lehnen wir deswegen klar ab. Vielen Dank! - (Beifall SPD/Volt und FDP - BAYERNPARTEI)

StRin Fuchs:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn rund 60 000 Münchnerinnen und Münchner den Erhalt unserer Grünflächen einfordern, müssen wir das ernst nehmen. - (Beifall von Die Grünen - Rosa Liste) - Die Bürgerinnen und Bürger haben sich zu Initiativen für den Erhalt zusammengeschlossen. Anders als bei anderen Bürgerbegehren haben sie wirklich einen langen Atem bewiesen und fast sechs Jahre gesammelt. Ich darf an den Radentscheid erinnern, bei dem die geforderten Unterschriften innerhalb von wenigen Wochen gesammelt wurden.

Dass es jetzt auf den letzten Metern geklappt hat, mag zum einen an der starken Erweiterung des Unterstützer*innenkreises im letzten Jahr gelegen haben. Neben vielen NGOs ist beispielsweise auch die ÖDP eingestiegen. Es mag aber vielleicht auch an einer anderen Wahrnehmung der Münchnerinnen und Münchner liegen. Ich glaube, insbesondere während der Pandemie und während des zähen Lockdowns haben viele Menschen erkannt, wie elementar wichtig Naherholungsflächen in fußläufiger Umgebung sind. Dabei spreche ich nicht von Menschen, die von Grund auf intrinsisch motiviert generell sehr engagiert gegen den Klimawandel eintreten oder von Haus aus schon Umweltschützer*innen sind. Ich spreche vielmehr von Bürgerinnen und Bürgern, die merken, wie sehr sie diese Flächen in einer dicht besiedelten Stadt mit einem hohen Versiegelungsgrad brauchen.

Es gibt hier eine soziale und eine gesundheitliche Komponente. Wo treffen sich Kinder zum Spielen? Wo gehen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer hin, wenn sie in der Mittagspause den Kopf frei kriegen wollen? Das ist natürlich immer der nächstgelegene Park. Abseits von sozialen und gesundheitlichen Gründen brauchen wir die Grünflächen - die kleinsten und auch die größeren Parks - für den klimaresilienten Umbau unserer Stadt. Wir brauchen die Flächen zur Versickerung nach Starkregenereignissen. Wir werden sie aber auch zur Kühlung unserer Stadt an den sich massiv vermehrenden Hitzetagen bitter benötigen. Ganz besonders müssen wir die Grünflächen schützen,

in denen unsere Frischluftschneisen liegen. - (Beifall von Die Grünen - Rosa Liste) - Der Schutz unserer Kaltluftleitbahnen muss oberste Priorität haben! Wir haben mit dem alpinen Pumpen eine natürliche, kostenlose Klimaanlage für diese Stadt geschenkt bekommen. Wir sind auf sie angewiesen und müssen sie schützen.

Wir sind dankbar für das Engagement der Bürgerinnen und Bürger, sich für die gute Sache einzusetzen. Wir wissen, dass so etwas mit einem immensen Zeitaufwand, viel ehrenamtlichem Engagement und viel Leidenschaft machbar ist. Wir wollen das Bürgerbegehren übernehmen. Ich bin mir sicher, dass alle Zielsetzungen und Hintergründe, die ich gerade erläutert haben, von allen anwesenden Fraktionen geteilt werden. Nur über den Weg dorthin scheiden sich die Geister. Dazu gibt es unterschiedliche Auffassungen.

Ich habe vorhin schon gesagt, dass die Bürgerinnen und Bürger fast sechs Jahre sammeln mussten. Das liegt mitunter daran, dass viele Verbände, aber auch Parteien, die prädestiniert für einen Anschluss an das Bürgerbegehren gewesen wären - unter anderem auch meine Partei -, dies eben nicht getan haben. Das hat Gründe. Es liegt mitunter an der Bemessungsgrundlage, die in der Fragestellung erwähnt wird. Wenn man den Flächennutzungsplan zum alleinigen Maßstab macht, bedeutet das natürlich eine sehr kleinräumige, mikroperspektivische Betrachtungsweise.

Eine Lesart der Fragestellung ist für uns, dass beispielsweise ein Flächentausch verhindert würde, wenn wir wertvolle Grünflächen hinzugewinnen wollen. Das lehnen wir natürlich ab. Diese Lesart haben die Initiatoren bei der Fragestellung selbst auch nicht im Hinterkopf gehabt. Wenn wir Nutzungen abwägen und uns Quartiere anschauen, betrachten wir sie natürlich in ihrer Kleinräumigkeit. Beim Wegfall einer Grünfläche in Berg am Laim ist völlig klar, dass eine Ausgleichsfläche in Pasing relativ wenig bringt. Im Einzelfall wollen wir aber auch Flächen tauschen können. Das geschieht zum einen, um ökologisch noch viel wertigere Flächen zu schützen, zum anderen aber auch, um unseren Biotopverbund zu stärken. Das wollen die Initiatorinnen und Initiatoren ebenfalls. Sie haben uns das bei den gemeinsamen Verhandlungen zugesichert.

Wir haben keinen Zweifel, dass das umsetzbar ist. Wenn Sie sich die Stellungnahme des Planungsreferats genau durchlesen, steht dort:

„Jedoch verbliebe der Landeshauptstadt München bei einem erfolgreichem Bürgerentscheid in beiden Anwendungsfällen ein gesetzlich garantierter maßgeblicher Handlungsspielraum (...).“

Dieser Handlungsspielraum ist wichtig für die Abwägung. Christian Müller, die Frage stellt sich nicht nur schwarz-weiß zwischen Grünflächen hier und Wohnungen da. Das ist eine Abwägungsfrage mit vielen Grauschattierungen. - (Beifall von Die Grünen - Rosa Liste) - Der genannte Passus ermöglicht diese Abwägung. Ich zitiere weiter:

„Das Bürgerbegehren muss daher so ausgelegt werden, dass der vom Gesetzgeber und der Rechtsprechung geforderte Abwägungsspielraum in Bauleitplanverfahren für den Stadtrat verbleibt. Das heißt, dass eine Änderung des Flächennutzungsplans hinsichtlich der ausgewiesenen Allgemeinen Grünflächen im Rahmen der Abwägungsentscheidung weiter zulässig wäre, allerdings nur unter Beachtung der getroffenen Zielvorgabe/Grundsatzentscheidung („Erhalt der Allgemeinen Grünflächen“).“

Das ermöglicht eine Abwägung im Einzelfall, die wir immer treffen müssen. Wir haben ehrgeizige Wohnungsbauzahlen und stehen auch zu diesen. Wir haben Europas größtes Schulbauprogramm, das sich mitten in der Umsetzung befindet. Hier wollen wir es zu keinerlei Verzögerung in den Planungsprozessen kommen lassen. - (Beifall von Die Grünen - Rosa Liste)

Vorhin habe ich die Verhandlungen erwähnt, die wir gemeinsam mit den Initiator*innen geführt haben. Ich würde dazu gerne noch einmal kurz ausholen. Unser Koalitionspartner, die SPD/Volt-Fraktion und wir, Die Grünen - Rosa Liste, haben nach Einreichung der Unterschriften recht früh den Kontakt zu den Initiator*innen gesucht und sind in Verhandlungen mit ihnen getreten. Ich möchte erst einmal Danke sagen. Das war sehr zeitintensiv - sicherlich auch für die Verwaltung, die mit Rat und Tat zur Seite stand. Vor allem möchte ich aber Danke sagen, weil an dem gemeinsamen Tisch ziemlich schnell klar wurde, dass alle diese Zielsetzung teilen. Wir haben sehr lange, zeitintensiv und konstruktiv unterschiedlichste Möglichkeiten und Wege zu einer Einigung oder Zielerreichung diskutiert.

Unsere Priorität war eine Einigung. Ich denke, die Initiator*innen des Bürgerbegehrens waren sehr kompromissbereit. Die Zeitschiene, die die Bayerische Gemeindeordnung nach der Einreichung eines Bürgerbegehrens vorsieht, ist allerdings alles andere als verhandlungsfreundlich. Das liegt leider nicht in unserer Hand. Ich muss es aber trotzdem einmal erwähnen. Die Zeitschiene macht es auch sehr schwer, pragmatische Einigungen zu verhandeln, zumal Bürgerbegehren in der Regel relativ basisdemokratisch organisiert sind und die Beteiligten auch noch einmal Rücksprache

halten müssen. Es lag eher an der Zeitvorgabe, dass es nicht zu einer Einigung kommen konnte, als am Willen aller beteiligten Akteurinnen und Akteure. - (Beifall von Die Grünen - Rosa Liste)

Für uns wäre ein Ratsbegehren eine denkbare Variante gewesen. Daraus haben wir kein Geheimnis gemacht. Zum einen habe ich vorhin schon den Flächennutzungsplan als Bemessungsgrundsatz kritisiert. Zum anderen greift uns die Fragestellung aber auch ein wenig zu kurz: Es geht uns nicht nur um den bloßen Erhalt der Grünflächen, sondern wir müssen auch neue Grünflächen hinzugewinnen und ausweisen. Wir wollten gerne eine wirklich attraktive Gegenfrage stellen, bei der wir das Zutrauen gehabt hätten, dass die Münchnerinnen und Münchner eine gute Entscheidung treffen würden. Es geht nicht nur um den Zugewinn. Wir müssen uns auch fragen, wie die Grünflächen letztlich aussehen sollen. Welche ökologische Wertigkeit haben sie? Wie werten wir diese auf? Wie steigern wir die Biodiversität auf diesen Flächen? Über all diese Fragen wurde ambitioniert verhandelt. Den Grundkonsens, unsere Grünflächen mindestens zu erhalten, sehen wir mit der Übernahme dieses Bürgerbegehrens abgedeckt.

Neben der Übernahme gehen wir in unserem Änderungsantrag auch darauf ein, dass es bei der Umsetzung des Bürgerbegehrens in Planungsprozessen nicht zu Verzögerungen kommen soll und in bestehende Bauleitplanverfahren nicht eingegriffen werden darf. Das geht unserer Meinung nach rechtlich gar nicht. Vielleicht könnte die Verwaltung dazu Stellung nehmen. Hier könnten wir gegebenenfalls sogar schadensersatzpflichtig gegenüber Dritten werden

Sie sehen an unserem Änderungsantrag, dass wir in einer Frage, der sehr viele Nutzungskonflikte zugrunde liegen, sehr umfassend abgewogen haben. Auf diese sehr komplexe Frage kann es keine einfachen Antworten geben. - (Beifall von Die Grünen - Rosa Liste) - Ich bitte Sie deshalb um Zustimmung zu unserem Änderungsantrag. Damit wird der heutige Tag ein sehr guter Tag für ein sozialökologisches München. Danke! - (Beifall von Die Grünen - Rosa Liste)

OB Reiter:

Erlauben Sie mir kurz einen Hinweis: Meine Rechtsabteilung sagt, Sie können den Änderungsantrag so nicht beschließen, weil sich Ziffer 2, Punkt 3 geändert und Punkt 3 neu widersprechen. Das ist rechtlich nicht zulässig. Die Rechtsabteilung führt das gerne im Nachgang noch genauer aus. Wenn Sie den Antrag so beschließen, werde ich den Beschluss nicht vollziehen und ihn der Regierung von Oberbayern zur Überprüfung vorlegen. Das ist die rechtliche Auskunft. Sie wird nachher noch intensiviert. Ich wollte das nur einwerfen, weil ich danach gefragt worden bin.

StRin Wolf:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Der Kollege Müller hat in einem Nebensatz gesagt, wir Linken würden zwar immer nach bezahlbarem Wohnraum schreien, aber nichts dafür tun. Das ist komplett falsch! Wir haben diverse Anträge gestellt, die SoBoN zu erhöhen und mehr Projekte in öffentlicher Hand umzusetzen. Was in München durch private Investoren entsteht, ist für die Allermeisten nicht bezahlbar.

Zurück zum Grünflächen-Begehren: Wir Linke haben es weder als Partei noch als Fraktion direkt unterstützt, weil es auch aus unserer Sicht nur einen Aspekt herausgegriffen hat. Die allermeisten von uns teilen wahrscheinlich das eigentliche Ziel, eine bewohnbare Stadt mit entsprechenden Grünflächen zu erhalten. Als neue Aufgaben kommen die Klimaanpassung und -vorsorge hinzu. Ich nenne hier natürlich den Begriff der Schwammstadt. - (Unruhe)

Kolleginnen, ein bisschen leiser bitte! Was im Flächennutzungsplan bereits 2016 als Grünfläche ausgewiesen war, trifft das Problem nicht wirklich. In den letzten Jahren und Jahrzehnten haben wir viele Flächen umgenutzt, z. B. Kasernen- und Bahnflächen usw. All diese Areale waren vorher keine allgemeinen Grünflächen. In der SEM Nordost, bei der demnächst hoffentlich weitere Schritte bevorstehen, geht es größtenteils um landwirtschaftliche Flächen, die auch nicht mit umfasst wurden.

Wir halten die eingeschränkte Fragestellung daher für schwierig. Der Kollege Müller hat schon ausgiebig auf die vielfältigen Konnotationen rekurriert bzw. diese unterstellt. Teilweise geschah das zu Recht, aber bestimmt nicht in allen Fällen. Wir haben uns deshalb diesem Bürgerbegehren nicht angeschlossen. Sehr viele haben es unterstützt. Ich glaube, viele Menschen in der Stadt haben das Gefühl, sie werde zu dicht, zu ungesund und zu stressig. Kolleginnen und Kollegen, das gilt nicht nur in der Stadt, sondern gerade auch im Stadtrat. - (Teilweise Beifall)

Wir müssen mehr tun, um die Stadt lebenswert und bewohnbar zu erhalten. Ich denke, da ist viel Wahres dran. Für mich ist z. B. die Reduktion der Orientierungswerte für Frei- und Grünflächen in unseren Neubaugebieten fachlich betrachtet ein großer Fehler gewesen. Das wurde vor einigen Jahren umgesetzt und führt zu den viel gelobten urbanen Quartieren. Wie man aber in dieser Enge noch das Schwammstadt-Prinzip oder Regenrückhaltmaßnahmen oder Standorte für Großbäume realisieren soll, ist eine ungelöste Frage. Im Bürgerbegehren wird das gar nicht angesprochen, weil es zu schwierig ist. Diese Frage ist in den Planungsprozessen juristisch komplex. Mit einzelnen Fragestellungen dringt man nicht wirklich durch.

Wir waren eigentlich nicht dafür, das Bürgerbegehren einfach zu übernehmen. Zum Wochenende hin hat uns aber die Vorlage aus dem Planungsreferat erreicht, in der mehr oder weniger steht, auch bei Übernahme oder mehrheitlicher Zustimmung zum Bürgerbegehren bleibe die letzte Entscheidungsmöglichkeit in jedem einzelnen Fall beim Stadtrat.

Wir sind zu dem Schluss gekommen, wenn wir als Stadt das Bürgerbegehren übernehmen, soll dem Erhalt der Grünflächen lediglich eine höhere Priorität als bisher zugewiesen werden. Jetzt kann darüber gestritten werden, wie stark das bisher der Fall war. Die Ansage wäre, der Grünflächenerhalt soll stärker im Fokus sein. Es geht nicht darum, in einem Planungsverfahren als Erstes an Grünflächen zu denken. Manchmal gab es dieses Gefühl in der Stadtbevölkerung, das vielleicht richtig war. Ich denke hier an den Hofgarten mit dem Konzerthaus. Das wäre ein Thema gewesen, um gleich auf eine Grünfläche in der Innenstadt zurückzugreifen.

Wir haben uns noch die Kosten des Bürgerentscheids in der Vorlage angeguckt – nämlich etwa 3,5 Mio. € – und wie viel Arbeit und Ressourcen benötigt werden: Wenn die Stadt die letzte Entscheidungsmöglichkeit hätte und wir das politische Ziel teilten, den Grünflächen in den Planungsprozessen ein stärkeres Gewicht zu geben, könnten wir das übernehmen und sagen: Okay, wir haben das politische Signal verstanden und werden uns als Stadtrat nach Kräften darum bemühen. Das heißt aber nicht, Kollege Köning, dass wir den Wohnungsbau einstellen wollen. Sie fühlen sich anscheinend ein bisschen verlacht. An vielen Ecken und Enden betrifft das ganz andere Flächen. - (Beifall von DIE LINKE./Die PARTEI) - Da sollten wir massiv weitermachen, obwohl ich mit vielen hier im Stadtrat in einem gewissen Dissens stehe. Ich habe das Gefühl, wir bauen unsere neuen Quartiere zu dicht, zu stressig und zu wenig klimaangepasst. Das ist aber eine andere Debatte – vielleicht im Planungsausschuss oder auf einem Podium. Heute geht es um das Bürgerbegehren, dem wir uns anschließen, obwohl wir viele Dinge kritisieren und nicht unterstützen wollen. Danke schön! - (Beifall von DIE LINKE./Die PARTEI und ÖDP/München-Liste)

- BMin Habenschaden übernimmt den Vorsitz. -

StR Walbrunn:

Frau Bürgermeisterin, meine Damen und Herren! Auch wir wollen unsere verbleibenden Grünflächen bewahren. Das Bürgerbegehren „Grünflächen erhalten!“ betrachten wir entsprechend wohlwollend. Über einzelne Formulierungen kann immer gestritten werden, aber insgesamt deckt sich das mit unserer kritischen Haltung zu immer mehr Verdichtung und Bodenversiegelung. München

ist extrem dicht besiedelt. Die entsprechenden Zahlen sind nicht schwer zu finden. Ob es am Ende tatsächlich ein paar Hektar Grünflächen mehr oder weniger sind, ändert nichts an der Gesamtlage. Wir müssen uns die Grünflächen bewahren, die wir noch haben. Die Vorteile sind zu Genüge genannt worden und reichen vom Erhalt der Lebensqualität und Biodiversität bis hin zum Stadtklima. Es scheint hierüber weitgehend Einverständnis zu herrschen. Eine entsprechende Verpflichtung sollte also niemandem mehr ernsthafte Kopfschmerzen bereiten. Wir haben es heute mehrfach gehört: Der Stadt bleibt in einzelnen Bauleitplanverfahren immer ein Abwägungsspielraum und sie behält das Heft des Handelns in der Hand. Wir sehen auch die von der SPD heute vorgetragene Kritik, dass zum Erhalt von Lebensqualität, auch der Bau von gemeinwohldienlichen Einrichtungen und die Verfügbarkeit von ausreichend vorhandenem und bezahlbarem Wohnraum gehört. Sie kennen unsere Position, denn wir glauben nicht, dass sich das allein über die Maxime „Bauen, bauen, bauen ...“ lösen lassen wird.

Ohne einen verringerten Zuzug wird es in dem Bereich nicht gehen. Ansonsten geht die Lebensqualität, die beim Wohnen gewonnen wird, an anderen Stellen wieder dadurch verloren, dass Naherholungs- und Grünflächen verloren werden oder man mehr im Stau steht. Den Zuzug werden wir nicht begrenzen können. Hier sind vor allem Bund und Länder gefragt. Diese Gliederungsebenen müssen vorangehen und mit einer vernünftigen Infrastrukturentwicklung auf dem Land und mit einer strikteren Asyl- und Migrationspolitik die entsprechenden Rahmenbedingungen schaffen.

Was die Frage der Übernahme des Begehrens anbelangt, sind wir als Anhänger der direkten Demokratie dafür, den Entscheid durchzuführen. Wir sind generell der Meinung, dass bei Grundsatzentscheidungen über die weitere Stadtentwicklung – und eine solche ist das definitiv – alle Bürger generell öfter direkt befragt werden sollten. Es gibt der Entscheidung eine höhere Legitimität, wenn sich auch die Gegner eines solchen Anliegens Gehör verschaffen können. Wenn wir das heute einfach beschließen, kommen sie in unseren Augen nicht zu ihrem Recht. Man darf sich auch nicht hinter den Kosten verstecken. Wenn ich mir anschau, wofür wir sonst Geld ausgeben, sollte uns das für die Demokratie durchaus etwas wert sein.

Insofern werden wir dem Referentenantrag zustimmen – minus der Ziffer 3. Die darin enthaltene Auffassung des Stadtrats zum Bürgerbegehren ist uns deutlich zu negativ. Aus den angeführten demokratischen Überzeugungen werden wir die Übernahme hingegen ablehnen. Wobei ich noch einmal betonen will: Es richtet sich nicht gegen das Anliegen des Begehrens, das durchaus positiv zu sehen ist. Vielen Dank für die Aufmerksamkeit! - (Beifall der AfD)

StR Ruff:

Frau Bürgermeisterin, Kolleginnen und Kollegen! Für einen überzeugten Demokraten ist es heute ein Festtag. Nicht nur, weil wir hier über ein demokratisches Mittel reden, hinter dem ich mit voller Überzeugung stehe, sondern auch, weil darüber so viele Gespräche geführt werden und über einzelne Sätze diskutiert wird. Mona hat es anklingen lassen: Eigentlich ist die Zeit zu kurz, um hier voranzukommen, selbst wenn konstruktiv und intensiv daran gearbeitet wird. Aber es macht Spaß. Es ist auch sehr anspruchsvoll und kräftezehrend, solche Tage durchzustehen – immer im Sinne einer Sache, von der man überzeugt ist. Politik in Reinform, so wünsche ich es mir häufiger!

Zur Sache: Für uns ist Fortschritt vor allem in Lebensqualität zu messen. Die Lebensqualität in dieser Stadt hängt in wesentlichen Teilen davon ab, wie diese mit Freiräumen, Grünanlagen und allgemeinen Grünflächen ausgestattet ist. Dass München hier eine offene Baustelle hat, dürfte allgemein bekannt sein. München ist die meist versiegelte Stadt Deutschlands. Da mag uns der Kollege Müller noch so oft Falschbehauptungen vorwerfen, das ist schlichtweg ein Fakt. - (StR Müller: Das ist falsch!) - Spätestens heute haben wir es schwarz auf weiß, weil das Direktorium die Begründung des Bürgerbegehrens geprüft und alles nicht Eindeutige herausgestrichen hat.

Natürlich können die Stadtgrenzen anders gezogen und die Bemessungsgrundlagen wild hin- und hergeschoben und das Ergebnis schöngerechnet werden. Dann kommt man zu einem anderen Schluss und wirft der Öffentlichkeit und den 60 Organisationen, die dahinterstehen, wiederholt Falschbehauptungen vor. Das ist ein schlechter Stil! - (Lang anhaltender Beifall von der Besuchertribüne. - BMin Habenschaden: Bitte keine Applausbekundungen von oben! Danke schön!) – Ein schlechter Stil ist auch der Rest der Rede. Pappkameraden sind aufgebaut und erschossen worden und es wurde weitestgehend an den Inhalten des Bürgerbegehrens vorbeigeredet.

In dem Bürgerbegehren geht es um Lebensqualität in München. Es geht um die allgemeinen Grünflächen, die häufig noch am Stadtrand liegen, und die der Stadtrat in seinen Festsetzungen des Flächennutzungsplans in weiser Voraussicht als allgemeine Grünflächen eingetragen hat, um Freiräume für die Stadt zu erhalten. Häufig sind die innerstädtischen Grünanlagen stärker überplant und sie werden sehr stark genutzt. Ihre Nutzung wird in dieser wachsenden Stadt immer mehr zunehmen. Diese anzupacken, ist für uns ein absolutes Tabu. Diese Grünanlagen erfüllen gleichzeitig mehrere Funktionen. Sie alle sind für die Lebensqualität der Menschen in dieser Stadt bestimmend und haben auch eine Sozialfunktion. Grünanlagen müssen fußläufig erreichbar sein. Die Leute müssen sich dort treffen und erholen können. Sie bilden ein wesentliches Element einer funktionierenden Gesellschaft. Sie sind entscheidend für das Stadtklima. Sie schaffen Frischluft

vor Ort und sie ermöglichen Verdunstung und Versickerung. Sie stabilisieren den Wasserhaushalt. Sie sind ein bestimmendes Element, damit man sich in dieser Stadt wohlfühlen, rasten und aufhalten kann.

Grünanlagen und allgemeine Grünflächen sind auch entscheidend für den Artenschutz. Wir haben multiple Krisen in dieser Welt und zwei Krisen, die uns noch sehr lange verfolgen werden: Erstens der Klimawandel, der sich in der Stadt viel stärker auswirkt als noch auf dem Land, und zweitens das Artensterben, das stärkste seit dem Aussterben der Dinosaurier! Noch vor wenigen Jahren waren Städte ein Hort der Artenvielfalt. Es gab Wanderachsen, Brachen und große Flächen, die im Gegensatz zur landwirtschaftlich genutzten Fläche außerhalb der Stadt nicht gedüngt und nicht mit Pflanzenschutzmittel besprüht wurden. Wir hatten eine Artenvielfalt, die das Umland sogar überstiegen hat. Leider ist das nicht mehr so. Leider geht die Artenvielfalt in dieser Stadt dramatisch zurück und wir geben immer mehr Flächen auf.

Dieses Bürgerbegehren führt zu einer qualitativ hochwertigeren Stadtplanung, indem es die Grünanlagen zum Tabu erklärt und die allgemeinen Grünflächen im Flächennutzungsplan festsetzt. - (Beifall von ÖDP/München-Liste) - Es ist keine Verhinderungspolitik. Unsere Kolleginnen und Kollegen, die in den früheren Jahren hier gesessen haben, haben diese Flächennutzungspläne festgelegt. Sie haben sich Gedanken darüber gemacht, wo eine allgemeine Grünfläche zu liegen hat. Wir sind der Meinung, dass das durchaus sinnvoll war und diese Qualitäten damals erkannt wurden. Wer heute die Stadt weiterdenkt, muss darauf Rücksicht nehmen. Er kann nicht mehr auf einem Reisbrett planen oder eine Schuhschachtelarchitektur über diese Stadt hinwegziehen. Er muss die gewachsenen Grünflächen und alten Bäume berücksichtigen und erkennen, dass man diese Stadt um diese wertvollen Flächen herum qualitativ hochwertig planen muss.

In den letzten Tagen haben wir immer wieder gehört, dass es den Leuten nur um ihren Hinterhof und um ihre Eigeninteressen geht, und dass es eine egoistische Politik ist. Ich sage Ihnen aber: 60 000 Unterschriften sind ein Wort! Und das in der ersten Phase! Vergleichen Sie das einmal mit Ihren Listenstimmen bei der letzten Kommunalwahl, liebe SPD. - (Unruhe) - Das waren nicht mehr als 100 000. Da reden wir auch nicht von Einzelinteressen, sondern von einer repräsentativen Demokratie und von einer Volkspartei. - (Beifall von ÖDP/München-Liste) - Würde es zum Bürgerentscheid kommen, garantiere ich Ihnen, überträfen wir Ihre Listenstimmen bei Weitem.

60 über die Stadt verteilte Organisationen eint das Ziel, die Lebensqualität in dieser Stadt zu erhalten und zu mehren. Die kann man nicht einfach als egoistische Einzelinteressen abtun. - (Beifall

von ÖDP/München-Liste) - Der Bürgerentscheid hat rechtlich nur ein Jahr Bindungswirkung. Ich bin aber überzeugt, wenn er heute so übernommen würde, bindet uns dieser politisch viel länger, weil so viele Leute und Organisationen dahinterstehen, die viel ehrenamtliches Engagement hineinstecken. Sie werden jedes Mal mitmischen, wenn wir uns in Zukunft nach dieser Bindungswirkung eine Grünfläche anschauen. Sie werden ihre Argumente einbringen und das wird künftig zu einer anders aussehenden Stadtplanung führen.

Ich bin deswegen sehr erfreut, dass sich die zwei größten Fraktionen zusammengetan haben und diesen Text des Bürgerbegehrens übernehmen wollen. Wir sparen uns diesen Bürgerentscheid. Das sehe ich mit einem weinenden und einem lachenden Auge. Ich bin überzeugt, der Bürgerentscheid wäre locker gewonnen worden. Es ist als Demokrat auch etwas Schönes, wenn die Bürger wirklich abstimmen dürfen. Auf der anderen Seite wäre es eine Hängepartie gewesen und hätte noch einmal drei Monate lang viel Geld und Zeit gekostet. Insofern steht es uns als Stadtrat gut zu Gesicht, das zu übernehmen, ein Statement zu setzen und zu sagen: Ja, wir haben verstanden. Wir werden das berücksichtigen, was so viele unterschrieben haben. Danke schön! - (Beifall von ÖDP/München-Liste)

StR Prof. Dr. Hoffmann:

Frau Bürgermeisterin, Kolleginnen und Kollegen! Eigentlich geht es hier nicht um Grünflächen. - (Heiterkeit) - Es ist eine Stellvertreterdiskussion, die von einer bestimmten Gruppierung angezettelt worden ist, nämlich der ÖDP/München-Liste. Von ihr weiß man – der Kollege Müller hat es von der Internetseite zitiert –, dass sie genau eines wollen: Dass in München nichts mehr gebaut wird, insbesondere keine Wohnungen mehr. Am Ende hat das zur Folge: Der Wohnraum wird immer knapper und die Mieten schießen immer weiter in die Höhe. Darum geht es und um nichts anderes! Wir haben diese Stellvertreterdiskussion manchmal auch bei anderen Themen: Wenn zum Beispiel die Grünen plötzlich ihr Herz für die Gastronomie entdecken und sagen, es müssen Schanigärten gebaut werden. Da geht es nicht um die Schanigärten, sondern um den Wegfall der Parkplätze!

Wer das einmal durchschaut hat, erkennt natürlich die Argumentationslinie – bis auf eine der großen Fraktionen, auf die komme ich noch gesondert zu sprechen. Wir haben sehr klar die Ausführung des Herrn Müller von der SPD gehört. Er hat alles Inhaltliche dazu gesagt. Das muss ich nicht wiederholen. Es ist ein völliger Schmarrn, dem Bürgerbegehren, wie es auf dem Tisch liegt, zu folgen. Denn es wird nur dazu führen, dass wir immer mehr Bürokratie bekommen und immer weniger die Möglichkeit haben werden, die Stadtplanung an moderne Vorgaben und Gegebenheiten

anzupassen. Frau Wolf sagt, dann gebe es eben weniger Wohnungsbau. Das ist nicht der Punkt! Es geht nicht nur um Wohnungsbau. Es geht zum Beispiel auch um Schulhausbau. - (Zwischenruf StRin Wolf) - Du hast gesagt, es betreffe nur den Wohnungsbau. Es betrifft aber insbesondere den Schulhausbau. In Zukunft wird es umso schwieriger werden, dort Schulen zu bauen. Ich frage die Mehrheit im Raum: Wollt Ihr das? Wollt Ihr, dass sich die Schulbauoffensive noch weiter verzögert, weil es an bürokratischen Gegebenheiten fehlen wird? Nein, die SPD war schon immer eine Partei der - wie habt Ihr selbst gesagt? - kleinen Leute, deren Interesse zu berücksichtigen seien. Hier geht es auch darum, den Wohnungs- und Schulbau vernünftig fortzusetzen. Genau das hat Herr Müller klar gemacht.

Auch wenn Ihr es uns nicht glaubt: Uns ging es ebenfalls immer darum. Wir haben nur in manchen Detailfragen etwas andere Instrumente im Auge. Die Grundidee ist aber dieselbe, deswegen stimmen wir hier mit der SPD/Volt. - (Beifall von FDP - BAYERNPARTEI und SPD/Volt)

Was Frau Fuchs hier geäußert hat, war widersprüchlich. Die Grünen müssen sich entscheiden: Was wollt Ihr eigentlich? Wollt Ihr dem jetzt zustimmen, dann könnt ihr aber ... - (StR Krause: Alles!) - Ihr wollt alles, das ist schon klar. So benehmt Ihr Euch auch, Dominik! Aber das wird Euch irgendwann auf die Füße fallen. Wollt Ihr, - (Zwischenrufe - Unruhe) - dass dieses Bürgerbegehren verabschiedet wird? Wollt Ihr es so annehmen, dass keine Grünfläche als Ersatz mehr irgendwo anders ausgewiesen werden kann? Oder wollt Ihr „Ach, eigentlich muss das Planungsreferat schon schauen, ob es irgendwo noch andere Flächen gibt. Wenn wir das an der einen Stelle brauchen, wo es keine Flächen gibt, muss es doch Ausnahmen geben.“? Nein, das Bürgerbegehren sieht diese Ausnahmen einfach nicht vor! Wenn Ihr das ernst nehmt, könnt Ihr in Zukunft nicht mehr bauen, zumindest nicht dort, wo es vernünftig wäre. Dafür wird dann an anderen Stellen wieder mehr versiegelt.

Deswegen sagen wir schon immer: Dieses Bürgerbegehren ist vollkommen kontraproduktiv und wird nicht das erreichen, was es vorgibt, zu erreichen. Es wird am Ende nur den Bau von Wohnungen, von Schulhäusern und von anderen Einrichtungen, die wir brauchen, verschieben. - (Zwischenruf StRin Wolf) - Der Tobi hat gesagt, das Ganze hat ein Jahr Bindungswirkung. Leider sehen wir bei der aktuellen Hochhausdebatte, dass es anders ist. Manche finden, wenn die rechtlichen Bindungen eines Bürgerbegehrens nicht mehr gelten, gelten für 15, 20, 25 Jahre irgendwelche höheren moralischen Bindungen. Auch deshalb müssen wir das ablehnen. Wir können heute nicht sagen, was in 15 Jahren sein wird, oder ob das in dieser Form dann noch Sinn macht.

Zur CSU-Fraktion: Die Kollegen schauen teilweise recht bedröppelt. - (Zwischenruf StR Pretzl - Heiterkeit) - Das kann man so oder so interpretieren, Manuel. Schau einmal in die Gesichter! Ja, es ist bezeichnend, dass ausgerechnet Herr Hammer fehlt. - (Heiterkeit - Unruhe) - Es ist mir auf den zweiten Blick völlig klar geworden, was da gerade passiert. Wir haben im Oktober eine Landtagswahl und die CSU ... - (Heiterkeit - Zwischenrufe) - Wartet mal ab! Die CSU ist die einzige Partei in diesem Land, die damit gesegnet ist oder auch nicht – das kann man so oder so sehen –, dass ihre Listenkandidaten keine Chancen haben, in den Landtag einzuziehen, weil alle Plätze mit den Wahlkreiskandidaten besetzt sind. Das heißt im Umkehrschluss, wenn ich für die CSU in den Landtag kommen will, muss ich meinen Wahlkreis gewinnen. Das ist für die CSU in der Landeshauptstadt München immer schwieriger geworden.

In den Wahlkreisen in der Innenstadt ist es mittlerweile so gut wie ausgeschlossen. Dann gibt es Wahlkreise eher am Stadtrand ... - (Zwischenruf: Stimmkreise!) – Stimmkreise. Entschuldigung. Wenn man immer zwischen den Sphären der Bundes- und Landespolitik wandelt, kann man sich schon mal versprechen. - (Heiterkeit) - Danke für den Hinweis! - (Heiterkeit - Unruhe) - Diskursiv zwischen den Sphären wandelt. Bei den Stimmkreisen am Stadtrand hat die CSU vielleicht noch eine kleine Chance, wenn sie der dort ansässigen ... - (Zwischenrufe - Unruhe) - Klientel nach dem Munde redet. - (Heiterkeit - Zwischenruf StR Kaum) - Ja, Herr Kaum, das muss man so sagen. Viele sitzen leider in ihrem Einfamilienhäuschen und wollen bloß keine Veränderung. Sie wollen bloß nicht, dass irgendwo eine Grünfläche verschwindet oder sich irgendetwas vor ihrer Haustür ändert. - (Beifall von FDP - BAYERNPARTEI und SPD/Volt) - Das ist der einzige Grund, warum die CSU hier heute mitstimmt. Das ist Populismus pur. Das ist Wahlkampf pur. - (Unruhe - Zwischenrufe) - Der Mann ist gleich dran und kann antworten. - (Unruhe) - Das ist Wahlkampf pur und hat mit dem eigentlichen Thema nichts zu tun.

Als ich mich mit Euch in den letzten ca. zehn Jahren unterhalten habe, habt Ihr auf solche Initiativen mehr als ablehnend reagiert. Warum das jetzt plötzlich - (Zwischenrufe) - in eine Zustimmung umschlägt, kann nur dem Wahlkampf geschuldet sein. - (Unruhe) - Das ist leider der Nachteil, wenn man keine Listenkandidaten hat. Es hat auch Vorteile: Dann hauen sich nicht alle die Köpfe ein, wie bei den anderen Parteien, wenn es um die Listenaufstellung geht. - (Unruhe)

Was wir heute voraussichtlich mit Mehrheit beschließen, ist nicht nur rechtswidrig, wie wir gerade vom Oberbürgermeister gehört haben, sondern eine große Bürokratisierungspolitik und Wohn- und Schulbauverhinderungspolitik. Da beißt die Maus keinen Faden ab. Ich möchte in Zukunft von niemanden mehr hören, außer von der SPD und von uns, dass - (Unruhe - Buhrufe) - wir eine

Entbürokratisierung brauchen, die Verfahren und der Schulbau schneller voran gehen müssen und warum wir immer noch so wenig Neubauwohnungen haben. Wir dürfen das weiter kritisieren, - (Unruhe - Zwischenruf StRin Dr. Menges) - weil wir wirklich zu wenig Wohnungen bauen. Ihr tut gerade alles dafür, dass es so bleibt. Der einzige Grund ist, Ihr wollt nicht, dass München weiterhin eine wirtschaftlich erfolgreiche und prosperierende Stadt ist. - (Unruhe) - Das wird langfristig zu Armut in dieser Stadt führen. Das ist das ausweisliche Ziel von ÖDP/München-Liste, und die zwei Großen, die hier zustimmen, sollten sich schämen. Vielen Dank! - (Unruhe - Heiterkeit - Beifall von FDP - BAYERNPARTEI und SPD/Volt)

- OB Reiter übernimmt den Vorsitz. -

StR Pretzl:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Ich bedanke mich erst einmal für die intensive Beratung, wie man Stimmkreise gewinnt. - (Beifall von CSU mit FREIE WÄHLER - Heiterkeit) - Ich gebe das gerne als Empfehlung zurück. Wir unterstützen uns gegenseitig, liebe FDP. Die Nähe zur SPD bringt Euch eher unter 4 % als über 5 %. - (Beifall von CSU mit FREIE WÄHLER)

Ich möchte zunächst zu den Sachargumenten kommen, bevor ich auf den Kollegen Müller eingehe. Wir haben eine... - (Heiterkeit) - Ja, bei manchen dauert es ein bisschen. Wenn wir uns, das ist richtig gesagt worden, an die Coronazeit zurückerinnern, können Sie in allen sozialen Schichten, Stadtvierteln oder Bereichen in unserer Bevölkerung feststellen: Es gibt in unserer Gesellschaft das Gefühl, diese Stadt ist zu eng. Dabei ist es vollkommen egal, ob wir auf dem Papier die dichtest besiedelte Großstadt sind oder auch nicht. - (Unruhe) - Dieses Gefühl existiert, egal, ob wir uns hier die Köpfe einschlagen. Damit müssen wir uns in der Politik auseinandersetzen.

Wenn Sie an einem schönen Samstag oder Sonntag im Sommer an den Flaucher oder woanders an die Isar gehen, haben Sie manchmal das Gefühl, um 6 Uhr Ihr Handtuch ausbreiten zu müssen, damit Sie um 10 Uhr baden können. Aus diesem Gefühl kommt der große Wunsch der Bevölkerung, das vorhandene Grün in unserer Stadt möglichst zu erhalten und nicht weiter einzuschränken. Deswegen hat dieses Bürgerbegehren so viele Unterschriften.

Wenn ich das mit dem Radbegehren und den zwei Fragen vergleiche – daher kommt auch diese große Zahl von über 100 000 –, ist diese Zustimmung gar nicht so weit weg. Dann muss sich der Stadtrat der Landeshauptstadt München inhaltlich damit auseinandersetzen. Es wäre gelogen zu sagen, die CSU-Fraktion ist mit dieser Fragestellung zu 100 % einverstanden. Das geht der

Fraktion Die Grünen - Rosa Liste vermutlich auch so. Die ÖDP/München-Liste denkt nicht so, da sie an der Formulierung beteiligt war. Die FREIEN WÄHLER auch – das sage ich ausdrücklich für uns als CSU. Wir würden die Fragen nicht in dieser Form stellen. Da aber 60 000 Menschen unterschrieben haben, müssen wir uns damit auseinandersetzen. Jetzt könnten wir sie abstimmen lassen und sehen, was herauskommt. Ich bin felsenfest überzeugt, dass eine große Mehrheit der Münchnerinnen und Münchner diesem Bürgerbegehren, wenn es zur Abstimmung kommen würde, zustimmen wird. - (Beifall von CSU mit FREIE WÄHLER) - Egal, welche Menschen ich gefragt habe, aus unterschiedlichen Berufen, alle haben gesagt: Dagegen kann man doch nicht sein! Dieses Gefühl haben wir in unserer Stadt.

Als Fraktion haben wir tatsächlich gerungen, wie wir damit umgehen. Es gibt Argumente, die sagen, an der einen oder anderen Stelle ist das nicht ideal formuliert. Uns hat die Stellungnahme des Planungsreferats sehr geholfen. Dafür möchte ich mich ausdrücklich bedanken. Ich komme später noch einmal dazu. Das Planungsreferat hat eine rein rechtliche – keine politische – Stellungnahme abgegeben, wie der Inhalt dieses Bürgerbegehrens ausgelegt werden muss. Ich darf das noch einmal vorlesen. Die Kollegin Fuchs hat es gesagt, aber es ist notwendig, das zu wiederholen:

„Das Bürgerbegehren muss daher so ausgelegt werden, dass der vom Gesetzgeber und der Rechtsprechung geforderte Abwägungsspielraum im Bauleitplanverfahren für den Stadtrat verbleibt.“

Auf diese rechtliche Stellungnahme sagen wir als CSU-Fraktion politisch: Wir stehen hinter dem Erhalt der Grünanlagen und Grünflächen in dieser Stadt. Wir übernehmen das, um der Stadtgesellschaft und den Initiatoren zu signalisieren, dass wir an ihrer Seite sind. Diese Entscheidung treffen wir heute. - (Beifall von CSU mit FREIE WÄHLER)

Herr Kollege Müller, es ist vollkommener Unsinn, zu sagen, es sei das Ende des Wohnungsbaus und des Gewerbes in unserer Stadt. Oder sagen Sie, wir können nur noch Gewerbe in unserer Stadt ansiedeln, wenn wir unsere Parks zubauen? Unsere Grünanlagen ... - (Zwischenruf) - Nein, das ist die Aussage, die der Kollege Müller getroffen hat.

Wo entstehen die großen Bauvorhaben? Es gibt viele landwirtschaftliche - (Zwischenruf) - Flächen und Gewerbekonversionsflächen, wo wir mit neuen Bebauungsplänen viel mehr Baurecht schaffen. Wir haben einen großen Teil des Wohnungsbaus in den letzten Jahren dort geschaffen, wo früher Industrie war, zum Beispiel auf dem ehemaligen Siemensgelände. Das sind die Fakten. Zu

sagen, wir haben die Wahl zwischen Grünflächen, Grünanlagen und Wohnungsbau und Gewerbe, ist einfach unredlich und wird dieser Herausforderung keinesfalls gerecht - (Beifall von CSU mit FREIE WÄHLER) -. Wenn Sie von zusätzlicher Bürokratie sprechen und etwas für den Wohnungsbau tun wollen, haben Sie es in der Hand. Wir können das sofort beschließen. Schaffen Sie diese unsägliche SoBoN wieder ab! Das ist die wahre Bremse beim Wohnungsbau. - (Beifall von CSU mit FREIE WÄHLER).

Im Vergleich dazu ist die Bürokratie, die durch das Grünflächenbegehren dazukommt, Kinkerlitzchen. Das eigentliche Wohnungsbauproblem ist die Bürokratie und die Verhinderung von Wohnungsbau, die Sie mit der SoBoN erzeugt haben. Wenn Sie Ihre eigenen Zahlen nicht erreichen, haben Sie eine intellektuelle Ausrede und können sagen, das böse Grünflächenbegehren sei daran schuld. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, das werden wir nicht durchgehen lassen! - (Beifall)

Ich habe die SPD neulich bei der Entscheidung für ihre Zustimmung zu dem BMW-Tunnel im Münchner Norden gelobt. Da hat sie ausdrücklich Wirtschaftskompetenz bewiesen. Wenn Ihnen die Wirtschaft so wichtig ist, hätten Sie dem Kompromiss beim Dieselfahrverbot nicht zustimmen dürfen. Wenn Ihnen die Wirtschaft so wichtig ist - (Beifall CSU mit FREIE WÄHLER) - dann hätten Sie diese unsägliche Bettensteuer, die glücklicherweise kassiert worden ist, überhaupt nicht ins Gespräch bringen dürfen. Dann hätten Sie nicht darüber reden müssen, dass Sie mit der autofreien Innenstadt Gewerbe und Gastronomie gängeln. - (Zwischenruf) – Die Wirtschaft rauszuziehen, wenn es einem passt, ist wohlfeil, aber nicht seriös - (Beifall CSU mit FREIE WÄHLER). Dieses Bürgerbegehren ist gut. Die Lesart des Planungsreferates ist richtig. Deswegen teilen wir ausdrücklich nicht die Einschätzung der Rechtsabteilung. Ich bin sehr optimistisch in Bezug auf die Regierung von Oberbayern. In der Vorlage des Planungsreferates heißt es, das Bürgerbegehren müsse so ausgelegt werden, dass der vom Gesetzgeber und der Rechtsprechung geforderte Abwägungsspielraum im Bauleitplanverfahren für den Stadtrat verbleibt.

Ich nehme an, das hat Frau Charlier formuliert. Sie ist die versierteste Planungsjuristin, die wir in unserer Stadt haben. Das ist kein Angriff auf die Rechtsabteilung, ich traue Frau Charlier aber die höhere Kompetenz zu. - (Heiterkeit, Unruhe, Beifall)

Sie befasst sich seit Jahrzehnten intensiv mit diesem Thema. Es ist ihr Spezialthema, in dem sie firmer ist als eine Rechtsabteilung, die die ganze Stadt im Blick haben muss. Wir machen in unserem gemeinsamen Änderungsantrag mit Punkt 3 neu, der nach Ausdruck der Rechtsabteilung dem

Punkt 2 widerspricht, ausdrücklich von der juristischen Bewertung des Planungsreferates Gebrauch. Wir werden das zusammen mit Die Grünen - Rosa Liste beschließen. Die Regierung von Oberbayern wird entscheiden, ob Frau Charlier oder die Rechtsabteilung Recht hat. Ich sehe das sehr gelassen.

Wir treffen heute eine wichtige Entscheidung für die Menschen unserer Stadt. Dieser Beschluss torpediert weder den Wohnungsbau noch das Gewerbe.

Wenn die SPD der Meinung ist, der Wohnungsbau gehe zu langsam voran, lassen Sie uns gemeinsam dafür sorgen, dass die zigtausend Quadratmeter Wohnbauflächen, die wir - zum Teil nicht wir, aber zumindest Sie - durch die Ausübung von Vorkaufsrechten gesichert haben, schleunigst bebaut werden. Wenn Sie das ausgereizt haben, können Sie sagen: Jetzt ist das Grünflächenbegehren schuld. Wenn Sie dafür sorgen, dass die vom Wirtschaftsreferat angemeldeten Gewerbeflächen - ich glaube, es sind rund 30 ha, die sich nicht auf Grünflächen befinden - umgesetzt werden, können Sie sagen: Jetzt leidet die Wirtschaft. Solange Sie Ihre Hausaufgaben nicht gemacht haben, ist das eine billige Ausrede und keine Übernahme von Verantwortung. Vielen herzlichen Dank! - (Beifall CSU mit FREIE WÄHLER)

StR Höpner:

Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich schließe mich Tobias Ruff an. Heute ist ein Festtag für die Demokratie und wir sollten uns bei den Leuten bedanken, die diesen Festtag möglich gemacht haben. Ich würde die drei Initiatoren gerne namentlich erwähnen: Stefan Hofmeir, Clement Meier und Helmut Köpf haben dieses Bürgerbegehren initiiert.

Sie haben über sechs, sieben Jahre unheimlich viel Arbeit, Zeit und Geld investiert und sind durch Corona massiv aufgehalten worden. Sie haben einen ausgezeichneten Job gemacht und die Debatte, die die Mitte der Gesellschaft erreicht hat, angestoßen. Für dieses bürgerliche Engagement kann man sich bei dieser Initiative nur herzlich bedanken. - (allgemeiner Beifall)

Ich möchte neben den 60 000 Unterschriften, die gesammelt worden sind, noch auf etwas anderes hinweisen. Die Landeshauptstadt München hat 2021 eine Bürgerbefragung durchgeführt. Danach möchten 73 % der Münchner Bevölkerung, dass wir überhaupt keine Grünflächen mehr bebauen. Herr Prof. Dr. Hoffmann - jetzt ist er gerade weg -, 73 % sind nicht nur Leute, die ein Einfamilienhaus haben.

Jetzt zur Formulierung: Natürlich ist die Fragestellung etwas unglücklich, aber rechtlich zulässig. Die Initiatoren und viele andere hätten sich mehr Flächen gewünscht, die dauerhaft unter Schutz gestellt werden. Das ist rechtlich nicht möglich gewesen. Man musste diese Formulierung wählen, um auch nur im Ansatz die Möglichkeit zu haben, diese Flächen unter Schutz zu stellen. (Beifall von ÖDP/München-Liste).

Dem Vorwurf, wir würden uns nicht für den Wohnungsbau einsetzen, muss ich massiv widersprechen. Wir haben das wohnungsbaupolitische Programm unterstützt und haben wie DIE LINKE eine andere Vorstellung von Bebauung, von Höhe und Dichte und wollen mehr Grün in den Bebauungsgebieten. - (Vereinzelt Beifall)

Herr Pretzl, Sie haben so schön formuliert, wie eng es für die Leute in dieser Stadt ist und wie wenig Grün sie haben. Die Menschen sehen in ihrem persönlichen Umfeld, dass an der einen oder anderen Stelle immer mehr Grün verschwindet. Man bebaut die Zwischenräume, die Felder und man baut an. Das treibt die Leute um.

Damit man sich das besser vorstellen kann, habe ich versucht, das in Zahlen zu fassen. Auf Basis der Statistischen Jahrbücher von 2011 und 2012 sieht man, welche Flächen für Wohnen - nicht für Verkehr und Gewerbe - in den letzten zehn Jahren bebaut wurden. Es ist ein Zuwachs von 358 ha. Vielleicht können Sie sich darunter nichts vorstellen. Es sind knapp 3,6 Mio. m², die wir in zehn Jahren für den Wohnungsbau genutzt haben. Ich will keine Wertung abgeben, aber diese Fläche ist verschwunden. Zum Vergleich, der Englische Garten hat 375 ha. Wir haben also in zehn Jahren eine Fläche bebaut, die annähernd so groß ist wie der Englische Garten. Die haben wir komplett über- und mit Tiefgaragen unterbaut. Das heißt, wir haben eine massive Bebauung in den letzten zehn Jahren.

Herr Müller, ich ärgere mich wahnsinnig, wenn es heißt, die Grünflächen nehmen zu. Was versteht die Bevölkerung unter einer Grünfläche? Für die sind Grünflächen Parks, Wiesen, ökologische Flächen, generell freie Felder und alles was unbebaut ist.

Wie kommt es zu diesem Wachstum? Sie verstehen unter Grünflächen ausschließlich Allgemeine Grünflächen. Die sind leicht gestiegen. Aber wie steigt die Anzahl der Allgemeinen Grünflächen?

Ich nenne Ihnen ein fiktives Beispiel. Die meisten kennen den Eggarten, der hier schon öfter diskutiert wurde. Im Eggarten stehen auf 21 ha 1 000 Bäume, Sträucher und Wiesen. Leute machen

dort Sparziergänge, für viele ist es ein Idyll - (Zwischenruf) -. In einigen Jahren werden wir diese Fläche bebaut haben. Da werden zwölfstöckige Häuser stehen, Grün wird es nur noch zwischen den Häusern geben, vielleicht ein bisschen am Straßenrand und vielleicht eine Allgemeine Grünfläche ganz hinten bei einem Kinderspielplatz.

Wir würden dieses Gebiet, wie wir es in München derzeit machen, massiv bebauen. Nach Ihrer Berechnung steigt der Anteil der Allgemeinen Grünflächen. Nach meiner verlieren wir 21 ha wertvolles Grün. Das können wir übertragen auf die Ratold- und Raheinstraße, dort haben wir 300 Bäume gefällt. Um dort zu bauen haben wir aufgrund des Artenschutzes von der Regierung von Oberbayern eine Sondergenehmigung gebraucht. Auch dieses Grün verschwindet, es entsteht ein Stück Allgemeine Grünfläche und in der Statistik der Stadt kriegen wir mehr Grün. Das kann doch nicht sein. Wir haben ein völlig anderes Verständnis. Aber vielleicht ist es wirklich so: Man muss nur mehr und dichter bauen, damit man mehr Grünfläche bekommt.

Zu unserem Änderungsantrag: Ich teile die Meinung vieler, dass das Bürgerbegehren haushoch gewonnen worden wäre. Ich möchte auf zwei Entscheide hinweisen, die im letzten Jahr in Bayern stattgefunden haben. Im Juli 2022 hat sich in Ingolstadt eine Bürgerinitiative gegen die große Mehrheit im Stadtrat gebildet und mit 60 % entschieden, eine Schule nicht in einen Grünzug zu bauen. Ähnlich ist es in Germering. Da gab es ein größeres Bebauungsvorhaben, das war den Leuten zu dicht, es gab zu wenig Grün. Auch dort haben über 60 % der Bevölkerung das Bauvorhaben abgelehnt.

Zum Änderungsantrag von Die Grünen-Rosa Liste und CSU mit FREIE WÄHLER: Wir können mit Ausnahme von Punkt 3 neu mit allen anderen Punkten mitgehen. Der allgemeine Ausstieg aus der Formulierung, der von der Initiative für das Bürgerbegehren formuliert wurde, beinhaltet zu viele Ausnahmen. Es betrifft die Frage, ab welchem Status ein Bauleitplanverfahren begonnen hat. Schlussendlich kommt es auf die Änderung im Flächennutzungsplan an. Wenn sie noch nicht formuliert ist, sollte man nichts aufhalten.

Zum Schluss noch eine persönliche Bemerkung: Ich freue mich riesig, dass wir das heute verabschieden und bedanke mich bei allen, die das möglich gemacht haben. Danke schön! - (Beifall)

StRin Hanusch:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Diese wichtige Debatte beschäftigt uns seit Jahren und liegt uns Grünen wirklich am Herzen. Wir haben vor Jahren angefangen zu überlegen,

wie wir es schaffen, Wohnungsbau und die notwendige Infrastruktur in dieser dicht bebauten Stadt unterzubringen. Es freut uns, dass Personen nach München ziehen und hier ihre Kinder zur Welt bringen. Wir wollen niemanden abweisen. Wie schaffen wir es, diese Menschen gut unterzubringen und gleichzeitig die wertvollen Grünflächen zu erhalten?

Wir haben Vorschläge entwickelt, die an vielen Stellen schon weit vorangeschritten sind. Wir müssen an die versiegelten Flächen ran, an die Orte, die Infrastruktur haben und verkehrlich gut erschlossen sind. Wir arbeiten am Euroindustriepark und am Werksviertel. Die größeren Bebauungsplangebiete, die wir gerade anschieben, sind hauptsächlich durch Gewerbe geprägt und haben teilweise riesige Parkplatzflächen, die ein großes Potenzial bieten. Wir schauen uns auch Straßen und Räume an, die noch Potenzial besitzen, um mit Wohnraum aufgewertet zu werden.

Bei diesem Prozess müssen neue Grünflächen geschaffen werden. Für mich als Planerin ist es eine spannende Debatte, was in dieser Stadt eine Grünfläche ist. Es gibt die gefühlte Wahrnehmung und die Regeln im Planungs- und Baurecht. Darauf hat sich das Bürgerbegehren am Ende bezogen. Es gibt den großen Wunsch und es ist uns ein Anliegen, eine Art Verbindlichkeit zu schaffen und Grünflächen zu benennen, die dauerhaft erhalten bleiben.

Wir hatten beim Flächennutzungsplan Bauchschmerzen. Vieles - Herr Ruff hat es erwähnt - ist richtig gedacht, aber es gibt Fälle, wo wir bei Planungsprozessen Jahrzehnte später vorschlagen, etwas zu ändern.

Das Botanikum wird in der Presse immer wieder genannt. Dort planen wir in Angrenzung an die ökologische Ausgleichsfläche eine große neue Grünanlage im Bebauungsverfahren

Allgemeine Grünflächen sind aktuell diejenigen, auf denen Wohnungsbau realisiert wird. Am Ende dieses Planungsprozesses gibt es mehr Grünanlagen.

Die SoBoN wurde in der Debatte kritisiert, sie ist aber ein großartiges Instrument zur Sicherung des Wohnungsbaus. Wir sichern über städtebauliche Verträge, dass wir die allgemein ausgewiesenen Grünflächen als größere Parks bekommen. Diese Flächen gehören dauerhaft dem Baureferat und können auf ewig gesichert werden. Wir können sie herrichten und immer wieder prüfen, wo mehr Aufenthaltsqualität und Ökologie für die Menschen notwendig ist.

Wir haben viele gute Instrumente und ich kann die Ausführungen von Mona Fuchs nur unterstützen. Wir waren in einem intensiven Austausch, wie wir mit der Fragestellung des Bürgerbegehrens umgehen und hatten wirklich eine gute Idee für eine geänderte Frage, die mehr Entwicklungsmöglichkeiten gebracht hätte, aber für die sich keine Mehrheit gefunden hat. Wir haben uns für diesen Text entschieden, in dem Wissen, dass wir gerade bei dem Punkt Flächennutzungsplan in begründeten Einzelfällen Spielraum haben.

Ich hatte das Botanikum erwähnt. Es wird immer wieder Fälle geben, bei der die im Flächennutzungsplan ausgewiesene Fläche vielleicht in der aktuellen Nutzung kein hochwertiges Grün, sondern eine Schotterfläche ist oder als Parkplatz genutzt wird. Es gibt Einzelfälle in der Stadt, bei denen man begründen kann, sie ortsnah an einer anderen Fläche wiederherzustellen.

Das wollen wir nicht häufig machen, wir nehmen das ernst. Zum Vorwurf der Verzögerung oder Bürokratisierung: Wir haben für alle Bebauungsplanverfahren einen tollen Fahrplan für den Klimaschutz aufgesetzt. Wir machen schon zu Beginn der Aufstellungsbeschlüsse klar, wo der hochwertige Grünraum ist, den wir schützen wollen. Wir schauen uns an, wo sind ökologische Qualitäten, die zum Teil auf ehemals ausgewiesenen Gewerbeflächen entstanden sein können.

Durch den Beschluss werden wir noch klarer darauf eingehen müssen, wo im Flächennutzungsplan eine Allgemeine Grünfläche ausgewiesen ist und dies als neue Kategorie höher bewerten.

Ich sehe keinen Grund für ein großes Bürokratiemonster. Der Flächennutzungsplan ist ein etabliertes Instrument in dieser Stadt. Die Änderung führen wir seit Jahren immer wieder durch. Es gibt auch etablierte Verfahren und ich sehe keine Gefahr, dass das die Prozesse verzögert. Wir nehmen die Aussage ernst, dass wir keine Entwicklungsflächen mehr in der Stadt haben.

Die FDP meinte, man solle bauen, wo es vernünftig ist. Es ist nicht vernünftig, Grünflächen zuzubauen. Wir nehmen dafür die versiegelten und bereits erschlossenen Flächen. - (Beifall von Die Grünen-Rosa Liste) - Dort machen wir weiter und sind an großartigen Prozessen beteiligt.

Wir wollen in unserem gemeinsamen Änderungsantrag Punkt 3 neu weiterhin beschließen. Es ist ein Soll, kein hartes Kriterium, sondern ein Auftrag, dass es zu keinen Verzögerungen kommen soll. Es kann verfahrenstechnisch im Klimaschutzfahrplan untergebracht werden.

Im ÖDP-Antrag sehen wir den neuen Punkt zum Grünflächenmonitoring positiv und bitten die Verwaltung um eine Stellungnahme.

Es geht um das Bürgerbegehren, man müsste sich auf diese beiden Kategorien begrenzen, und es würde vor allem das Baureferat betreffen. Das Baureferat muss klarer darstellen, welche neuen Grünflächen dazu gekommen sind. Das ist ein Auftrag, den das Referat gerne annimmt, da es so wieso dabei ist, unsere Grünflächen zu verbessern und aufzuwerten.

Es ist ein guter Beschluss, den wir heute mehrheitlich fassen. Wir haben es immer ernst genommen, aber wir danken auch den Initiatoren, die uns das noch stärker vorgegeben haben. Wir wollen es weiterhin ernst nehmen. Trotzdem gibt es den Spielraum der Planungshoheit, dass wir in wenigen begründeten Einzelfällen die Möglichkeit haben, eine Fläche umzuverteilen. In diesem Sinne beschließe ich das mit Ihnen gerne. Vielen Dank! - (Beifall von Die Grünen-Rosa Liste)

OB Reiter:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste, liebe Zuseherinnen und Zuseher im Livestream! Ich bin seit neun Jahren Oberbürgermeister und war vorher fünf Jahre Wirtschaftsreferent und kann mich an so kurzfristige politische Meinungsänderungen von zwei großen Fraktionen nicht erinnern. - (Beifall von SPD/Volt)

Auch für politische Beobachter wie die anwesenden Medienvertreter ... - (Beifall, Unruhe) - ... Es gab in den letzten 14 Jahren innerhalb einzelner Stunden oder Tage noch keine zwei derartigen Fallrückzieher.

Woran liegt das? Ich will mich Herrn Höpner anschließen und die Initiatoren loben. Ich bin ein Freund der Bürgerbeteiligung und des Bürgerentscheides. Ich schließe mich dem Lob an und danke Ihnen, dass Sie das aktiv angestoßen haben.

Das Lob gilt aber nicht vollends für die Inhalte, weil ich die gestellte Frage anders sehe. Unsere Politik hat - ausweislich der Statistikdaten, die man so oder so werten kann, in den letzten Jahren Grünflächen erhalten und die Quadratmeter an Grünflächen gesteigert. Wir haben dem Ziel Rechnung getragen, aber gleichzeitig abgewogen, welche Entwicklung für die Stadt notwendig ist. Wir haben nicht festgelegt, dass Grünflächen immer an dem Ort erhalten bleiben müssen, an dem sie sind. - (Beifall von SPD/Volt) - Das ist der große Unterschied. - (Beifall von SPD/Volt)

Als Oberbürgermeister fühle ich mich für die Entwicklung dieser Stadt verantwortlich und kann ihren Änderungsantrag nicht mittragen.

Meine Fraktion und ich teilen uneingeschränkt das Ziel, Grünflächen zu steigern und zu erhalten. Trotzdem bitte ich um Nachsicht. - (Beifall von SPD/Volt-Fraktion) - Ich habe auch Verantwortung für die Entwicklung anderer Bereiche dieser Stadt und deswegen ist das, was Sie vorgeschlagen und wofür Sie 60 000 Unterschriften gesammelt haben, nicht der richtige Weg.

Ich bedanke mich trotzdem, weil Sie es ernst und Ihr Begehren ehrlich gemeint haben. Das unterscheidet Sie von den beiden großen Fraktionen, die heute diesen Antrag übernehmen. - (Beifall von SPD/Volt) – Bis vorgestern war nicht klar, was man macht. Zunächst musste abgewogen werden, ob das dahinterstehende politische Kalkül sinnvoll ist oder nicht. Dieses Bürgerbegehren zu übernehmen, ist ausschließlich politisches Kalkül der beiden großen Fraktionen.

Wenn Sie einen Beleg suchen, schauen Sie in Ziffer 3 neu des Änderungsantrags von Die Grünen-Rosa Liste und CSU mit FREIE WÄHLER. Darin steht: Wir wollen das übernehmen, aber ändern darf sich nichts. Es muss genauso schnell gehen, alle bestehenden Verfahren müssen so bleiben, wie sie sind. Wie wir wissen, sind Bebauungsplanverfahren bei uns in zwei, drei Monaten beendet. Wenn alle in Planung befindlichen Bebauungspläne, Aufstellungspläne etc. ohne Rücksicht auf dieses heute beschlossene Bürgerbegehren Bestand haben, wird sich in den nächsten zehn Jahren nichts ändern.

Das sind Potemkinsche Dörfer. Es ist kaum zu übertreffen, was mir dazu einfällt. Egal, das haben Sie schon alle gewürdigt. Ich freue mich auf die künftigen Diskussionen im Planungsausschuss. Ich prognostiziere hier öffentlich, dass ab dem nächsten Planungsausschuss die beiden großen Fraktionen mit Verve vortragen werden, ob bei dem gerade diskutierten Bebauungsplan, das Bürgerbegehren gilt oder nicht. Sie werden das in den nächsten Planungsausschusssitzungen, über mehrere Jahre hinweg, erleben.

Ich freue mich darauf und bin sehr gespannt, wie die Begeisterung der 60 000 Unterschreiberinnen und Unterschreiber des Bürgerbegehrens sein wird, wenn sie feststellen, dass alles so bleibt wie es ist, obwohl die Forderungen des Bürgerbegehrens übernommen wurden. Es wird alles bleiben, wie es ist, weil jedes Mal dezidiert klargestellt wird, dass es in dem einen oder anderen Bebauungsplan nicht angewendet werden soll.

Ein kleiner Terminhinweis: Im nächsten Planungsausschuss wird die Beschlussvorlage zur Erdbeerwiese behandelt. Auf diese Diskussion freue ich mich im Kontext der heutigen Diskussion besonders. Da planen wir eine Schule, eine Feuerwehr und einen Sportplatz. Die Begründung wird spannend. Das wird noch eine große Fortsetzung in den nächsten Planungsausschüssen finden. Ich freue mich auf die empathischen Begründungen, warum das ausgerechnet bei dem Bebauungsplan keinen Sinn ergibt.

Meine Damen und Herren, es lebe der politische Opportunismus! Nie ist er besser als heute bewiesen worden. Mein Referentenantrag wäre der Richtige gewesen, aber als guter Demokrat muss man auch verlieren können. So ist es heute. Danke schön! - (Beifall von SPD/Volt)

Stadtrat Pretzl hat bereits erklärt, welcher Juristin er vertraut. Ich vertraue Frau Müller von der Rechtsabteilung genauso wie Frau Charlier vom Planungsreferat.

Frau Müller (Rechtsabteilung des Direktoriums):

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Stadtratsmitglieder! Aus kommunalrechtlicher Sicht entfällt der Bürgerentscheid, wenn die mit dem Begehren geforderten Maßnahmen vollständig übernommen werden. Wenn die Übernahme des Begehrens heute beschlossen wird, müsste die Verwaltung die Maßgaben des Begehrens auch für bereits begonnene Bauleitplanverfahren beachten. Eine vollständige Übernahme ist zweifelhaft, wenn der letzte Satz in Ziffer 3 neu des Änderungsantrags von Die Grünen - Rosa Liste und CSU mit FREIE WÄHLER, „Bereits begonnene Bauleitplanverfahren bleiben ausgenommen“ beschlossen wird und die Maßgaben des Bürgerbegehrens bei diesen Verfahren nicht anwendbar sind. Vielen Dank.

OB Reiter:

Wenn Sie den letzten Satz von Punkt 3 neu des Änderungsantrags von Die Grünen - Rosa Liste und CSU mit FREIE WÄHLER beschließen, werde ich den Beschluss nicht vollziehen, sondern der Regierung von Oberbayern vorlegen. Es geht nur um diesen letzten Satz von Punkt 3 neu.

Da ich keine Rechtsunsicherheit möchte, können Sie die Übernahme des Bürgerbegehrens in Punkt 2 neu des Änderungsantrags und Punkt 3 neu bis auf den letzten Satz beschließen. Wenn Sie jedoch den letzten Satz in Punkt 3 neu beschließen, werde ich diesen der Regierung von Oberbayern vorlegen und fragen, ob er zulässig ist.

StRin Wolf:

Ich bitte, Punkt 5 des Änderungsantrags von ÖDP/München-Liste gesondert abzustimmen.

StBRin Prof. Dr. (Univ. Florenz) Merk:

Nach meinem Verständnis betrifft diese Forderung das Baureferat. Ich halte es für realistischer, nicht jährlich, sondern alle zwei Jahre zu berichten.

StR Ruff:

Man könnte nach einem Jahr den Zeitraum verlängern.

StBRin Prof. Dr. (Univ. Florenz) Merk:

Ein Monitoring ist nur alle zwei Jahre sinnvoll. Sie kennen unsere Vorlaufzeiten. Die Krux ist, dass wir unmittelbar nach dem Vorgängerbericht mit den neuen Berichten anfangen müssten. Das macht keinen Sinn, vor allem wenn damit längerfristige Bau-, Planungs- und Sicherungsprozesse verbunden sind.

StR Ruff:

Frau Referentin, wir gehen mit dem zweijährigen Turnus mit. Warten Sie aber bitte mit dem ersten Bericht keine zwei Jahre.

Bfm. StRin Dr.-Ing. Ehbauer:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren! Vielen Dank für die zwei Jahre. Wir werden uns Mühe geben. Sollten wir es nicht schaffen, werden wir mit unserem Korreferenten Ruff sprechen und begründen, warum wir es nicht schaffen.

OB Reiter:

Ich habe noch eine Frage zu Punkt 4 neu des Änderungsantrags von Die Grünen - Rosa Liste und CSU mit FREIE WÄHLER: Bedeutet der Satz, die Stadtverwaltung wird beauftragt, alle städtischen öffentlichen Grünanlagen in dem aktuell per Satzung festgelegten Umfang zu sichern, das Planungsreferat muss Bebauungspläne erlassen? Wie sollen die Flächen sonst gesichert werden oder habe ich ein Instrument übersehen? - (StR Ruff: Über die Satzung!) - Wenn Sie meinen, dass die darin enthaltenen Flächen nicht bebaut werden, ist das etwas anderes. Die Satzung hindert das Planungsreferat nicht, einen Bebauungsplan zu erlassen. Diese Flächen können nur ernsthaft gesichert werden, wenn für jedes dieser Grundstücke ein Bebauungsplan erlassen wird.

StR Ruff:

In der Satzung sollen nur die Grünanlagen stehen, die neu dazu kommen. Das geht über das Bürgerbegehren hinaus. Auch neue Flächen, beispielsweise Spielplätze, sollen gesichert werden und nicht nur die Flächen zu Beginn des Bürgerbegehrens.

OB Reiter:

Es geht darum, dass die künftig neu entstehenden Grünanlagen in die Satzung aufgenommen werden. Somit wissen wir, was der Änderungsantrag bedeutet. Ich weise darauf hin, dass die Nummerierung der beiden Änderungsanträge nicht der Neufassung meines Referentenantrags entspricht. In beiden Änderungsanträgen müsste es in Punkt 1 und 2 heißen: Wie im Antrag des Referenten. Aus Punkt 2 geändert wird Punkt 3 geändert, die weiteren Punkte müssten entsprechend fortgeführt werden. Diese Version ist Grundlage der Abstimmung:

Die Punkte 3 geändert der Änderungsanträge von Die Grünen – Rosa Liste und CSU mit FREIE WÄHLER und von ÖDP/München-Liste werden gegen die Stimmen von SPD/Volt, FDP - BAYERNPARTEI und AfD **beschlossen**.

Punkt 4 neu des Änderungsantrags von ÖDP/München-Liste wird gegen die Stimmen von ÖDP/München-Liste und DIE LINKE./Die PARTEI **abgelehnt**.

Punkt 4 neu des Änderungsantrags von Die Grünen - Rosa Liste und CSU mit FREIE WÄHLER wird gegen die Stimmen von SPD/Volt, DIE LINKE./Die PARTEI, FDP - BAYERNPARTEI und AfD **beschlossen**.

OB Reiter:

Den letzten Satz der beschlossenen Ziffer 4 „*Bereits begonnene Bauleitplanverfahren bleiben ausgenommen*“ werde ich der Regierung von Oberbayern zur Prüfung vorlegen.

Die Punkte 5 neu der Änderungsanträge von Die Grünen - Rosa Liste und CSU mit FREIE WÄHLER und von ÖDP/München-Liste werden mit der mündlichen Änderung

„Die Stadtverwaltung wird beauftragt, alle künftigen städtischen öffentlichen Grünanlagen per Satzung (Grünanlagenverzeichnis – Anlage 1 zur Grünanlagensatzung) zu sichern.“

gegen die Stimmen von SPD/Volt, AfD und FDP - BAYERNPARTEI **beschlossen**.

Punkt 6 neu des Änderungsantrags von ÖDP/München-Liste wird mit der mündlichen Änderung *“...und alle **zwei Jahre** in einer Sitzungsvorlage...”*

gegen die Stimmen von FDP - BAYERNPARTEI **beschlossen**.

Punkt 7 neu des Änderungsantrags von ÖDP/München-Liste und Punkt 6 neu des Änderungsantrags von Die Grünen - Rosa Liste und CSU mit FREIE WÄHLER (Beschlussvollzugskontrolle) werden **einstimmig beschlossen**.

Der somit geänderte Antrag des Referenten wird gegen die Stimmen von SPD/Volt, FDP - BAYERNPARTEI und AfD **beschlossen**.

- (Beifall von der Tribüne) -

OB Reiter:

Ihr dürft das eigentlich nicht! Ich nehme den Applaus aber mit Langmut hin. - (Unruhe - Glocke des Vorsitzenden)

Sanierungsgebiet „Aubing - Neuaubing - Westkreuz“

Aufwertung Areal Ubostraße

Diverse Anträge und Empfehlungen

Aktensammlung Seite 4665

StR Roth:

Lieber Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir bringen erneut unseren Änderungsantrag aus dem Planungsausschuss vom 11.01.23 ein.

Der Änderungsantrag von FDP - BAYERNPARTEI aus dem Planungsausschuss vom 11.01.23 wird **einstimmig beschlossen**.

Der somit geänderte Antrag der Referentin wird **einstimmig beschlossen**.

**Markthallen München (MHM);
Feststellung des Jahresabschlusses 2021
und Entlastung**

Aktensammlung Seite 4675

StRin Wassill:

Sehr verehrter Herr Oberbürgermeister, sehr verehrte Damen und Herren! Jahresabschlüsse sind normalerweise langweilig. Es lohnt sich aber, die Vorlage zu lesen und sie den Bürgern zu erläutern. Es geht um einen jährlichen Verlust in Höhe von 11 Mio. € bei Umsatzerlösen von durchschnittlich 16 Mio. €. Die Hälfte dieser Ausgaben braucht man für das Personal und 15 Mio. € für Materialaufwand und sonstige Aufwendungen. So kam der Verlust von 11 Mio. € zustande.

In dem Materialaufwand ist auch der Bauunterhalt enthalten. Der marode Bau wird bis zum Ende der Großmarkthalle im Jahr 2030 mit 10 Mio. € zu Buche schlagen. In Anlage 5 sind die Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung aufgezählt. Die Stadt muss nach dem Umzug der Händler in die neue Halle des privaten Investors für die ruinierten Gebäude keine weiteren Unterhaltskosten mehr tragen.

In dem Bericht steht, dass bis dahin 10 Mio. € im Jahr aufgewendet werden müssen, um die Halle weiter benutzen zu können. Bis 2030 werden 100 Mio. € in den Erhalt der alten Halle gesteckt. Dieses Geld ist mit dem anstehenden Abriss verloren. In dem Bericht steht, dass die Stadt die Unmöglichkeit erkannt habe, die Sanierung und den Neubau der festen Lebensmittelmärkte aus der Finanzkraft dieses Betriebes zu erwirtschaften. Die Stadt muss das aus Steuergeldern zahlen.

Auf Seite 16 der Vorlage steht, der Bauzustand sei desaströs. Es bestehen Risiken für Leib und Leben der Personen, die sich dort aufhalten. Wie konnte es so weit kommen? Es gibt baurechtlich vorgeschriebene Prüfverfahren für Gebäude, die in bestimmten Abständen kontrolliert werden müssen. Haben die Kontrollen in den letzten 20 Jahren nicht die Probleme mit der Statik und mit dem Bauunterhalt angezeigt? Wer ist für die Kontrollen zuständig gewesen? Normalerweise gibt es Unterhaltspläne, wann etwas ausgetauscht werden muss. Warum wurde nicht regelmäßig in den Bauunterhalt der Hallen investiert? Wer ist dafür verantwortlich? Es kann nicht sein, dass sich solche Fälle in München überall häufen. Ich erinnere an den maroden Campingplatz in Thalkirchen, der für Millionen saniert werden muss. Ich erinnere an die München Klinik, wo sich ein

Millionenloch aufgetan hat. Ich erinnere an den Gasteig und später kommen wir noch zu den Friedhöfen. Wo ist die Baukontrolle? Warum wurde nicht regelmäßig investiert? Warum haben Sie das kaputt gehen lassen? Ich meine damit auch die Stadträte vor der letzten Legislaturperiode. Wollen Sie auch die Gebäude verkommen lassen, die Sie ständig dazu kaufen? Sie haben schlecht gewirtschaftet und Ihre Hausaufgaben nicht gemacht. Bei der Großmarkthalle soll nun der Investor die Aufgabe übernehmen, bei der die Stadt versagt hat. Wir hoffen, dass der Investor den Bau tatsächlich hinbekommt und die Halle betreiben kann. Es drängt sich der Verdacht auf, dass sich die privaten Investoren besser um ihr Eigentum kümmern als die Stadt, deren Eigentum die Bürger bezahlt haben. Vielen Dank.

Der Antrag der Referentin wird **einstimmig beschlossen**.

Mobilitätsstrategie 2035

Diverse Anträge

Aktensammlung Seite 4681

StRin Mirlach:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Wir stellen nochmals unseren Änderungsantrag aus dem Mobilitätsausschuss vom 18.01.2023 und beziehen uns auf die dortigen Ausführungen.

StRin Wassill:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr verehrte Damen und Herren! Nicht kurz und schmerzlos, sondern lang und schmerzhaft! Wir haben die Mobilitätsstrategie 2035, Teilstrategie Urbane Logistik angeschaut. Nach Anlage 12 ergab eine Umfrage der Handwerkskammer von München und Oberbayern, dass 42 % der Handwerker Probleme haben, durch den Stadtverkehr zu kommen. 61 % waren der Meinung, aufgrund der Verkehrssituation Aufträge ablehnen zu müssen. Das ist schlecht für die Bürger. So weit hat es die Verkehrsverhinderungsideologie gebracht, die seit Jahren entsprechend dem Green Deal der EU von der Stadtratsmehrheit durchgezogen wird. Die Handwerkskammer nennt als Ursache die direkte Verkehrsbehinderung, Baustellen, Einschränkungen der Fahrwege durch Ausweisung von Fahrradwegen, Schanigärten und das Fehlen von Abstellflächen für Werkstattwagen.

In Anlage 13 finden Sie eine Aussage von Citypartner München e. V., dass es auch an den Datengrundlagen der Vorlage hapere. Insbesondere ist die Zahl der in München ansässigen Handwerksbetriebe strittig. Wir begrüßen, dass diejenigen, die München am Laufen halten, eingebunden werden: Die Handwerker, die Gastronomen und die Einzelhändler. Man muss die Rechnung immer mit dem Wirt machen.

Wir halten nur Ziffer 14 des Referentenantrags für sinnvoll und stimmen dieser auch zu. Sie wollen eine Ausschreibung in Auftrag geben, damit ein Güterverkehrskonzept mit einer Datenerhebung stattfindet und das in enger Abstimmung mit der Wirtschaft. Machen Sie das bitte! Zum Rest fällt mir nur ein, dass Sie das Pferd von hinten aufzäumen wollen. Wie können Sie Maßnahmen beschließen und angehen, bevor Sie mit den Vertretern der Wirtschaft darüber geredet haben? Sie

reißen immer mehr neue Baustellen auf, als Sie beschließen können. Den Rest der Vorlage lehnen wir ab. Danke!

StR Roth:

Wir stellen unseren Änderungsantrag aus dem Mobilitätsausschuss vom 18.01.23 nochmals zur Abstimmung.

Der Änderungsantrag von FDP – BAYERNPARTei aus dem Mobilitätsausschuss vom 18.01.23 wird gegen die Stimmen der Antragsteller **abgelehnt**.

Der Änderungsantrag von CSU mit FREIE WÄHLER aus dem Mobilitätsausschuss vom 18.01.23 wird gegen die Stimmen der Antragsteller **abgelehnt**.

Ziffer 14 des Antrags des Referenten wird **einstimmig beschlossen**.

Die restlichen Ziffern des Antrags des Referenten werden **einstimmig beschlossen**.

Unternehmensstruktur der Städtischen Friedhöfe München und der Städtischen Bestattung Änderung der Rechtsform

Aktensammlung Seite 4683

StRin Wassill:

Herr Oberbürgermeister, sehr verehrte Damen und Herren! Städtische Friedhöfe umstrukturieren! 200 Jahre lang war das Bestattungswesen in einem städtischen Betrieb untergebracht. 1986 begann aufgrund kartellrechtlicher Vorschriften ein Spaltungsprozess, der 2009 vollendet war. Seitdem gibt es die Städtischen Friedhöfe München (SFM) und die Städtische Bestattung (SB). Grob gesagt, kümmert sich die eine Firma um die Friedhöfe und das Krematorium. Die andere ist quasi ein Bestattungsunternehmen in Konkurrenz zu den privaten Bestattern. Jetzt müssen Sie die Trennung wieder rückgängig machen, um Einsparungen durch die üblicherweise doppelt vorhandenen Querschnittabteilungen zu erzielen. Man kann sich fragen, warum diese Variante nicht bereits 1986 gewählt wurde. Deswegen werden wir dieser Maßnahme zustimmen, aber auch hier ist der eigentliche Aufreger im Fließtext der Vorlage enthalten. Auf Seite 9 lesen wir vom Ruinenskandal:

„Der Betrieb und Unterhalt der gesamten Infrastruktur des Bestattungswesens (SFM und Städtische Bestattung) unterliegt bereits seit Jahrzehnten einem mittlerweile nicht mehr zu übersehenden Instandhaltungs- und Instandsetzungsstau, verursacht durch nicht ausreichende Finanzierungen. Die aktuellen Prozesse sind nicht geeignet, das wertvolle kulturelle Erbe der Münchener Friedhöfe dauerhaft zu erhalten und die Betriebs- und Ertragsfähigkeit der SFM auch in Zukunft sicherzustellen.“

Im Weiteren wird ausgeführt, dass bei kleineren Instandhaltungsmaßnahmen oft viel größere Baumängel entdeckt werden, die ebenfalls behoben werden müssen, sodass sich alle anderen Maßnahmen verzögern. Das heißt, sie kommen nicht mehr hinterher. Es bröseln.

Jetzt stehen vier große Instandhaltungsprojekte auf dem Westfriedhof, Nordfriedhof, Ostfriedhof und dem Neuen Südfriedhof an, die 100 Mio. € kosten werden. Daneben sind jährlich 6 Mio. € für weitere Bauunterhaltsmaßnahmen nötig. Die beiden städtischen Betriebe haben dafür keine Ressourcen, deswegen wird das Geld der Steuerzahler aus dem Stadtsäckel gebraucht. Das können die Betriebe später über die Gebühren abstottern.

Ich frage die Vertreter der Altparteien, die seit Jahrzehnten die Immobilien der Landeshauptstadt und damit auch die Friedhöfe verwalten: Wie kann es sein, dass Sie das nicht gesehen haben? Warum haben Sie das Geld nicht rechtzeitig in die Hand genommen? Wer ist dafür verantwortlich? Das ist doch eine weitere Bankrotterklärung des bisherigen Kurses.

Meinen Sie nicht, dass es an der Zeit wäre, über das Baureferat eine Art referatsübergreifende Baurevision zu schaffen, die alle städtischen Bauwerke regelmäßig auf ihren Zustand und Instandhaltungsbedarf untersucht? Wäre es nicht an der Zeit, in jedem Referat einen Instandhaltungstopf für die referatseigenen Gebäude und Einrichtungen zu bilden? Es ist an der Zeit, sich der Realität zu stellen und freiwillige Leistungen der Stadt und ideologische Projekte zu beenden, um die Substanz der Stadt zu erhalten. Sonst bleibt für die Bürger, die sich auf Sie verlassen haben, zum Schluss nur noch eine Ruinenlandschaft übrig. Danke!

Der Antrag der Referentin wird **einstimmig beschlossen**.

Generalsanierung Gasteig - Ergebnis des Vergabeverfahrens für ein Investorenmodell

Aktensammlung Seite 4695

OB Reiter:

Zu diesem spontan anberaumten Tagesordnungspunkt in öffentlicher Sitzung gibt es keine Beschlussvorlage. - (StR Pretzl: Können wir über den Änderungsantrag von Die Grünen - Rosa Liste und SPD/Volt sprechen? - Zurufe - StRin Schönfeld-Knor: Ja! - BMin Habenschaden: Der bezieht sich auf den nichtöffentlichen Teil. - StR Pretzl: Ich frage die Antragsteller...) - Ich bin nur ein kleiner Teil der Antragsteller und weiß es nicht. Aber da wir uns darauf geeinigt haben, über das Thema auch öffentlich zu diskutieren, macht es keinen Sinn, nicht über die Änderungsanträge zu sprechen.

StR Pretzl:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Die Nachricht vom Scheitern des Investorenmodells für den Gasteig hat zumindest unsere Fraktion in sehr große Besorgnis versetzt. Wir sprechen über das größte Kulturzentrum Europas, die Heimat unserer Volkshochschule, der größten Bibliothek und eines bedeutenden Münchner Orchesters, dessen neuen Chefdirigenten wir heute Morgen ausgewählt haben.

Das muss insbesondere im Licht der Entwicklung der vergangenen Wochen und Monate gesehen werden. Wir sollten eine Zwischennutzung für einen Zeitraum bekommen, dessen Ende überhaupt noch nicht absehbar ist. Ich glaube schon, dass wir als Stadtrat aufarbeiten müssen, wer wann von dem Scheitern des Investorenmodells gewusst hat. - (StRin Burneleit: Das war schon lange klar!)

Ich war selbst einmal Aufsichtsratsvorsitzender der Gasteig München GmbH und Betreuungsbürgermeister des Baureferats. Daher halte ich es für vollkommen ausgeschlossen, dass die Stadtspitze und die Aufsichtsratsvorsitzende nicht schon seit etlichen Wochen darüber informiert waren. Da frage ich mich, was man in den vergangenen Wochen getan hat.

Das Schweigen und Hinauszögern bis zum letztmöglichen Zeitpunkt, sodass wir jetzt in der Vollversammlung darüber reden müssen, gefährdet die zeitnahe Zwischennutzung des Gasteigs massiv. Die Ausschreibung läuft noch bis zum 31.12. und keinen Tag länger. Das hat der Stadtrat so beschlossen. Da sollen jetzt kurzfristig Verträge unterschrieben werden. Wir stehen zwar am

Jahresanfang, aber die Kulturprogramme müssen geplant werden, und die Menschen sollen laut unserem Stadtratsbeschluss am 31.12. wieder draußen sein. Das kann doch nicht unser Ernst sein.

Das ist ein kurzfristiges Problem, doch die große Frage ist: Warum hat man sich nicht gleich damit auseinandergesetzt, wie wir mit dem Gasteig weiter umgehen, nachdem klar wurde, dass dieses Modell scheitert? Ich kann dazu in öffentlicher Sitzung leider nicht alles sagen, was ich gerne möchte, aber mal ganz ehrlich: Wir stehen vor einem Scherbenhaufen, der die Existenz dieses Kulturzentrums infrage stellt, und alles, was Ihnen dazu einfällt, ist, einen Antrag zu stellen, in dem die Stadtverwaltung beauftragt wird, eine Klimaschutzprüfung der verschiedenen Varianten vorzunehmen. Ich gehe davon aus, dass die Stadtverwaltung das aufgrund der in den letzten Jahren gefassten Beschlüsse längst erledigt hat. Ansonsten hätte sie Stadtratsbeschlüsse missachtet. Und das stellen Sie jetzt als Lösung des Problems vor.

Die Menschen draußen fragen sich, wie es weitergeht. Was will die Stadtratsmehrheit? Wollen Sie an der großen Lösung festhalten? Wollen Sie ein neues Investorenmodell mit einem höheren Kostendeckel starten? Wollen Sie das Projekt aus dem städtischen Haushalt finanzieren, wie ich in einigen Zeitungen gelesen habe? Wie wollen Sie diese Summe finanzieren, die definitiv über einer halben Milliarde Euro liegen wird? Das sind doch die Fragen, auf die die Stadtgesellschaft Antworten haben will. Und was beantragen Sie heute? Eine Klimaschutzprüfung der verschiedenen Varianten, die doch sicher längst erfolgt ist!

Entschuldigen Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren der Stadtratsmehrheit, aber das ist keine verantwortungsvolle Politik – egal, um welches Thema es sich handelt. Und bei diesem bedeutenden Kulturzentrum gleich zweimal nicht. - (Beifall von CSU mit FREIE WÄHLER) - Ist das ein Hinausschieben? Der Oberbürgermeister sprach vorhin von politischem Opportunismus. Dann ist das hier der maximale politische Opportunismus! Ein solcher Antrag der Stadtratsmehrheit ist das Zeichen totaler Planlosigkeit. Sie haben keine Ahnung, wie Sie weiter mit diesem Projekt umgehen wollen.

Die Vertreterin von DIE LINKE./Die PARTEI hat gerade eingeworfen, sie habe das schon immer gewusst. In der heutigen nichtöffentlichen Sitzung geht es um ein weiteres Investorenmodell. Da hat die Linke auch gesagt, sie hätte es schon immer gewusst, aber es läuft sehr gut, und für dieses Projekt gibt es Investoren. Dazu kann ich jetzt nichts sagen, weil wir in nichtöffentlicher Sitzung darüber diskutieren werden.

Warum ist dieses Investorenmodell gescheitert? Weil man sich viel zu lange Zeit gelassen hat, und Investoren in der jetzigen Zinssituation anders reagieren als noch vor zwei oder drei Jahren. Damals mussten sie bei der Europäischen Zentralbank Negativzinsen zahlen, und das Modell wäre wesentlich attraktiver gewesen. Das ist doch die Wahrheit! Warum hat es diese Verzögerungen gegeben? Weil Sie dem Wirtschaftsreferat, das mit der Ausschreibung schon sehr weit war, gegen unseren ausdrücklichen Rat und aus rein politischen Gründen die Kompetenzen entzogen und dem Baureferat übertragen haben. Sie haben das dem CSU-Referenten nicht gegönnt. Das ist doch die Wahrheit! - (Beifall von CSU mit FREIE WÄHLER)

Mit diesem Schritt haben sie auch das Top-Planungsteam aus dem Gasteig vergrault. Nach dieser Entscheidung hat es aus totalem Frust gekündigt. Das waren die Menschen, die das Interim im Zeit- und Kostenrahmen gebaut haben, mit dem wir alle sehr zufrieden sind. Jetzt bräuchten wir diese Leute dringend, aber sie sind weg, weil Sie die falsche Entscheidung getroffen haben. Vielleicht sind Sie auch deswegen so sprachlos, weil Sie erkennen, dass Sie dafür Verantwortung tragen. Aber dann müssen Sie auch zu dieser Verantwortung stehen, liebe Kolleginnen und Kollegen! - (Beifall von CSU mit FREIE WÄHLER)

Wir werden dem Änderungsantrag definitiv nicht zustimmen und erwarten von der Stadtspitze, der Stadtratsmehrheit und insbesondere von der zuständigen Bürgermeisterin eine schnelle, klare Aussage, wann und wie es mit dem Gasteig weitergehen soll. Die weiteren Fragen werden wir zu gegebener Zeit in der nichtöffentlichen Sitzung stellen. Vielen herzlichen Dank! - (Beifall von CSU mit FREIE WÄHLER)

OB Reiter:

Ich sage es nicht so oft, Herr Pretzl, aber der Erkenntnisgewinn Ihres Wortbeitrags geht gegen Null. - (Zurufe) - Ich gehe davon aus, dass Sie uns die Haltung der CSU zum Fortbestand und der weiteren Entwicklung des Gasteig in nichtöffentlicher Sitzung mitteilen werden. - (Zuruf StR Pretzl) - Diese Ausführungen habe ich vermisst oder wahrscheinlich überhört. Stattdessen haben sie zehn Minuten über die Vergangenheit geredet und den anderen vorgeworfen, dass sie eine Klimaschutzprüfung beantragen. Ich bin kein Fachmann, aber ich hoffe, dass das Thema Graue Energie schon überall angekommen ist. Es macht einen Unterschied, ob man so eine Bude abreißt oder verändert. - (StR Pretzl: Das sind Standardbeschlüsse, die schon längst vollzogen sein müssten.) - Ich bitte Sie gern noch einmal ans Mikrofon, damit Sie sagen können, welche Lösung die CSU vorschlägt.

StR Pretzl:

Herr Oberbürgermeister, wir stehen zu der Sanierung des Gasteigs in der großen Lösung. Das habe ich in all meinen Statements gesagt. - (Beifall von CSU mit FREIE WÄHLER) - Wegen der Verzögerung, die wir nicht zu verantworten haben, wird das teurer werden. Das ist klar. Aber für dieses bedeutende Kulturzentrum muss man Geld in die Hand nehmen. Herr Oberbürgermeister, Sie wissen auch, dass die Stadtratsmehrheit andere Informationszugänge zu den aktuellen Kostenprognosen hat. Zudem kennen Sie den Haushalt und die Steuereinnahmen besser als die Opposition. Deswegen finde ich die Frage nach unserer Haltung zwar opportun, aber Sie müssten ebenso nach der Haltung der Stadtratsmehrheit fragen. Dazu habe ich in den Medien oder woanders kein einziges Wort gehört, nicht einmal ein Indiz, in welche Richtung es gehen könnte.

Angesichts der veränderten Rahmenbedingungen wird ein Investorenmodell mit einem höheren Kostendeckel für die Stadt verträglicher sein. Ich sehe nicht, wie wir 500 oder 600 Mio. € in absehbarer Zeit aus dem Haushalt finanzieren können. Deswegen wird man dem Investor wahrscheinlich eine höhere Jahresmiete zahlen müssen. Das ist nach meinem Informationsstand der einzige Weg. Klare Aussage: Wir stehen zu der großen Lösung bei der Gasteig-Sanierung und werden daran festhalten. Vielen herzlichen Dank! - (Beifall von CSU mit FREIE WÄHLER)

OB Reiter:

Ich habe mir in den vielen Jahren angewöhnt, zunächst ein paar Fakten zu ermitteln, bevor ich eine Entscheidung treffe. Das mag man jetzt blöd finden, aber ich möchte gerne wissen, von wie vielen hundert Millionen zusätzlich wir reden. Dafür benötigen wir neue Pläne und Berechnungen. - (StR Pretzl: Aber selbst dem verweigern Sie sich.) - Nein, überhaupt nicht! Warum sollten wir das tun? Das sind doch Verwaltungsaufgaben, die erledigt werden müssen. Deswegen stehen die Möglichkeiten, die wir in Zukunft haben, in der Vorlage.

Natürlich werden wir uns in extenso über die Möglichkeiten, die wir an einer Hand abzählen können, unterhalten, wenn wir die Rahmenbedingungen kennen. Beispielsweise, um wie viel wir den Kostendeckel für eine neue Investoren-Ausschreibung anheben müssten. Vielleicht vertritt irgendjemand aus dem Stadtrat die Haltung: Wir bauen es auf jeden Fall, egal, was es kostet. Darüber müssten wir diskutieren, wenn es eine Vorlage gibt und die Rahmenbedingungen feststehen. Vorher macht das keinen Sinn.

Deswegen werden wir weiterhin darauf drängen, dass der Gasteig nicht leer steht. In der Zwischenzeit werden wir überlegen... Gerade die CSU müsste doch wissen, was Denkpausen im Kulturbereich bedeuten. - (Heiterkeit) - Wir machen nur eine kurze Denkpause von fünf bis sechs Monaten und sind also deutlich schneller als die Mandatsträger der CSU-Fraktion. Insofern bitte ich nochmals um Bedenkzeit, bis wir ein paar Fakten haben. Dann können wir faktenorientiert diskutieren, was der bessere Weg ist. Das halte ich für die bessere Lösung.

StRin Wolf:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! In einem Punkt gebe ich Herrn Pretzl recht: Im Dezember 2020 hat der damalige Stadtrat eine brutale Fehlentscheidung getroffen. Das wird in der Vorlage dankenswerterweise dargestellt. Das Investorenmodell mit einem damals schon zu knapp bemessenen Kostendeckel und der Erwartung, dass ein privater Investor das schneller und vor allem viel kostengünstiger umsetzen könne, war eine Illusion. In der damaligen Debatte hatten wir auch das Finanzierungsmodell des alten Gasteigs scharf kritisiert. Das wird in der heutigen Ausgabe der *Süddeutschen Zeitung* nochmals ausgeführt. Er sollte 400 Mio. DM kosten, und wir haben dann über die 40 Jahre umgerechnet ungefähr eine Milliarde Mark ausgegeben, indem wir immer wieder Investorenforderungen bedienen mussten. Parallel dazu kann ich mich an Millionen-Ausgaben aus dem Stadthaushalt für verschiedene „Brush up“-Programme erinnern. Es gab ja immer etwas nachzubessern.

Wir haben uns immer strikt gegen die Suche nach einem Investor ausgesprochen, der nicht nur die Sanierung, sondern auch für 60 Jahre oder länger den Betrieb übernehmen sollte. Die Stadt ist schon einmal darauf hereingefallen und hat sich dadurch – gestreckt auf eine längere Zeit – finanziell viel mehr gebunden. Im Dezember 2020 war klar, dass eine rechtssichere, europaweite Ausschreibung mindestens ein Jahr an Vorbereitungen braucht und nicht aus dem Ärmel geschüttelt werden kann, um nicht wieder Tür und Tor für Nachforderungen zu öffnen. Insofern ist der in der Vorlage geschilderte Zeitablauf nicht überraschend, Kollege Pretzl. Wahrscheinlich hätte man eine solche Ausschreibung gar nicht schneller hinbekommen können. Wir plädieren explizit dafür, von einer erneuten Ausschreibung Abstand zu nehmen.

Nun zu dem Änderungsantrag von Die Grünen - Rosa Liste und SPD/Volt: Herr Oberbürgermeister, wir haben vor 2020 in aller Ausführlichkeit über alle Aspekte diskutiert. Der Gasteig-Geschäftsführer Max Wagner hat die verschiedenen Varianten von der Generalsanierung bis zur Grundsanierung mit allem Pipapo in den Fraktionen vorgestellt. Letztlich wollte die Mehrheit eine Generalsanierung, und ich finde, das ist kulturpolitisch die richtige Entscheidung. Diese Debatten über eine

Klimaschutzprüfung erneut aufzulegen, halten wir Linke für überflüssig. Wir wollen, dass jetzt die Generalsanierung angegangen und eine städtische Gesellschaft mit der Projektleitung beauftragt wird. Sie soll mit der Projektplanung beginnen bzw. sie fortführen, wenn schon etwas vorliegt. Wir wissen das nicht so genau, weil wir nicht im Aufsichtsrat oder anderen Gremien vertreten sind.

Die Zwischenergebnisse dieser Projektplanung, inklusive aktueller Kostenschätzung, Zeitplanung, dazu vielleicht noch der eine oder andere Einsparvorschlag und eine nochmalige klimatische Betrachtung, sollen uns bis zum Herbst vorgelegt werden. Wir müssen endlich anfangen. Seit 2020 ist der Baukostenindex um 30 % gestiegen. Das heißt, auf die 450 Mio. € können gleich 30 % draufgeschlagen werden. - (Zuruf StR Pretzl) - Der Kollege Pretzl fragt, wie wir das finanzieren sollen. Da fällt mir die U9 ein. Für das Vorhaltebauwerk geben wir einen ähnlichen Betrag aus, ohne dass wir etwas davon haben werden. Ich habe Ihnen bereits angedroht, dass ich immer diesen Gegenvorschlag machen werde. - (Zuruf StR Reissl) - Kollege Reissl, die Landeshauptstadt München wird immer genügend Kredite bekommen.

Leider ist auch wahr, dass es jetzt teurer wird als vor zwei Jahren. Hätten wir damals die Projektplanung aufgesetzt, wären wir vielleicht schon bei der Umsetzung. Diese Zeit lässt sich nicht aufholen. Deswegen schlagen wir in unserem Änderungsantrag, über den wir in nichtöffentlicher Sitzung abstimmen werden, dafür eine kompetente Gesellschaft vor. Wahr ist, dass die Fachleute der Gasteig GmbH sich damals verabschiedet haben oder vielleicht verabschiedet wurden. Das weiß ich nicht. Sie hatten ja keine Aufgaben mehr im Gasteig. Wir müssen endlich anfangen, in die Sanierung einzusteigen, und sollten keine weiteren zeitaufwendigen Verschiebebahnhöfe einrichten. Danke schön! - (Beifall von DIE LINKE./Die PARTEI)

StR Prof. Dr. Hoffmann:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Das Beispiel Gasteig zeigt nur, wie verfahren so eine Geschichte wird, wenn wechselnde Mehrheiten an ein und demselben Projekt arbeiten, und immer wieder andere Aspekte hineinkommen oder herausfliegen. Am Ende stehen wir vor einem Scherbenhaufen.

Ich glaube, wir sind uns alle einig, dieses Kulturzentrum erhalten zu wollen. Fragt sich nur, wie viel es kosten wird, und in welchem Umfang wir das Gebäude erhalten wollen. Darüber gab es zwischen den alten und den neuen Koalitionären schon immer unterschiedliche Auffassungen. Allerdings war bei der großen Variante absehbar, dass es am Ende so teuer und vielleicht noch viel teurer werden würde. Insofern war eine Public Private Partnership (PPP) der einzig gangbare

Weg. Liebe Brigitte, da habe ich eine dezidiert andere Auffassung als Du. Die wohlfeile Aussage der Linken, die Stadt könne so viele Kredite aufnehmen, wie wir wollen, stimmt natürlich. Aber Ihr blendet dabei aus, dass wir sie irgendwann zurückzahlen müssen. - (Zuruf StRin Burneleit) - Da ist mir eine PPP lieber, denn dort wird in der Regel effizienter gearbeitet, und dann kommen auch für die Stadt sinnvollere Ergebnisse heraus. – (StRin Burneleit: Ja, ja.)

Seien wir doch ehrlich! Warum wir die Diskussion jetzt führen und das Ganze bis zum Herbst verzögern, hat einen ganz anderen Grund. Es ist die bereits angesprochene Denkpause des Freistaats. Wir müssen abwarten, weil wir nicht die Arbeit von Herrn Söder oder des bayerischen Landtags übernehmen wollen. Klar ist doch, dass es mit diesem Projekt erst nach der Wahl weitergehen wird. Deswegen ist es gut, erst einmal abzuwarten. Diese Zeit wird nicht sinnlos verstreichen, denn wir haben genug Hausaufgaben zu erledigen. Wir warten ab, was im Herbst herauskommt, und mit welcher, vielleicht wechselnden Kooperation wir die Sanierung beschließen werden. Vieles liegt wahrscheinlich gar nicht in unserer Hand, wird aber Einfluss auf unsere Entscheidung haben.

Eines, das durch die wechselnden Mehrheiten zustande kam, möchte ich klar kritisieren: Man ist mit viel Euphorie, Enthusiasmus und einem bestimmten Zeitplan in dieses Projekt gestartet und hat daraufhin das Provisorium HP 8 gebaut. Ich war schon einige Male dort. Nach meinem Eindruck ist es hervorragend gelungen. Wenn wir dieses Preis-Leistungsverhältnis bei der Gasteig-Sanierung hinbekommen würden, wäre das super. Aber ich fürchte, das wird nicht ganz klappen. Das HP 8 hat aber auch viele Defizite: Die verkehrliche Anbindung ist relativ schlecht, vor allem für Gehbehinderte. Und wir sind ohne Not zu einem sehr frühen Zeitpunkt dorthin umgezogen, weil wir dachten, die Sanierung geht jetzt superschnell los. Hätten wir von Anfang an gewusst, wie lange das wegen der mangelhaften Planung dauert, hätte man auch noch eine oder zwei Saisons im Gasteig bleiben können. Ein bisschen mehr Vorausschau wäre schön gewesen.

Der Änderungsantrag von Die Grünen - Rosa Liste und SPD/Volt ist ein reiner Schaufensterantrag. Wie der Kollege Pretzl bin auch ich davon ausgegangen, dass bei allen Projekten ohnehin eine klimapolitische Überprüfung stattfindet. Sie schreiben das nun extra in einen Änderungsantrag, um zu zeigen: Schaut her, wir sind für Klimaschutz! Wir alle hier sind für Klimaschutz, und die geforderte Prüfung hätte schon stattfinden müssen. Das ist Schaufensterpolitik, deswegen werden wir den Änderungsantrag ablehnen. Danke!

StRin Schönfeld-Knor:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Als wir das Investorenmodell im Dezember 2020 auf den Weg gebracht haben, wusste keiner, dass Corona kommt - (StR Prof. Dr. Hoffmann: Doch!) - Nein, Ihr wusstet es nicht! Seid Ihr Propheten? - (StRin Wolf: Damals gab es schon Corona. - Heiterkeit) - Im Dezember 2020? - (StR Jagel: Natürlich! - Heiterkeit) - Okay, aber diese Form der Baukostensteigerung um 30 % und die Probleme mit den Lieferketten waren nicht klar. - (Zurufe) - Nein, das war nicht klar! - (Zurufe) - Dann seid Ihr schlauer als sehr viele andere. Das ist fein!

Es gibt durchaus gelungene Investorenmodelle in dieser Stadt. Deswegen wäre das eine der schnell umsetzbaren Varianten gewesen, um keinen langen Leerstand zu haben. Jetzt stehen wir da, wo wir sind. Das ist schade und traurig, aber es ist auch eine neue Chance. Letztendlich liegen drei neue Optionen vor, und wir können aufgrund der Kosten und der Finanzierbarkeit entscheiden, ob ein neues Investorenmodell, die Generalsanierung als große Variante oder ein Bau in Eigenregie am machbarsten erscheint. Auf dieser Grundlage werden wir nicht jetzt, sondern im Herbst entscheiden.

Hoffentlich gibt es nun bald eine Zwischennutzung für den Gasteig. Alle Gasteig-Nutzer*innen sind im HP 8 gut untergekommen. Dieser schöne Ort wird sehr gut angenommen. Der alte Gasteig wird bis zum Umbau viel Raum für die Münchner Kunstszene bieten. Diese Zwischennutzung gilt zunächst für ein Jahr, dann schauen wir weiter.

Zu unserem Änderungsantrag wird mein Kollege gleich noch etwas anmerken. Wichtig ist, dass wir uns die Zeit nehmen, noch einmal nachzudenken. Der Freistaat macht das. Wir müssen noch einmal überlegen, ob Institutionen wie Musikhochschule und Orchester im Gebäude untergebracht werden sollen. Diese kleine Chance können wir nutzen. Deshalb ist es sicherlich sehr schade, dass wir nicht schneller bauen können und deswegen höhere Kosten haben werden. Unter einem anderen Vorsitzenden des Aufsichtsrates hätten wir damals schon das Vorhaben anschieben und auf den Weg bringen können. Lieber Herr Pretzl, so viel zu Ihren Ausführungen, es hätte damals schneller gehen können. Sie hätten es forcieren können, das ist nicht geschehen.

Wir haben das Vorhaben 2020 zusammen auf den Weg gebracht. Hoffentlich brauchen wir nicht länger als ein halbes Jahr, wie geplant, um im Herbst eine gute Entscheidung treffen zu können. Der Gasteig ist ein Juwel für München, das weiter für alle Nutzer*innen strahlen soll. Wir werden im Herbst entscheiden, in welcher Form das am besten erreicht werden kann. - (Beifall)

StR Dr. Roth:

Sehr geehrte Damen und Herren! Ich muss mich dem Herrn Oberbürgermeister anschließen, was den Erkenntnisgewinn aus dem Redebeitrag von CSU mit FREIE WÄHLER angeht: Mir ist auch nicht so recht klar geworden, in welche Richtung das Gesagte zielen soll und wie Ihre Positionierung aussieht. Wir befinden uns in einer unerfreulichen Situation. Das liegt jetzt nicht daran, wer vor drei Monaten wie entschieden hat. Der Grund ist vielmehr die Tatsache, dass es in den letzten Jahren zwei Entwicklungen gegeben hat, die wir in der letzten Wahlperiode nicht hatten und die auch niemand voraussehen konnte. Zuerst einmal konnte niemand die Corona-Pandemie erahnen. Corona hat die finanzielle Lage der Stadt vor allem durch den Einbruch der Gewerbesteuer sehr eingeschränkt. Dies hat dazu geführt, dass der Kostendeckel zwangsläufig zu diskutieren war. Daraufhin haben wir das Investorenmodell mit relativ breiter Mehrheit aufgesetzt. Dieses Modell ist gescheitert, nachdem eine Kostenexplosion eingesetzt hat, weil Putin die Ukraine überfallen hat.

In unmittelbarer Folge sind die Energiekosten und die Zinsen explodiert. Ich darf in öffentlicher Sitzung nicht Konkretes ausführen, kann aber sagen, die Kämmerei hat sich 2021 angesehen, wie die Situation ist und was man machen kann. Dann ist aber Putin in die Ukraine einmarschiert und die Situation hat sich vollkommen verändert. Dass man einige Monate früher und in anderer Zuständigkeit, welcher auch immer, diese Baukostenexplosion hätte umgehen können, bezweifle ich stark. Wir hätten nicht so schnell mit dem Bauen beginnen können, dass wir es noch billig gebaut hätten. Die weltpolitischen Ereignisse mit diesen Folgen haben uns überraschend ereilt und zu einem unerfreulichen Ergebnis geführt. Wenn wir jetzt davon reden, wann, wo, welche Verzögerungen entstanden sind, komme ich nicht umhin zu sagen, in der letzten Wahlperiode hat es weder eine Pandemie noch einen Krieg gegeben. Die CSU war damals für das Thema hauptverantwortlich. Die Verzögerung ist schon damals eingetreten, weil ein Wettbewerb gescheitert ist, dessen rechtliche Voraussetzungen nicht genau genug geprüft wurden. - (Beifall)

Herr Prof. Dr. Hoffmann, apropos Schaufensterantrag: Wir wollten den Antrag nicht ins Schaufenster stellen. Es handelt sich vielmehr um einen Ergänzungsantrag für den nichtöffentlichen Teil. Die CSU wollte unseren Antrag ins Schaufenster stellen und hat es initiiert. Es ist bisweilen etwas schwierig, etwas zur Motivation oder zum Wortlaut des Änderungsantrags zu sagen oder sich zur nichtöffentlichen Vorlage zu äußern. Ich fasse mich kurz: In der Beschlussvorlage wird die Prüfung verschiedener Varianten, unter anderem des Investorenmodells, vorgeschlagen. Wir begrüßen diesen Ansatz und möchten die Vorgehensweise ergänzen. Zusätzlich soll geprüft werden, ob sich seit den ursprünglichen Planungen kulturpolitisch etwas verändert hat, möglicherweise auch durch

das HP 8. Es soll untersucht werden, ob sich die klimapolitische Diskussion seit dem Entwurf des Architekten Henn und der Erstellung der Steckbriefe geändert hat. Es ist völlig legitim und normal, sich das anzuschauen. Das geschieht nicht, um irgendetwas zu verzögern. Es wird ohnehin einige Monate dauern, bis die verschiedenen Fragen geprüft sind. Man kann das gleich parallel laufen lassen. Ein solches Vorgehen ist nur vernünftig und ich sehe überhaupt keine Probleme dabei.

Ich möchte noch kurz auf den Freistaat zu sprechen kommen, auf die Parallele und den Begriff der Denkpause, den OB Reiter zitiert hat. Beim Freistaat handelt es sich um eine Denkpause im Sinne einer Pause vom Denken und nicht eine Pause zum Denken. Es geht um ein opportunistisches Warten auf Wahlen oder darum, den Wählerinnen und Wählern nicht das zu sagen, was man ihnen sagen will, auch wenn man es schon weiß. Wir wollen einen hoffentlich nicht zu lange überlegten Neustart in bestimmten Bereichen, über den wir schon seit längerem diskutieren. Dann wollen wir zügig handeln. Wir wollen aber auch dem Freistaat Druck machen, damit endlich gesagt wird, was Sache ist. Sollen wir mit der Hochschule für Musik planen? Kommt sie in das Gebäude oder nicht? Sollen wir so planen, dass das Symphonieorchester des Bayerischen Rundfunks häufiger dort spielen wird oder wird es einen eigenen Saal bekommen? Das sind wichtige Kenngrößen für die endgültige Ausführung. In diesen Punkten muss der Freistaat endlich zu Potte kommen.

Abschließend noch ein Wort zu den Bekenntnissen. Wir wollen, dass der Gasteig kulturell den Anforderungen des 21. Jahrhunderts gerecht wird und die städtischen Nutzer*innen wie die Münchner Philharmoniker, unsere Stadtbibliothek oder die MVHS ihn nutzen können. Es darf nicht nur darum gehen, den Brandschutz vorschriftsmäßig zu sanieren. Natürlich müssen wir uns die verschiedenen Kostenmodelle anschauen. In der Opposition ist es leicht zu sagen, macht einfach das Tollste, egal, was es kostet. Wir tragen auch für den Haushalt Verantwortung. Daher müssen wir uns die verschiedenen Varianten anschauen. Wir werden nicht zu spät zu einem vernünftigen Ergebnis kommen. - (Beifall)

StRin Haider:

Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir erleben jetzt zum zweiten Mal, dass das Märchen vom Investorenmodell grandios scheitert. Glauben Sie mir, ich komme aus dem Investor*innenbereich und war in meinem früheren Leben Investmentbankerin. Auch wenn es schon etwas länger her ist, weiß ich, was Investor*innen wollen: Sie wollen auch Gewinn machen. - (StR Prof. Dr. Hoffmann: Natürlich!) - Das ist etwas ganz anderes, als wenn die Stadt das Sagen hat und selbst baut. Beim Märcheninvestorenmodell haben wir völlig andere Kosten. Wir erreichen damit, dass wir die Kosten aus der Bilanz bekommen. Der Kämmerer ist glücklich, weil

nicht wir die Kredite aufnehmen müssen, sondern der Investor das tun muss. Wir können es über die Zeit strecken. Wenn wir zum Schluss mit einer viel höheren Rechnung herauskommen, ist es eben so. Brigitte Wolf hat es uns vorgerechnet. Es ist blöd gelaufen, man hat aber die Kredite anfangs nicht aufnehmen müssen. Nur aus diesem Grund ist ein Investorenmodell überhaupt sinnvoll.

Im Dezember 2020 war das Projekt bereits so weit fortgeschritten, dass wir in die Detailplanung hätten eintauchen können. Herr Wagner hat uns das in zahllosen Sitzungen vorgestellt. Wir waren wirklich so weit, mit der Planung anzufangen. Wir hätten anfangen können zu bauen, sobald der Umzug ins Interim erfolgt ist. Damals lautete die Prognose, gegen 2025 oder ein, maximal zwei Jahre später können wir wieder zurückziehen. Auf dieser Basis wurden auch alle Mieten, die für das Interim bezahlt werden müssen, berechnet. Wir hatten damals eine Kostenobergrenze von 450 Mio. € beschlossen. Kritisch waren dabei die 60 Mio. € für die Innenausstattung, die der SPD plötzlich zu viel erschienen. Die SPD hat das ganze Projekt gekippt und sich für ein Investorenmodell ausgesprochen.

Fast eineinhalb Jahre passierte nichts. Das Baureferat hat erst im März 2021 nach den Unterlagen gefragt. Erst zu diesem Zeitpunkt wurden die Ordner vom Gasteig ans Baureferat geliefert. Die gesamte Ausschreibung dauerte noch einmal ein Jahr. Das ist üblich bei einem solchen Großprojekt. Die Kämmerei und das Baureferat haben die Ausschreibung zusammen ausgearbeitet. Übrigens hat auch diese Aufgabe Personal in erheblichem Umfang gebunden. Wir haben es also nicht nur mit einer enormen Erhöhung der Baukosten zu tun. Wenn man 30 % Steigerung zugrunde legt, macht das 125 Mio. €. Das ist mehr als doppelt so viel wie die veranschlagte Summe für die Innenausstattung von 60 Mio. €, die Sie damals nicht akzeptieren wollten. - (Beifall) - Sie verschwenden tatsächlich hunderte Millionen Euro an Steuergeldern, die wir dringend anderswo gebraucht hätten.

Mit dem Gasteig geht es uns jetzt wie mit der Großmarkthalle, die wir längst gebaut hätten, wenn wir damals das Konzept von Herrn Marquardt weitergeführt hätten. Wahrscheinlich ist es mit dem Gasteig noch ein Stück schlimmer. Deswegen ... - (Zwischenruf) - Wir stehen jetzt vor diesem Scherbenhaufen. Wir haben es heute schon einige Male gehört. Ich halte ein Investorenmodell nicht für sinnvoll und seligmachend. Wie Brigitte Wolf bin ich der Meinung, wir sollten das Projekt selbst in die Hand nehmen und dort weitermachen, wo wir damals aufgehört haben.

Die kulturpolitische Prüfung wurde angesprochen: Wir haben schon damals die verschiedenen Varianten geprüft und diskutiert, ob wir das Bayerische Symphonieorchester mit einbeziehen sollen. Das war damals vielleicht nicht gewollt. Ich kann bei diesem Änderungsantrag nicht mitgehen, weil wir alles schon hatten.

Man muss sich im Klaren darüber sein, eine Sanierung ist sehr komplex. In puncto Investorenmodell wird immer auf das Volkstheater verwiesen: Zugegeben, da hat es funktioniert. Wer aber schon einmal ein Haus gebaut hat, weiß, dass es sehr viel einfacher ist, wenn man neu auf der grünen Wiese baut. Man kann die Schritte von vornherein festlegen. Das ist bei Maßnahmen im Bestand völlig anders. Wenn man beginnt zu sanieren, stellt man meist sehr schnell fest, dass viele zusätzliche Maßnahmen anfallen, die vorher nicht berechnet werden konnten.

Versuchen Sie deshalb, möglichst schnell tätig zu werden. Ich glaube nicht daran, dass wir bis zum Herbst unser Ziel schaffen werden, wenn noch einmal die verschiedenen Varianten mit allem, was damit zusammenhängt, geprüft werden sollen. Wir werden noch einmal eineinhalb Jahre planen und werden auch dann nicht wissen, ob wir noch alles bezahlen können. Mein Appell: Kehren Sie zurück zu den Entscheidungen, die wir bereits getroffen haben und die schon weitgehend ausgearbeitet sind. Versuchen Sie, mit einem erhöhten Deckel doch noch voranzugehen. - (Beifall)

StR Pretzl:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Herr Oberbürgermeister, man kann durchaus jemanden nach seiner Meinung fragen und eine Meinungsäußerung einfordern. Wenn man eine Antwort bekommen hat, kann man erklären, dass man selbst keine Meinung hat oder die eigene Meinung nicht äußern möchte. Das kann man machen, muss man aber nicht. Ich glaube, das hat nicht zur Erhellung beigetragen.

Ich verstehe, dass Sie sagen, man muss jetzt die Baukosten prüfen. Das hätte man aber äußern können. Ich schaue mir den gemeinsamen Änderungsantrag von Die Grünen - Rosa Liste und SPD/Volt und die Beschlussvorlage der Referentin an. Ich lese nichts über eine Ermittlung von Kostensteigerungen. In der Beschlussvorlage heißt es: „*Die Verwaltung wird beauftragt, eine Prüfung der möglichen Optionen vorzunehmen.*“ Ich blättere zurück und schaue, was dort geschrieben steht ... - (Zwischenrufe) - Es kommt aus dem Baureferat. Ich blättere eine Seite zurück zur Textstelle über die Prüfung weiterer Optionen. Dort lese ich:

„Weitere Optionen sind die Sanierung des Gasteigs durch die Landeshauptstadt selbst oder durch eine Beteiligungsgesellschaft.“

Darunter steht zwar, man müsse die Kosten fortschreiben. Das ist aber nicht beantragt. Es steht auch nicht in dem Änderungsantrag Die Grünen - Rosa Liste und SPD/Volt, dass man neben der Ermittlung ... - (Zwischenrufe: Bitte nicht vorlesen aus nichtöffentlichen Vorlagen!) - Ich habe Zeit. - (Zwischenrufe)

OB Reiter:

Wir sollten aufhören, in öffentlicher Sitzung aus nichtöffentlichen Vorlagen zu zitieren!

StR Pretzl:

In der Bayerischen Gemeindeordnung findet sich der Passus, dass Themen, die öffentlich zu diskutieren sind, öffentlich diskutiert werden müssen. Das ist keine Option. Nur Angelegenheiten, die Rechte Dritter betreffen, sind nicht öffentlich zu diskutieren. Nichts von dem, was ich jetzt vorgelesen habe, betrifft irgendein Recht Dritter. Es geht um den Vorschlag der Eigenrealisierung oder der Fremdrealisierung. In dem Antrag, der zur Entscheidung vorliegt, geht es um die energetische Sanierung bzw. ein Zusammenarbeiten mit dem Freistaat. Auch das betrifft keine schützenswerten Interessen Dritter. Falls ich irgendwo einen Fehler gemacht haben sollte, mea culpa, ich nehme das gerne auf. Aber ich glaube nicht, dass ich irgendetwas zitiert habe, das man nicht in öffentlicher Sitzung hätte zitieren dürfen.

Ich wiederhole: Weder in dem Änderungsantrag von Grün-Rot noch im Vortrag des Referenten oder der Referentin – die Baureferentin hat wohl diese Vorlage eingebracht – ist von einer Kostenprüfung die Rede. Deshalb habe ich Ihre Äußerung, Herr Oberbürgermeister, nicht ganz verstanden.

Noch kurz zu den Einlassungen von Kollegin Haider: Natürlich verdient ein Investor Geld, wenn er in dieses Vorhaben investiert. Jetzt komme ich zu dem Argument, warum dieses Modell auch für die Stadt München zu Zeiten von negativen Zinsen profitabel gewesen wäre. Wir haben große, sehr seriöse Kapitalsammelstellen, die Geld haben und keine Schulden aufnehmen müssen. Bei einer dieser Sammelstellen legen wir zum Beispiel auch die Altersvorsorge für unsere städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an. Zu einem Zeitpunkt, in dem man bei der EZB Negativzinsen zahlen muss, haben diese Kapitalsammelstellen ein Interesse daran, das Geld besser als negativ anzulegen. Daher sind sie mit leicht positiven Erträgen zufrieden. - (Zwischenrufe) - Auf der

anderen Seite steht die Landeshauptstadt München, die trotz guter Haushaltsjahre Kredite aufnehmen und dafür höhere negative Zinsen zahlen musste. Zwischendrin waren wir bei den Zinsen im positiven Bereich. Herr Kämmerer, wenn ich mich richtig erinnere, war das aber nur von kurzer Dauer.

Der Sinn dieses Investorenmodells war, diesen Gap zu nutzen. Das hat sich jetzt komplett geändert, nicht in allen Punkten, aber in einem wesentlichen. Ein Investor, der am Markt jetzt eineinhalb bis zwei Prozent Zinsen bekommt, wird von uns wesentlich mehr verlangen als zu Zeiten von Negativzinsen. Das ist der Grund, warum sich das Investorenmodell betriebswirtschaftlich auch für die Stadt gerechnet hätte.

Wir stellen fest, die Stadtregierung sagt, wir warten bis Herbst, schauen uns dann die Zahlen an und entscheiden auf dieser Grundlage. Das kann man machen. Ich würde es gar nicht als Denkpause im negativen Sinn kritisieren. Ich habe eher ein Problem damit, wenn man andere politische Ebenen als Beispiel für unsere Arbeit im Stadtrat heranzieht. Ich glaube nicht, dass diese Ebenen unsere Stadtratsarbeit infizieren. Ich würde niemandem von der SPD, auch nicht dem Oberbürgermeister, die Amnesie des Bundeskanzlers unterstellen. Wenn man keine anderen Argumente hat, kann man das machen, es bringt uns aber nicht weiter. Wir müssen unsere Verantwortung für die Landeshauptstadt München wahrnehmen. Dazu gehört, zeitnah eine Lösung zu finden, wie wir mit diesem sehr wichtigen Kulturbetrieb umgehen.

Ich bin heute mehrfach als Aufsichtsratsvorsitzender angesprochen worden und nehme das sehr ernst. Frau Kollegin Schönfeld-Knor, wenn Sie mir ein Beispiel dafür nennen können, wo ich als Aufsichtsratsvorsitzender für eine schuldhafte Verzögerung gesorgt habe, nehme ich das gerne an. Ich habe mich im Gegenteil sehr intensiv darum bemüht, dass wir beim Interim sehr schnell zu Lösungen kommen, auch im Gerichtsverfahren, bei dem wir nicht gut ausgesehen haben, um es in der Öffentlichkeit so vorsichtig auszudrücken. Mehr kann ich in öffentlicher Sitzung nicht dazu sagen. Ich bin jederzeit offen für Kritik, jeder Mensch macht Fehler. Wenn Sie mir ein Fehlverhalten vorhalten wollen, bin ich jederzeit bereit, mich damit auseinanderzusetzen. Ich finde es aber nicht adäquat, einen Vorwurf in den Raum zu stellen, ohne konkrete Beispiele zu benennen. Vielen herzlichen Dank! - (Beifall)

BMin Habenschaden:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Tatsächlich geht es mir ähnlich. Ich hatte ebenfalls keinen unmittelbaren Erkenntnisgewinn durch die Verlagerung der

Debatte in die öffentliche Sitzung. Vor allem sehe ich jedoch die Einlassungen des Kollegen Pretzl und die Vorgehensweise problematisch. Einzelne Teile der Diskussion werden in die öffentliche Sitzung gezogen, ohne auf die Vorlage Bezug zu nehmen. Danach wird aber so getan, als würden in der Beschlussvorlage wesentliche Inhalte fehlen, über die wir in öffentlicher Sitzung gar nicht sprechen dürfen. Es wird gerügt, es fehle eine Zeitschiene, es gebe keine Optionen und das weitere Vorgehen werde nicht dargestellt. Alle Punkte sind in der Vorlage auf Seite 4 enthalten. Wir haben das gerade zusammen mit der Stadtkämmerei geprüft. Der Vorwurf, es werde keine Aussage zum weiteren Vorgehen getroffen, trifft nicht zu. Julia Schönfeld-Knor hat es klar benannt, wir brauchen Daten und Fakten für das weitere Procedere. Jedem, der sich die Geschehnisse der letzten Jahre vor Augen führt, ist einsichtig, allein für das Anheben der Kostenobergrenze sind wir auf neue Berechnungen angewiesen. Wenn wir noch einmal in die Debatte gehen müssen – ich betone, wir wollen nicht, wir müssen – ist es nur logisch, weitere Prüfungen vorzunehmen, die vielleicht bislang etwas zu kurz gekommen sind oder die sich möglicherweise in der Zwischenzeit überholt haben. Die kulturellen Bedarfe wurden schon vor sehr langer Zeit ermittelt. Seither ist im Bereich der Kultur zum Glück viel passiert.

Man kann das Resümee ziehen, wir befinden uns jetzt in dieser Situation, weil es vermeidbare Verzögerungen im Prozess gegeben hat. Die Bewerbungsphase für die Investor*innen ist in eine Zeit gefallen, in der die Kosten explodiert sind. Diese Entwicklung war absolut nicht vorhersehbar. Zu diesem Ergebnis kann man schon deshalb kommen, weil das Ringen darum, wie es am besten weitergehen kann, nicht erst seit Dezember 2020, wie angeklungen, sondern seit sieben Jahren läuft.

Ich erinnere in einer kurzen Rückblende an den Oktober 2019: Obwohl Vertreter der anderen Büros Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Vergabe angemeldet haben, folgt der Stadtrat dem Vorschlag des Aufsichtsrats der Gasteig GmbH, das Büro Henn zu beauftragen. Im Januar 2019 hat die Vergabekammer Südbayern die Entscheidung zugunsten des Entwurfs des Architekturbüros Henn wegen unklarer Vorgaben wieder aufgehoben – ein blamabler Vorgang für die Stadt München. Im Juni 2019 kürt der Aufsichtsrat nach monatelangem Hin und Her auch im zweiten Anlauf den Entwurf des Architektenbüros Henn zum Sieger. Der Stadtrat folgt dieser Entscheidung. Diesen Aspekt finde ich ein wenig seltsam, das muss ich offen zugeben. Die Verantwortung für den Aufsichtsratsvorsitz lag zuerst bei Manuel Pretzl, jetzt bei mir. Auch dieser Umstand wurde bereits angesprochen. Ich finde es nicht in Ordnung, wenn bei der Frage nach der Verantwortung nicht die gesamte Zeitspanne in den Blick genommen wird.

Für mich ist jetzt wichtig, schnell zu klären, wie es weitergehen soll. In diesem Punkt weiß ich mich mit der Mehrheit des Gremiums absolut einig. Die Stadtkämmerei und das Baureferat schlagen uns vor, wir sollten uns einige Monate Zeit nehmen, die gut genutzt werden muss. Es geht darum, eine sinnvolle und bereichernde Zwischennutzung für den Gasteig auf die Füße zu stellen. Selbstverständlich ist es ein großer Vorteil und wunderbar, dass wir mit dem HP 8 über eine gut funktionierende Ausweichspielstätte verfügen. Damit ist für unsere Orchester auch in der Interimszeit wohl gesorgt.

StR Pretzl:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Frau Bürgermeisterin Habenschaden hat den Sachverhalt vollkommen richtig dargestellt: Es hat nach einem Beschluss des Aufsichtsrates ein Verfahren vor der Vergabekammer stattgefunden. Als Aufsichtsratsvorsitzender hätte ich zur damaligen Zeit wahrscheinlich sogar sagen dürfen, wer im Aufsichtsrat wie abgestimmt hat. Es kann sich aber jeder erklären, wer damals im Aufsichtsrat der Meinung gewesen ist, dieser Beschluss sei falsch. Die Vergabekammer hat diesen Beschluss vor einem halben Jahr, nicht etwa vor anderthalb Jahren, wie Kollegin Haider vorher behauptet hat, aufgehoben.

Wir können lange darüber debattieren, ob die Rechtsanwaltskanzlei, die uns gesagt hat, alles sei in Ordnung, gut gearbeitet hat, oder ob das Büro, das den Wettbewerb betreut hat, alles richtig gemacht hat. Selbst wenn man das jetzt groß zum Thema macht, hatte es bei der Verzögerung des Verfahrens eine deutlich geringere Bedeutung als die Entscheidung im Baureferat. - (Beifall)

OB Reiter:

Vielen Dank! Ich durfte heute wieder etwas dazulernen. Künftig wird man genau darüber nachdenken müssen, was man in öffentlicher Sitzung übernimmt. Ich bleibe dabei, der Erkenntnisgewinn aus dieser knapp halbstündigen öffentlichen Debatte geht gegen Null. Ich versuche in drei Sätzen zusammenzufassen, was wirklich interessiert: Es geht um die Frage, wie es mit dem Gasteig weiter geht.

Im Grunde gibt es folgende drei Möglichkeiten:

Erstens: Wir überlegen uns bis zum Herbst, ob wir eine neue Ausschreibung eines Investorenmodells möchten, analog zur Idee, die wir 2020 beschlossen haben. Dazu gehört ggf. eine Einschätzung, wie sinnvoll ein Kostendeckel sein kann und wie hoch er ausfallen soll. Damit würden wir allerdings genauso riskieren, wieder keinen Investor zu finden. Wir wissen es nicht.

Die zweite Möglichkeit wäre, den Siegerentwurf selbst in eigener Zuständigkeit zu realisieren. Diese Variante werden wir mit dem jetzt beschlossenen Kostendeckel aber auch nicht umsetzen können. Bei allem Respekt vor meinen Referaten, das wird wahrscheinlich nicht funktionieren. Wir müssten uns daher in diesem Fall überlegen, ob wir uns eine Kostenobergrenze von 500 Mio. € oder 600 Mio. € geben sollen. Alternativ könnten wir das Hamburger Modell wählen, will heißen: Wir fangen an und schauen, was es am Schluss kostet. Dieser Vorschlag würde nicht meine Zustimmung finden. Möglicherweise gibt es aber eine Mehrheit, die in jedem Fall die große Lösung will, egal, was sie kostet. Auch darüber werden wir diskutieren.

Die dritte Möglichkeit: Wir gehen zurück auf den Stand von 2017 - (Zwischenrufe: Oh nein!) - und bleiben bei der ursprünglichen, substanzerhaltenden Variante, die teilweise auch 2017 beschlossen oder kritisiert wurde.

Diese drei Möglichkeiten sind denkbar. Ich halte das nicht für außerordentlich komplex. Wir müssen die Zahlen nachschärfen, wir müssen die aktuellen Baukostenindices kennen und wissen, wie die Prognosen für die nächsten Jahre aussehen. Diese Zeit werden wir uns nehmen. Wer das kritisieren möchte, möge es tun. Ich werde jedenfalls keinen Entschluss fassen, ohne wenigstens den Kostenrahmen zu kennen. Wir müssen uns anschließend der Grundsatzentscheidung nähern, ob wir es selbst machen oder Investoren beauftragen wollen. In diesem Zusammenhang müssen wir uns auch über das Finanzielle unterhalten und überlegen, welches Modell vorteilhafter ist. Wir müssen ebenfalls darüber entscheiden, ob wir angesichts der im Raum stehenden Varianten das Vorhaben selbst und ggf. ohne Kostendeckel machen wollen.

Über diese Varianten müssen wir nachdenken. Wir werden das bis zum Herbst tun. Übrigens braucht es nicht zu jedem Thema einen eigenen Stadtratsauftrag. Wenn ich das Baureferat bitte, den Kostendeckel zu aktualisieren, kommt die Verwaltung dem nach, selbst wenn der Stadtrat das nicht gesondert beschließt. Das Referat macht es einfach. Und wenn ich sage, wir müssen schauen, was es 2017 gekostet hat und was es jetzt kostet, wird auch das geklärt. Sie müssen sich gar nicht mit Stadtratsanträgen abkämpfen, das Baureferat kümmert sich darum. Das bekommen wir hin.

Ich möchte, dass es im Herbst eine Vorlage gibt, in der die Varianten dargestellt sind und in der die Verwaltung einen Vorschlag macht, wie damit umzugehen ist. Das führt aber sehr wahrscheinlich auch nicht dazu, dass im nächsten Monat die Bagger anrollen, egal, was entschieden wird.

Wir brauchen in jedem Fall eine Zwischennutzung. Wir haben ein Konzept bis Ende 2023 erstellt. Im Sommer werden wir noch einmal darüber nachdenken, ob es verlängert werden soll. Dann wissen wir schon besser, in welche Richtung die Gesamtentscheidung laufen wird. Ich halte dies für ein zielorientiertes Vorgehen. Diese Zusammenfassung hätte man auch in zehn Minuten geben können, damit alle erfahren, worüber wir gerade nachdenken.

Es gibt zu diesem Thema keine öffentliche Beschlussvorlage, wir haben in öffentlicher Sitzung also nichts zu beschließen. Ich darf daher diese Aussprache zu einem eigentlich nicht vorhandenen Tagesordnungspunkt beenden.

**Unterstützung des Stadtrates für mehr Beteiligung bei den Migrationsbeiratswahlen
Dringlichkeitsantrag Nr. 3598 von FDP - BAYERNPARTEI
für die Vollversammlung am 01.02.2023**

Aktensammlung Seite 4687

StR Prof. Dr. Hoffmann:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Vollversammlung des Migrationsbeirates am letzten Montag hat einige Kolleginnen und Kollegen der CSU und mich zu einer erschütternden Erkenntnis geführt. Wir alle haben uns im Stadtrat auf die Fahnen geschrieben, alles daranzusetzen, dass die Wahlbeteiligung zum Migrationsbeirat höher als bisher ausfällt. Nun müssen wir feststellen, der Migrationsbeirat kann sechs Wochen vor der Wahl lediglich einen Entwurfsflyer vorweisen. Sie alle haben schon einmal Wahlkampf gemacht und wissen um die Zeitschiene. Vielleicht hantiert man sechs Monate vor dem Wahltermin mit Entwürfen herum, aber nicht sechs Wochen. Wir lassen unseren Migrationsbeirat mit einem Entwurf sechs Wochen vor der Wahl und mit einem Budget von gerade einmal 10.000 € komplett im Regen stehen. Aus eigener Wahlkampf Erfahrung werden Sie alle das gut nachvollziehen können. Um eine Stadt wie München für eine Wahl zu bespielen, ist das aus Sicht aller Kandidatinnen und Kandidaten wirklich ein Klacks.

Deswegen haben wir spontan gesagt, wir müssen das Ruder herumreißen, auch wenn es kurz vor knapp ist, wenn das überhaupt noch möglich ist. Da wir aber mindestens den Versuch unternehmen wollen, stellen wir folgenden Dringlichkeitsantrag: Die Kontingente, die die Firma Ströer der Landeshauptstadt München auf öffentlichen Flächen kostenlos überlässt, sollen bis zum Wahltermin dem Migrationsbeirat als Information der Stadt München zur Verfügung gestellt werden, ebenfalls kostenlos. Auf diese Art und Weise kann die Zielgruppe sehr gut erreicht werden.

Als weiteren Punkt möchten wir dieses lächerliche Wahlkampfbudget erhöhen. Ich schlage konkret eine Verdoppelung auf 20.000 € vor. Das ist zwar immer noch nicht sehr viel, aber mindestens schon einmal das Doppelte des bisherigen Betrags. Viel mehr Geld wird man in der Kürze der Zeit auch nicht mehr einsetzen können. Diesen Vorschlag möchte ich formell als mündlichen Ergänzungsantrag stellen, mit dem konkretisierten Inhalt einer Erhöhung auf 20.000 €. Wir hatten die Forderung nach einer Ausweitung des Wahlkampfbudgets nur dem Grunde nach gestellt, aber

nicht beziffert. Die Werbeflächen von Ströer sollen dem Migrationsbeirat komplett kostenfrei bis zur Wahl überlassen werden. - (Beifall)

StRin Gaßmann:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und liebe Kollegen! Wir waren am vergangenen Montag bei der Vollversammlung des Migrationsbeirats, um uns über den Stand der Wahlvorbereitung zu informieren. Kollege Cumali Naz von SPD/Volt war auch dabei.

Wir waren grenzenlos entsetzt, was uns erwartet: Es wurde ein Flyer vorgestellt, in dem beschrieben wird, dass man als Deutscher mit Migrationshintergrund nicht automatisch wählen darf, sondern einen Antrag stellen muss. Das ist schon für Deutschsprachige schwierig genug zu verstehen; für jemanden, der die Sprache nicht spricht, noch viel schlimmer. Tatsache ist: Diesen Flyer gibt es nur auf Deutsch, nicht in anderen Sprachen.

In meinen Augen hatten wir eigentlich etwas anderes versprochen: Wir wollten alles tun, um die Wahlbeteiligung zu verbessern. Aus dem Migrationsbeirat kam die Idee, einen QR-Code einzubinden. Wir haben vorgeschlagen, das Ganze mit unterschiedlichen Sprachen zu hinterlegen. Das kann man nämlich. Wenn ich dann auf den QR-Code gehe und meine Sprache eingebe, kann ich mir das in meiner Muttersprache erklären lassen, wenn ich es auf Deutsch nicht verstehe.

Deshalb unser Dringlichkeitsantrag. Er ist deshalb dringlich, weil die Wahl schon in sechs Wochen stattfinden soll. Wie Kollege Prof. Dr. Hoffmann schon gesagt hat: Sechs Wochen Vorlauf bis zu einer Wahl ist gar nichts, das ist nur ein Wimpernschlag. Wenn wir unsere Migrantinnen und Migranten tatsächlich dazu auffordern wollen, zu dieser Wahl zu gehen, müssen wir gründlich nachlegen. Deshalb bitte ich um breite Zustimmung zu diesem Antrag. Vielen Dank. – (Beifall von CSU mit FREIE WÄHLER und FDP – BAYERNPARTEI)

StR Krause:

Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir teilen das Ansinnen des Antrags und die Verwunderung, die bei den letzten beiden Redebeiträgen schon angeklungen ist. Kollege Prof. Dr. Hoffmann meinte richtig, wir seien uns darin einig gewesen, alles zu tun, um die Wahlbeteiligung zu erhöhen.

Eigentlich hatten wir das auch schon konkreter beschlossen. Ich habe gerade noch einmal nachgeschaut: Wir haben eine Plakatkampagne und ein Budget von 40.000 € beschlossen, nicht nur

10.000 €. Ich möchte die Verwaltung, genauer das Direktorium um eine Einschätzung bitten, woher diese Zahl kommt und wie der Stand in dieser Sache ist.

Wir sind für das Ansinnen des Dringlichkeitsantrags in beiden Punkten offen. In Bezug auf die Kontingente bei Ströer besteht allerdings eine Schwierigkeit: Ich verstehe den Antrag so, dass alle Kontingente zur Verfügung gestellt werden sollen. Diese sind aber vermutlich schon vergeben. Wir würden daher vorschlagen, etwas weicher zu formulieren: „ein Teil der Kontingente“. Sollten tatsächlich nur 10.000 € für die Kampagne zur Verfügung stehen, würden wir auch der Aufstockung zustimmen. Kollege Prof. Dr. Hoffmann hat gerade 20.000 € genannt.

OB Reiter:

Ich bekomme gerade die Informationen: Wir haben 40.000 € beschlossen. Es gab ein Agenturanbot von 25.000 €. Außerdem hatte der Beirat Wünsche für 28.000 €. Nach eigenen Angaben bräuchte der Migrationsbeirat nun noch die Differenz von rund 14.000 €. Diese - und nur diese - sollten wir jetzt beschließen: 14.000 € zusätzlich.

StRin Gaßmann:

Der Betrag von 14.000 € kann stimmen. Aber wie uns gerade von der Stelle mitgeteilt wurde, gibt es 350 Plakate für ganz München. Das reicht nicht! Deshalb bleiben wir dabei, dass 20.000 € mehr benötigt werden. Es geht einfach nicht anders. - (StRin Hübner: Ihr habt eine Verdopplung von 10.000 € auf 20.000 € gefordert. Das sind nach meiner Rechnung 10.000 € zusätzlich.) - Der Betrag von 20.000 € steht. Dieser Betrag ist auch richtig.

OB Reiter:

Noch einmal: Der Migrationsbeirat hätte gern zusätzlich zu den bereits beschlossenen 40.000 € weitere 14.000 € von Euch, um die Kosten für das Angebot der Agentur und weitere Wünsche abzudecken.

StR Prof. Dr. Hoffmann:

Am Montag standen diese 10.000 € im Raum. Vielleicht habe ich das auch missverstanden. Vielleicht war das schon der Zusatzbetrag oder annähernd der Zusatzbetrag. Wenn die konkrete Forderung des Migrationsbeirats sich auf 14.000 € beläuft und eine konkrete Summe beschlossen werden soll, schließen wir uns dieser natürlich an.

Ich würde trotzdem gern nachfragen, was bei Ströer überhaupt noch möglich und was schon vergeben ist. Vielleicht könnte man allgemeine Informationen, z. B. wann die Bäder wieder öffnen, zurückstellen, bis die Wahl vorbei ist, um die Migrationsbeiratswahl mit etwas mehr Power anzuschieben.

StRin Wennigatz:

Mir geht es darum, heute den tatsächlich noch notwendigen, konkreten Betrag zu beschließen. Aber das habt Ihr ja bereits übernommen. Ansonsten teilt die SPD/Volt-Fraktion die Ansicht, dass die Wahlbeteiligung stark gesteigert werden muss. Wie Ihr Euch erinnert, war einer der entscheidenden Punkte bei der Diskussion im letzten Jahr: Was können wir tun? Deshalb hatten wir damals bereits das Budget aufgestockt. Ich bin dankbar für den zusätzlichen Impuls und dass die Problematik, die der Migrationsbeirat sieht, aufgegriffen wurde und wir heute noch einmal einen guten zusätzlichen Beschluss dazu fassen. Danke. - (Beifall von SPD/Volt)

OB Reiter:

Kann jemand vom Wirtschaftsreferat hierzu eine Aussage treffen? Wir könnten das auch als Auftrag formulieren und sagen: Der Wirtschaftsreferent wird beauftragt zu versuchen, mit der Firma Ströer ...

Frau Hildebrandt (RAW):

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, Damen und Herren! Die Kontingente bei Ströer, die Sie angesprochen haben, beziehen sich nicht auf den Infoscreen. Wir können den Vorschlag aber sehr gern mitnehmen und versuchen, Entsprechendes mit Ströer zu verhandeln. - (Vereinzelt Beifall) - Der Infoscreen ist derzeit nicht in den städtischen Kontingenten enthalten. Diese umfassen nur Plakatwerbung.

StR Krause:

Alle Fraktionen teilen das Ansinnen, mehr Flächen zur Verfügung zu stellen. Sofern die in welcher Form auch immer vorhandenen Kontingente schon vergeben sind, möchte ich deshalb vorschlagen, dass der Stadtrat, wenn nötig, noch einmal Geld zur Verfügung stellen würde. Vielleicht kann man dem RAW unseren Wunsch mitgeben, dafür einen Platz zu finden. Wenn das zusätzliche Kosten verursacht, müssen wir diese eben im Nachgang über den Referatshaushalt oder einen zusätzlichen Beschluss bereitstellen.

Frau Hildebrandt:

Sehr gern. Wir haben bereits vernommen, dass das Budget erhöht wird.

OB Reiter:

Der Dringlichkeitsantrag wird also in der Form präzisiert, dass wir den nach meinen Unterlagen vorliegenden Mehrkostenwünschen des Migrationsbeirats in Höhe von 14.000 € entsprechen und gemeinsam diese 14.000 € zusätzlich zu den bereits beschlossenen 40.000 € beschließen.

StR Prof. Dr. Hoffmann:

Ich weiß wieder, woher meine 10.000 € kommen: Wir haben 40.000 € beschlossen. Das allgemeine jährliche Budget des Migrationsbeirats für Öffentlichkeitsarbeit belief sich aber bereits vorher auf 30.000 €. Weil dieses Jahr ein Wahljahr ist, haben wir 10.000 € draufgelegt. Daraus ergeben sich die 40.000 €. Jetzt wollen Sie zusätzlich noch 14.000 € bewilligen, damit kommen wir auf 54.000 €.

Da 30.000 € unabhängig von der Wahl ohnehin jährlich anfallen, hatten wir wirklich nur 10.000 € zusätzlich bewilligt. Das erschien uns sehr wenig. Die genannten 14.000 € sind also eigentlich ein Minimum. Wenn Ströer sagt, sie geben uns noch Infoscreen-Flächen, die etwas kosten, sollte man die 14.000 € auf dem Verwaltungsweg entsprechend aufstocken. 10.000 € für die gesamte Wahlwerbung sind sehr wenig.

OB Reiter:

Okay. Aber es bleibt dabei: Wir beschließen zusätzlich 14.000 € für das Budget des Migrationsbeirats im Direktorium. Außerdem haben wir einen Auftrag ans RAW formuliert zu prüfen, ob die Werbung mit Ströer intensiviert werden kann. Wenn dafür zusätzliche Kosten anfallen, werden wir diese entweder selbst tragen oder uns das Budget in einem kleinen Beschluss holen.

Das Protokoll ist heute wieder extrem wichtig. - (Zwischenruf: Die sind immer wichtig!) - Ja, das stimmt. Aber wenn alles handgestrickt neu formuliert wird, ist das noch einmal eine besondere Herausforderung.

Der mündlich geänderte Dringlichkeitsantrag von FDP – BAYERNPARTEI und CSU mit FREIE WÄHLER wird gegen die Stimmen der AfD **beschlossen**.

- Die Tagesordnungspunkte C 2 und C 3 werden gemeinsam behandelt. -

**Luftreinhaltung sozialverträglich: Weniger Gebühren für Dieselaautos
Dringlichkeitsantrag Nr. 3589 von SPD/Volt für die Vollversammlung am 01.02.2023**

und

**Ausnahmegenehmigungen bei Dieselfahrverbot unbürokratisch handhaben
Dringlichkeitsantrag Nr. 3592 von Die Grünen – Rosa Liste
für die Vollversammlung am 01.02.2023**

Aktensammlung Seiten 4689 und 4691

StRin Hübner:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich werde mich kurz fassen und die Debatte zum Luftreinhalteplan und den Dieselfahrverboten nicht noch einmal aufmachen. Wir haben diese Debatte zweimal ausführlich geführt.

Gleich zu Anfang möchte ich für unsere Fraktion klar sagen: Wir stehen zum Luftreinhalteplan und dem zusätzlichen Gesundheitsschutz für die Münchnerinnen und Münchner und stellen heute nichts Grundsätzliches infrage. Aber es ist uns wichtig, die beschlossenen Regelungen für die unmittelbar davon Betroffenen so nachvollziehbar und unbürokratisch wie möglich zu gestalten.

Dabei geht es uns vor allem um diejenigen, die im Schichtdienst arbeiten oder gepflegt werden müssen, also um die Menschen, die über Gebühr von entsprechenden Fahrverboten beeinträchtigt wären. Weil diese einen guten Grund haben, in die Verbotszone hineinzufahren, der auch im Luftreinhalteplan festgelegt ist, sollten sie im Rahmen der Allgemeinverfügung Anspruch auf eine Ausnahmegenehmigung haben. Diese sollten so günstig wie möglich und ohne zusätzlichen bürokratischen Antrag beim KVR zu bekommen sein.

Ich möchte deutlich sagen, dass ich dem Kreisverwaltungsreferat und der Kreisverwaltungsreferentin enorm dankbar bin. Sie versuchen, das Verfahren für die Münchnerinnen und Münchner im Rahmen der bestehenden Regelungen so unbürokratisch wie möglich zu halten. Die Vorschläge, die sowohl zu zusätzlichen Ausnahmen im Rahmen der Allgemeinverfügung als auch zu den deutlich niedrigeren Gebühren kamen, zeigen, dass dort im Sinne der Bürgerinnen und Bürger gedacht

wird. Das finde ich sehr gut. Das ist das Gesicht, dass die Landeshauptstadt München ihren Bürgerinnen und Bürgern zeigen sollte.

Unser heutiger Dringlichkeitsantrag hat zwei wesentliche Ziele: Erstens, die Allgemeinverfügung für die Sozial- und Pflegedienste und Menschen im Schichtdienst zu erweitern. Das ist keine zusätzliche Ausnahme. Wir sagen nur, dass diese Menschen keine gebührenpflichtige Einzelausnahme mehr beantragen müssen, sondern einfach im Rahmen der Allgemeinverfügung fahren können. Das ist vernünftig. Ich kann auch nicht verstehen, warum die Deutsche Umwelthilfe e. V. (DUH) deshalb klagen möchte.

Ich halte eine solche Klage aber für unproblematisch, weil nicht gegen den gesamten Luftreinhalteplan geklagt würde, sondern lediglich auf Einhaltung der Vereinbarung. Wenn wir heute beschließen, dass Schichtdienstleistende und Sozial- und Pflegedienste auch künftig ohne Einzelausnahme im Rahmen der Allgemeinverfügung in die Zone einfahren dürfen, gefährden wir nicht den gesamten Luftreinhalteplan. Darum geht es der DUH nicht. Wir riskieren lediglich, auf unseren Beschluss vom Dezember zurückgeworfen zu werden. Deshalb bitte ich alle um den Mut zu sagen: Ja, wir wollen, dass diese berechtigten Ausnahmen auch ohne Einzelgenehmigungen möglich sind.

In Bezug auf die Gebühren sind wir der Meinung, das Kreisverwaltungsreferat sollte nur die Mindestgebühren nehmen. Das sind 25 €, egal, wie lange die Ausnahme gilt. Sie kann maximal für ein Jahr gelten.

Zum Verfahren habe ich eine Nachfrage: Wer eine Einzelausnahme beantragen möchte, muss eine Bescheinigung einer anerkannten Prüfgesellschaft vorlegen, dass sein alter Diesel E 4 und schlechter nicht nachrüstbar ist. Wir wissen alle, dass es keine entsprechenden Nachrüstungssysteme mit darstellbarem Aufwand gibt. Deshalb frage ich das Kreisverwaltungsreferat: Ist eine solche Bescheinigung im Rahmen des Verfahrens auch verzichtbar? Sonst müsste jeder Einzelne diese einholen. Meines Erachtens ließe sich das im Verwaltungsverfahren noch vereinbaren.

Gut finde ich, dass es bald auch eine Online-Antragsmöglichkeit geben soll und dass alles auch bisher schon auf dem Postweg erledigt werden kann. Deshalb noch einmal der klare Hinweis an alle Münchnerinnen und Münchner: Wenn Sie einen Antrag auf Einzelausnahme stellen, bekommen Sie vom Kreisverwaltungsreferat sofort eine Bescheinigung, dass Ihr Antrag eingegangen ist.

Mit dieser Bescheinigung können Sie bis zum Entscheid über Ihren Antrag weiter in den Mittleren Ring und in die innere liegende Zone einfahren.

Zuletzt: Ich wünsche uns, dass wir im Sinne der Münchnerinnen und Münchner agieren. Da steht auf der einen Seite der Gesundheitsschutz. Wir wollen aber auch die Menschen nicht beschränken, die arbeiten, pflegen oder etwas liefern müssen. Insgesamt ist es im Luftreinhalteplan in der Abwägung gut gelungen, den meisten Interessen gerecht zu werden. Heute steuern wir noch einmal nach und bitten Sie/Euch, liebe Kolleginnen und Kollegen, uns dabei zu unterstützen. – (Beifall von SPD/Volt)

StR Dr. Roth:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Hübner hat bereits betont, worin Konsens besteht. Ich werde das auch noch einmal kurz darstellen, um dann zu sagen, wo wir in einer rechtlichen Einschätzung auseinandergehen.

Der Gesundheitsschutz hat Priorität. Ich möchte den Herrn Oberbürgermeister aus der Oktoberdebatte zitieren:

„Ich als Oberbürgermeister bin im Rahmen meines Amtseids der festen Überzeugung, dass das Thema Gesundheitsschutz ganz oben auf der Agenda steht.“

Deshalb machen wir diesen Luftreinhalteplan. In gemeinsamen Gesprächen hat er außerdem gesagt, das „Äußerste an denkbaren Ausnahmen“ sei erzielt worden. Ich denke, das war ein sehr guter Kompromiss, und möchte in diesem Zusammenhang ausdrücklich der zweiten Bürgermeisterin Katrin Habenschaden danken, die die Verhandlungen in diesem Bereich geführt hat.

Der Gesundheitsschutz ist auch ein Schutz der Schwachen und eine soziale Frage. Die Reichsten wohnen nicht an den dreckigsten Straßen. Wir haben beim Verband der Lungenfachärzte nach dem aktuellen Stand gefragt. Er begrüßt die Maßnahmen sehr und sagt, gerade Kranke, Schwangere und Kinder seien von den Schadstoffen besonders betroffen. Die wollen wir schützen.

Natürlich haben auch wir hinsichtlich der Ausnahmeregelungen das Soziale im Blick. In diesem Kompromiss wurde schon viel erreicht.

Zu den Einzelfragen, die sich jetzt stellen: Bezüglich der Gebührenhöhe besteht wiederum Konsens. Auch wir möchten diese möglichst weit senken. Da unterscheiden sich der Antrag von SPD/Volt und unserer eigentlich nicht.

Hinsichtlich der Frage, wie das unbürokratisch gehandhabt werden kann, schlagen wir vor, dass Arbeitgeber die Ausnahmegenehmigung in einem Antrag für alle ihre Arbeitnehmer*innen beantragen können und auch nur eine Gebühr anfällt. Wenn es in einer Klinik 50 Personen sind, fallen dann z. B. nur einmal 50 € oder 25 € an. Am Geld soll es nicht scheitern. Bei der unbürokratischen Abwicklung wäre das ein gangbarer Schritt für uns.

Zu der Allgemeinverfügung: Wir sind der Meinung, es ist sinnvoll zu prüfen, inwieweit die Allgemeinverfügung ohne Rechtsrisiko und ohne dass der Konsens der Verhandlungen, sozusagen der geschlossene Vertrag, infrage gestellt wird, erweitert werden könnte. Auch wenn es bereits erste Reaktionen gibt, bitten wir die Verwaltung in unserem Antrag, hierzu Gespräche zu führen. Wichtig sind für uns die Rechtssicherheit und die Frage der Verlässlichkeit von Verwaltungs- und Stadtrats-handeln.

Wie gesagt, es wurde schon ein „*Äußerstes an Ausnahmen*“ erreicht. Der Herr Oberbürgermeister hat damals auch gesagt: *„Ich bin mir sicher, die Kompromisse sind auch der Deutschen Umwelthilfe nicht leicht gefallen.“* Dann haben sich beide Seiten bewegt und es wurde eine Vereinbarung getroffen. Wir haben zweimal darüber abgestimmt: im Oktober über den Luftreinhalteplan und vor ein paar Wochen nach der Öffentlichkeitsbeteiligung. Die Vereinbarung, sozusagen ein Vertrag, wurde schriftlich fixiert.

Als Nicht-Jurist kenne ich das so: Ein Vertrag kann seine Gültigkeit verlieren, wenn sich etwas grundlegend geändert hat – äußere Umstände, Katastrophen. Bei jeder Vereinbarung zwischen Menschen, kann man etwas ändern, wenn sich beide Seiten darüber einig sind. Eine einseitige Änderung eines Vertrags oder einer Vereinbarung ist schwierig. Die Rechtsfolgen sind unvorhersehbar. Deshalb würden wir das RKU als federführendes Referat noch einmal bitten darzustellen, wie die Wahrscheinlichkeit einzuschätzen ist, dass DUH und VCD mit einer solchen Änderung nicht einverstanden sind. Was könnte in einem solchen Fall passieren und welche möglichen Folgen hätte eine Klage?

Wie gesagt, wir sind für einen guten Ausgleich zwischen Gesundheitsschutz auf der einen Seite und andererseits einem Verfahren, das für die, denen es nicht zumutbar ist, Ausnahmen gewährt.

Es geht nicht darum, die Ausnahmen im Grundsatz zu erweitern, sondern nur, wie die Ausnahmeerteilung im Verfahren geregelt wird. Wir haben eine Vereinbarung getroffen. Ich möchte davor warnen, diese infrage zu stellen, und noch einmal um Auskunft bitten, was das bedeuten würde.

Wir sind mit dem Teil des Änderungsantrags von SPD/Volt hinsichtlich der Gebühren einverstanden. Das ist bei uns ähnlich vorgesehen. Zusätzlich bitten wir die Verwaltung, Arbeitgebern zu ermöglichen, Sammelanträge zu stellen, für die nur einmalig eine Gebühr anfällt.

Hinsichtlich der Änderung der Allgemeinverfügung plädieren wir für eine Prüfung und möchten gern noch einmal hören, wie das RKU die Reaktion der bisherigen Kläger*innen und die möglichen Rechtsfolgen einschätzt. Das Verfahren wurde ausgesetzt, weil es eine Vereinbarung gibt. Vielen Dank. - (Beifall von Die Grünen - Rosa Liste)

StR Roth:

Liebe Frau Bürgermeisterin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Wir haben einen Änderungsantrag gestellt, der viel weiter geht als die von SPD/Volt und Die Grünen - Rosa Liste. Er lautet: „*Die Allgemeinverfügung zum Dieselfahrverbot wird mit sofortiger Wirkung aufgehoben.*“ - (Beifall von FDP – BAYERNPARTEI) - Wenn man Schwächen erkennt, sollte man konsequent sein und die Reißleine ziehen.

Liebe Anne Hübner, wir erkennen die gute Intention Eures Dringlichkeitsantrags durchaus an. Es spricht für Euch, dass Ihr Nachbesserungsbedarf erkennt. Aber insgesamt wurde uns hier ein Münchner Käse serviert. Dann wurde über einen nicht mehr zu beziffernden Ausnahmenkatalog versucht, einen Schweizer Käse daraus zu machen. Nun wundert Ihr Euch, dass die Bürger ihn Euch nicht abnehmen, weil er immer noch ungenießbar ist. Für die Schichtarbeiter und Pendler, die das Auto brauchen und sich kein neues Auto leisten können, ist der Käse immer noch ungenießbar. Aber der Schritt geht in die richtige Richtung.

Für uns als FDP - BAYERNPARTEI sage ich ganz offen: Wenn wir dem Antrag von SPD/Volt zustimmen sollen, erwarten wir ÖPNV-Angebote für Pendler aus dem Umland. Wir können uns gern in den nächsten Wochen darüber unterhalten, wie wir mit den Landkreisen umgehen. Den Aufwand, die Ausnahmen noch einmal zu definieren, hätten Sie lieber in ÖPNV-Angebote für die Bürgerinnen und Bürger und damit direkt in die saubere Luft gesteckt. Wo sind denn die Gespräche mit den Landkreisen und mit dem Umland darüber, wie wir den ÖPNV- und Pendlerverkehr umweltfreundlicher organisieren können als bisher? Da höre ich nichts. Wie Manuel Pretzl neulich

zutreffend gegenüber einer Zeitung sagte, fokussieren Sie sich darauf, die Korrekturen dessen, was Sie zuvor verbockt haben, als Heldentaten zu verkaufen.

Fürs Protokoll möchte ich auch für alle anderen Fraktionen noch einmal betonen: Wir alle wollen saubere Luft in München. Das ist unstrittig. Das ist kein Alleinstellungsmerkmal von Euch, liebe Kollegen von Grün-Rot, auch wenn Ihr es immer für Euch beansprucht. CSU mit FREIE WÄHLER und wir als FDP - BAYERNPARTei haben in zahlreichen Änderungsanträgen Vorschläge gemacht.

Insgesamt können wir dem Dringlichkeitsantrag von SPD/Volt zustimmen, wenn wir uns darauf verständigen können, etwas für die Pendler zu tun.

Dieses Hickhack, dieses Hin und Her geht den Münchnerinnen und Münchnern auf die Nerven. - (Beifall von FDP - BAYERNPARTei) - Diese Schilder, die Ihr aufgestellt habt! Jemand, der mit 60 km/h daran vorbeifährt, hat doch keine Chance, sie zu lesen. - (Heiterkeit) - Das ist einfach praxisfern wie das gesamte Dieselfahrverbot. - (Unruhe - StRin Burneleit: Man sollte immer auch das Kleingedruckte lesen! - Heiterkeit) - Ja, genau. Ein Teller Spaghetti mit Tomatensauce und grüner Petersilie ist besser strukturiert als die vermurkste Politik, die Ihr hier betreibt. Vielen Dank. - (Beifall von FDP - BAYERNPARTei)

StR Walbrunn:

Frau Bürgermeisterin, meine Damen und Herren! Mein Redebeitrag geht in eine ähnliche Richtung: neuer Monat, neue Ausnahmeregelung für das heute startende Fahrverbot auf dem Mittleren Ring und in der Innenstadt. Ich werde es kurz halten und nicht wieder in die Grundsatzdebatte und die Details der Dringlichkeitsanträge einsteigen. Wir tragen alles mit, was das Los derjenigen lindert, die unter diesen unsinnigen Maßnahmen leiden.

Die Assoziation mit dem vergammelten Schweizer Käse hatte ich auch. Wenn man jetzt jeden Monat an diesem Verbot herumdoktern muss und einen bürokratischen Alptraum schafft, dann sollte die Stadtratsmehrheit vielleicht wirklich in sich gehen und darüber nachdenken, ob man sich in dieser Frage nicht generell auf dem Holzweg befindet. Heben Sie das Verbot auf! Keine Angst vor den glorifizierten Abmahnvereinen! Lassen Sie uns nach anderen Möglichkeiten suchen, um die geringfügigen Grenzwertverletzungen bei Stickoxiden noch zu drücken. Einen Vorschlag zur besseren Verteilung des NO₂ mittels eines Tunnelkamins hat Ihnen mein Kollege Stanke bereits im November skizziert. In diesem Sinne ... vielen Dank für die Aufmerksamkeit. - (Beifall der AfD)

StR Pretzl:

Frau Bürgermeisterin, Kolleginnen und Kollegen! Es würde natürlich sehr reizen, noch einmal eine große Debatte über das Dieselfahrverbot und den damit verbundenen Murks in der Umsetzung zu führen. Man könnte sich auch intensiv die Frage stellen, inwieweit zwei überzogene Messstellen ein komplettes Dieselfahrverbot auf dem gesamten Mittleren Ring rechtfertigen und wie es dabei mit der Verhältnismäßigkeit aussieht. Ich glaube, die Werte sind relativ knapp überzogen. Wir müssen uns aber damit abfinden. Die Stadtratsmehrheit hat diesen Weg bestritten. Die zweite Bürgermeisterin hat diesen Kompromiss verhandelt, und jetzt müssen wir versuchen, das Beste für die Menschen in unserer Stadt daraus zu machen.

Ich glaube, angesichts der 70 000 betroffenen Fahrzeuge in Stufe 1 und noch einmal 70 000 in Stufe 2 wird das ein bürokratisches Monster. Diese Zahlen betreffen nur München. Das Umland ist darin noch nicht eingeschlossen. Ich nehme an, die jetzt vorgeschlagenen Ausnahmen gelten auch für Menschen, die nicht in München wohnen. Ein Schichtarbeiter in der Münchner Gastronomie, bei MAN oder bei BMW, der in Dachau, Heimstetten oder wo immer wohnt, muss natürlich auch zum Arbeitsplatz kommen. Ich beneide das Kreisverwaltungsreferat ausdrücklich nicht darum, diesen Wust an Anträgen zu bearbeiten. Ich möchte an dieser Stelle aber auch ein Lob aussprechen. Die Kreisverwaltungsreferentin war letzte Woche bei uns in der Fraktion und ihre Aussagen waren sehr zielführend und lösungsorientiert. Wenn die Verwaltung versucht, etwas politisch schief Gelaufenes wenigstens ordentlich umzusetzen, muss man das ausdrücklich anerkennen. - (Beifall von CSU mit FREIE WÄHLER)

Ebenfalls ausdrücklich anerkennen möchte ich die Bemühungen der SPD, möglichst viele Ausnahmeregelungen für diejenigen zu schaffen, die sie wirklich brauchen. Die SPD hat uns dabei an ihrer Seite. Wir werden natürlich erst einmal dem Änderungsantrag der FDP zustimmen, weil wir die Allgemeinverfügung nach wie vor ablehnen. Man muss aber kein Hellseher sein, um zu wissen, dass es dafür keine Mehrheit gibt. Deswegen werden wir anschließend dem Ansatz der SPD zustimmen. Wenn man das Diesel -Fahrverbot als gegeben sieht bzw. es nicht abschaffen möchte, ist er sehr klug formuliert. Er ist unbürokratisch und geht auf sozial schwache Menschen ein. Wir gehen allerdings davon aus, dass diese Ausnahmeregelung nicht abschließend ist. Wir müssen jetzt nicht ins Detail gehen und noch denkbare Berufsgruppe herausuchen, wie z. B. BRK-Mitarbeiter, Tierärzte etc. Ich denke, diese Gruppen kann man unter den Forderungen der SPD subsumieren. Auch sie müssen manchmal nachts raus. Wir erkennen das ausdrücklich an. Wenn die Deutsche Umwelthilfe gegen diese Ausnahmen klagt, soll sie das tun. Ich wünsche der Stadtverwaltung dann bloß mehr Standfestigkeit als in der Vergangenheit.

Damit habe ich unser Abstimmungsverhalten erklärt. Wir werden schauen, was dabei herauskommt. Vielen herzlichen Dank! - (Beifall von CSU mit FREIE WÄHLER)

Herr Oberbürgermeister, Sie haben noch die Fragen angesprochen. Wir hatten genau zu der Frage, die die Kollegin Hübner aufgeworfen hat, einen Experten des TÜVs Süd in der Fraktion. Mit Ausnahme des VW Bully und einem exotischen, französischen Fabrikat gibt es keine nicht individuell gebastelten Nachrüstmöglichkeiten für Diesel der Klasse 4. Deswegen würden wir nachdrücklich dafür eintreten, dass dieser Nachweis nicht erbracht werden muss. Dafür müsste man ein Privatgutachten anfertigen lassen, das ein Hundertfaches der Ausnahmegebühr kostet. Das kann nicht in unserem Interesse sein. Wenn sich das Kreisverwaltungsreferat oder das Umweltreferat mit dem TÜV in Verbindung setzen, erfahren auch sie: Mit Ausnahme eines sehr teuren Umbaus des Bully-Motors und eines französischen Exoten bestehen keine Möglichkeiten.

Bfm. StRin Sammüller-Gratl:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Bürgermeisterinnen, liebe Stadträtinnen und Stadträte! Gerne nehme ich dazu Stellung. Zunächst einmal bedanke ich mich für den Hinweis. Er ist sofort angekommen. Wir haben die Angelegenheit sehr schnell mit dem RKU klären können. Wir stehen in enger Abstimmung mit dem RKU, weil wir als Kreisverwaltungsreferat das Fahrverbot umsetzen wollen, ohne den Vergleich mit den Kläger*innen in irgendeiner Art und Weise zu gefährden. Wir konnten uns sehr schnell darauf einigen, auf einen Nachweis zu verzichten und diesen durch eine Glaubhaftmachung zu ersetzen. - (Beifall von CSU mit FREIE WÄHLER) - Wir haben bereits weitergegeben, dass die entsprechende Vorgabe auch im Internet geändert wird. Es muss kein schriftliches Gutachten vorgelegt werden, sondern es wird schlicht der Aussage der Bürgerinnen und Bürger geglaubt, dass eine Nachrüstung nicht möglich ist. Ich möchte an dieser Stelle aber ankündigen: Solche Themen können noch öfter aufploppen. Auch wir setzen das Thema erst seit einem Monat um. In der bisherigen Umweltzone verhielt es sich entsprechend. Wir haben diese Regelungen als Orientierung für das Diesel-Fahrverbot genommen. Das wird vielleicht das eine oder andere Mal passieren. Dafür entschuldige ich mich im Vorhinein. Wir tun wirklich, was wir können. Danke.

Bfm. StRin Kugler:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Stadtrat Florian Roth hat gefragt, was nun passiert. Der Luftreinhalteplan tritt heute in Kraft. Daran ändert sich nichts. Wenn der Stadtrat heute beschließt, die Allgemeinverfügung zu ändern, werden wir diesen Beschluss

umsetzen. Es wird mit einer sehr hohen Wahrscheinlichkeit zu einer Klage von VCD und DUH kommen. Sie werden auf Einhaltung des Vergleiches klagen. Die Einhaltung des Vergleiches entspräche im Grunde der Fassung des Luftreinhalteplans, die der Stadtrat im Dezember beschlossen hat.

Die Klage hat durchaus hohe Erfolgsaussichten, denn die Änderung ist wesentlich. Die Schichtdienstleistenden und die pflegerischen und sozialen Hilfsdienste sind in den Einzelausnahmen schon enthalten. Der Unterschied zwischen Allgemeinverfügung und Einzelausnahme liegt darin, dass die Einzelausnahme nachweispflichtig ist. Es gibt eine Regelung in der Bundesimmissionschutzverordnung, die diese grundsätzlich ermöglicht. Dafür besteht aber eine Nachweispflicht. Das bedeutet, Beschäftigte im Schichtdienst müssen ihre Schichtzeiten angeben. Sie bekommen nur für die Fahrt von der Wohnung zur Arbeitsstelle und zurück eine Einzelausnahmegenehmigung für die Zeiten, in denen eine Fahrt mit dem ÖPNV nicht zumutbar wäre. Das ist ein wesentlicher Unterschied, der den Kreis der Berechtigten durchaus einengt. Der Wunsch, das Antragsverfahren für Schichtdienstleistende und pflegerische und soziale Berufe so einfach wie möglich zu gestalten, ist absolut berechtigt. Wir hätten uns vorstellen können, das über den administrativen Weg gut zu regeln. Damit hätten wir kein rechtliches Risiko. Die Entscheidung obliegt aber natürlich dem Stadtrat.

Der Änderungsantrag von FDP - BAYERNPARTEI zum Dringlichkeitsantrag von SPD/Volt (Ausnahmegenehmigungen bei Diesel-Fahrverbot) wird gegen die Stimmen von FDP - BAYERNPARTEI, AfD und CSU mit FREIE WÄHLER **abgelehnt**.

Der erste Spiegelstrich des Dringlichkeitsantrags von SPD/Volt wird gegen die Stimmen von Die Grünen - Rosa Liste und ÖDP/München-Liste **beschlossen**.

Der zweite Spiegelstrich des Dringlichkeitsantrags von SPD/Volt wird **einstimmig beschlossen**.

Erklärung zur Abstimmung:

StR Dr. Roth:

Wir sind nicht grundsätzlich dagegen, diese Gruppen in die Allgemeinverfügung aufzunehmen. Wir sind nur dagegen, dies ohne Absprache oder Einigung mit den Verbänden zu tun.

Der Änderungsantrag von FDP - BAYERNPARTEI zum Dringlichkeitsantrag von Die Grünen - Rosa Liste (Weniger Gebühren für Diesel-Autos) wird gegen die Stimmen von FDP - BAYERNPARTEI, AfD und CSU mit FREIE WÄHLER **abgelehnt**.

Der Dringlichkeitsantrag von Die Grünen - Rosa Liste wird gegen die Stimmen von Die Grünen - Rosa Liste, DIE LINKE./Die PARTEI und ÖDP/München-Liste **abgelehnt**.

Bürokratieabbau

Fragestunde gemäß §69 GeschO

Antrag Nr. 3583 der CSU mit FREIE WÄHLER vom 26.01.2023

OB Reiter:

Wir werden folgendermaßen vorgehen: Ich lese die gestellten Fragen vor und gebe darauf meine Antwort. Anschließend besteht die Möglichkeit, zwei Nachfragen zu stellen. Daraufhin wird das Thema ohne Beschlussfassung beendet.

1. Was hat der Oberbürgermeister in den letzten Jahren getan, um bei der Landeshauptstadt München Bürokratie abzubauen?

Ich hätte es mir leicht machen und „viel“ sagen können. Ganz so einfach wollte ich es mir doch nicht machen. Außerdem hat sich die Verwaltung viel Mühe gegeben. Ich will vielleicht zwei allgemeine Sätze dazu sagen, damit das nicht ganz so lapidar klingt. Wenn ich mir Eure Beispiele anschau, bestehen offensichtlich unterschiedliche Auffassungen darüber, was Bürokratie ist. Für mich bedeutet der Abbau von Bürokratie, Verwaltungsverfahren möglichst effizient und schnell abzuwickeln. Ich glaube, es besteht Einigkeit, dass ein nicht schneller und effizienter Verfahrensablauf Bürokratie wäre. Daneben sollen die Verfahren natürlich möglichst wenig bürokratische Belastung, d. h. Geschäftsgänge etc. für die Bürgerinnen und Bürger hervorrufen. Das muss das Ziel sein, um Bürokratie abzubauen bzw. wenig Bürokratie zu haben.

Weil mich dieses Thema schon durch meine Genese umgetrieben hat, haben wir 2015 einen interfraktionellen Arbeitskreis dazu ins Leben gerufen. Er hat bis 2017 zehnmal getagt. Wir haben uns dort unter anderem Schnittstellen angesehen und uns eine Verfahrensbeschleunigung insbesondere beim Thema Bauen und Wohnen vorgenommen. Das betraf die Baugenehmigungsverfahren, die Bauleitplanungen und die Baumaßnahmen generell. Wir haben diese sehr stark seziert und versucht, die Arbeitsvorgänge abzuschichten. Im interfraktionellen Arbeitskreis haben sich Vertreterinnen und Vertreter aus dem Stadtrat, Verwaltungsbehörden und die entsprechenden Referentinnen und Referenten diese Einzelprozesse gemeinsam angeschaut und überlegt, welche Aspekte man verbessern und beschleunigen kann.

Eines der Ergebnisse ist beispielsweise das Projekt neoHR, das wir gerade umsetzen. Wir waren uns in diesem interfraktionellen Arbeitskreis einig, dass beispielsweise Besetzungsverfahren zu

lange dauern. Das Personalreferat hat diese Anregung aufgegriffen, und deswegen existiert neoHR. Das ist eines der Ergebnisse.

Das Planungsreferat hat beispielsweise Vorschläge gemacht, wie man Bauleitplanzeiten verkürzen kann. Dazu gibt es Beschlüsse aus dem Stadtrat aus 2016 und folgenden Jahren. All diese Ergebnisse fußen auf dem interfraktionellen Arbeitskreis, der tatsächlich „Verwaltungsvereinfachung“ hieß.

Wir haben aus diesem Diskussionsprozess heraus außerdem ein IT-Referat geschaffen. Wir waren zu Recht der Meinung, dass die IT über einen zentralen Dienstleister und nicht in jedem Referat einzeln abgebildet werden sollte. Ich hatte letzte Woche eine erfreuliche Begegnung mit nicht nur einem Roboter, sondern auch mit der Kreisverwaltungs- und der IT-Referentin. - (Heiterkeit) - Ich will nicht zu stark vorgreifen, weil ich auch noch gefragt wurde, welche Ziele ich habe. Ein wesentlicher Faktor beim Bürokratieabbau ist aber die Digitalisierung. Dabei liegen wir zwar statistisch gesehen an zweiter Stelle. Gefühlt gilt das aber meines Erachtens noch nicht. Die Geschäftsprozesse, die digital und damit bürgerfreundlich und bürokratiefrei abgebildet werden können, sind zwar in der Zahl durchaus schon nennenswert gestiegen. Der Anfall für die normalen Bürger ist aber noch nicht ganz so, wie ich ihn mir vorstelle. Solange Ausweisverlängerungen oder Führerscheinbeantragungen noch nicht digital ablaufen, sind große Prozesse, die eigentlich jeder über sich ergehen lassen muss, noch nicht wirklich bürgerfreundlich.

Ob man das jetzt Bürokratie nennt, könnten wir diskutieren. Ich würde es Bürokratie nennen, wenn ich das Gefühl hätte, das KVR setzt Dinge um, die es gar nicht umsetzen müsste. Wenn das KVR aber bestehende, gesetzliche Regelungen vollzieht, ist das eben notwendig. Ich weiß immer noch nicht, warum man für eine Ausweisverlängerung zweimal persönlich beim KVR vorsprechen muss: einmal bei der Antragsabgabe und einmal beim Abholen. Ich habe auch in der Pressekonferenz gesagt, der oder die Sachbearbeiter/in darf sich gerne einmal von der Identität des Einreichers überzeugen. Warum er sie beim Abholen noch einmal nachweisen muss, wissen nur diejenigen, die diese Bundesvorschrift gemacht haben. Dazu kommen wir noch. Digitalisierung ist für mich jedenfalls der Schlüssel.

Die IT war ein klares Schwerpunktthema beim Bürokratieabbau. Ich lobe zwischendurch gerne wieder, dass unsere IT gerade in der Zeit der Pandemie sehr schnell viel auf die Beine gestellt hat. - (Unruhe) - Wir haben Homeoffice ermöglicht und die Schulen ausgestattet. Das hat alles etwas mit Fortschritt und schnellem Vorgehen zu tun.

Das waren die Maßnahmen der letzten Jahre zum Thema Bürokratieabbau. Ich zähle nicht die gefühlt 500 Gespräche auf, in denen wir versucht haben, gangbare Lösungen zu finden, wenn mehrere Referate beteiligt waren. Dieser Arbeitsvorgang zieht sich bis zur Jetztzeit. Ich wage die Prognose, dass er auch in Zukunft nicht ganz obsolet sein wird. Verschiedene Referate haben zu manchen Sachthemen nicht auf Anhieb die gleiche Haltung. Meine Aufgabe als Chef der Verwaltung ist es, in diesen Fällen nach gemeinsamen Haltungen zu suchen.

2. Welche Ziele hat der Oberbürgermeister für die nächsten Jahre beim Abbau der kommunalen Bürokratie in München?

Das oberste Ziel ist für mich die Digitalisierung von Arbeitsvorgängen. Bürokratie ist besonders ärgerlich, wenn sie beim Bürger landet. Wenn der Bürger etwas daheim ausdrucken und ausfüllen und es anschließend zum KVR oder einer sonstigen Behörde bringen muss, hat das nichts mit IT zu tun. Das ist IT zu Fuß, und das wollen wir nicht mehr. Wir brauchen echt barrierefreie IT-Vorgänge, die dazu führen, dass man einen Ausweis daheim von der Couch oder unterwegs vom Handy aus beantragen kann und ihn ggf. auch irgendwann digital auf seinem Smartphone wiederfindet. Das sind die Zeichen der Zeit für das Thema Bürokratieabbau im aktuellen Zeitraum.

Wir müssen uns auch für die Umsetzung der Wohngeldreform etwas überlegen. Es kann nicht sein, dass wir die ersten Wohngeldbeträge in zwei Jahren auszahlen und dafür 22-seitige Anträge brauchen. Ich glaube, darauf müssen wir einen Schwerpunkt legen. Die Leistungen, die die Bundes- und die Landesregierung beschlossen haben, müssen schnell an die Leute kommen. Dabei ist Bürokratie absolut schädlich. Es darf keine acht Antragsseiten mit Durchschlägen geben, sondern muss möglichst bürgernah bzw. möglichst IT-gesteuert stattfinden.

Ich will in Zukunft auch auf anderen politischen Ebenen dafür werben. Allerdings werde ich im Bayerischen oder Deutschen Städtetag tatsächlich immer gefragt, wie wir das als Landeshauptstadt München machen. Der Eigeneindruck ist also nicht immer identisch mit dem Fremdeindruck. Herr Nussel, der Bürokratieabbaubeauftragte des Freistaats Bayern, kommt gelegentlich zu mir und fragt, wie wir das machen. Wenn Ihr ihn persönlich fragen wollt: Er ist der Landeshauptstadt München gegenüber überhaupt nicht kritisch. Gut, er ist in ganz Bayern unterwegs und kennt wahrscheinlich auch noch andere Städte. Dort mag es vielleicht noch etwas anders zugehen. Jedenfalls glaube ich, ist es tatsächlich ein Weg, sich mit der Landes- und der Bundesebene kurzzuschließen. Viele der Vorgänge, die ich vorhin erläutert habe, können wir nicht allein verbessern.

Ich will aber nicht verkennen, dass wir trotzdem besser werden können. Das will ich nicht bestreiten. Das wäre tatsächlich gelogen und würde die letzten 15 Jahre, über die ich hier berichte, ad absurdum führen. Wir können uns bei unseren eigenen Vorgängen noch deutlich verbessern. Das betrifft viele Verfahren, die mir immer noch zu lange dauern, weil wir uns gegenseitig Briefe schreiben oder Stellungnahmen anfordern. Ich verrate kein Geheimnis: Zu der Frage, warum wir so viele Gutachten und Aufträge vergeben und so viele Machbarkeitsstudien anfordern, werde ich demnächst ein ausführliches Interview mit einer großen Zeitung führen. Ich bin der Meinung, dass das nicht nur Geld kostet, sondern auch in den Zeitabläufen unerträglich ist. Das ist nicht zwangsläufig Bürokratie im eigentlichen Wortsinn, nervt mich aber trotzdem. Darüber müssen wir nachdenken.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, das ist aber auch ein Fingerzeig an Sie! Die Verwaltung macht das nicht nur aus Jux und Tollerei. Bekanntlich gilt der Prophet im eigenen Land wenig. Wenn wir uns immer mehrheitlich darauf versteigen, noch ein Gutachten und noch ein zweites Gutachten zu brauchen, dauert das und kostet Geld. Vielleicht müssen wir gemeinsam versuchen, das Thema zurückzufahren und auch einmal unseren hoch qualifizierten Verwaltungsmitarbeitern ein gewisses Maß an Vertrauen schenken. Sie sind alle Studienabgänger und haben die gleichen Studienabschlüsse, wie die Beschäftigten der Rechtsanwaltskanzleien, die wir beauftragen. Das würde uns allen helfen.

Insgesamt glaube ich, wir müssen das Thema Bürokratie auf allen staatlichen Ebenen unbedingt angehen. Ich habe dazu auch Kontakte mit der Bundesregierung und der Bauministerin Klara Geywitz. Ich habe das Gefühl, im Bauleitplanverfahren und im Bebauungsplanverfahren bestehen noch deutliche Rationalisierungsmöglichkeiten. Ich habe auch mit Lars Klingbeil mehrfach über das Thema gesprochen und begrüße ausdrücklich ein erstes Ergebnis: Es gibt jetzt eine Gesetzesinitiative zur Beschleunigung von Verwaltungsgerichtsverfahren im Infrastrukturbereich. Das ist die zentralste Herausforderung der Bundesrepublik - nicht der Stadt München. Wenn es uns nicht gelingt, Infrastrukturverfahren bzw. insbesondere Planfeststellungsverfahren dramatisch zu verkürzen, wird es kein öffentliches Bau- oder Infrastrukturvorhaben mehr geben, das im Zeitplan und damit im Finanzrahmen bleibt. Das muss gemeinsame Aufgabe aller politischen Parteien sein, die dabei etwas zu sagen haben. Wenn wir 15 Jahre für ein Flächennutzungsplanverfahren brauchen, müssen wir uns nicht wundern, dass am Ende vielleicht nicht mehr das herauskommt, was man noch braucht. 15 Jahre später sieht alles anders aus. Das wäre mein großer Appell: Alle, die etwas zu sagen haben, mögen sich bitte für eine deutliche Reformierung des Planfeststellungsverfahrens einsetzen. Damit würden wir größere Maßnahmen wieder viel schneller hinbekommen. Wir

müssten nicht zehn Jahre Planungszeit für eine Trambahn aufwenden, von der ich dachte, sie fährt auf Schienen und geradeaus. Da kann man sich fürchterlich täuschen.

Das wollte ich dazu sagen. Ich bedanke mich für die Fragen.

StR Reissl:

In der Geschäftsordnung steht, dass das Format Fragestunde heißt. Wir müssen uns aber nicht darum bemühen, wirklich eine Stunde daraus zu machen. Ich fand die Antworten grundsätzlich in Ordnung. Ich bin über dieses Zeitungsinterview gestolpert und finde: Wenn man über Bürokratie und Bürokratieabbau spricht, sollte man nicht mit dem Finger auf andere zeigen, weil dann immer drei Finger auf einen selbst zurückweisen.

Die Richtigstellung heute war für mich vollkommen in Ordnung. Ich habe aber folgende Rückfrage: Ich war einer der Anschieber in der Frage, wie lange unsere Bebauungsplanverfahren eigentlich dauern müssen. Ich weiß, dass wir dazu zumindest formal ein Ergebnis erzielt haben. Bist Du aber der Meinung, dass sie seitdem wirklich schneller geworden sind? - (Unruhe - Heiterkeit) - Das ist eine gemeine Frage, ich weiß. Wir könnten aber gemeinsam daraus den Schluss ziehen, uns noch einmal über dieses Thema herzumachen. Beim Bebauungsplan Ratoldstraße mussten wir beispielsweise vom Billigungs- bis zum Satzungsbeschluss eindreiviertel Jahre warten. Somit kann an unserem Verfahren nach wie vor irgendetwas nicht ganz stimmen.

Ein anderes Beispiel ist wirklich nur eine Kleinigkeit. Ich erwarte nicht, dass sie dem Oberbürgermeister bewusst ist. Es gibt aber so viele Kleinigkeiten. Wir hatten im Kommunalausschuss den Beschluss „Digitalisierung und Standardisierung bei der Bereitstellung von Bebauungsplänen mittels XPlanung“. Es geht hier um Digitalisierung, das ist lobenswert. In der Vorlage steht aber:

„Zunächst müssen die derzeit erstellten Bebauungspläne analysiert werden, ob und wie der Inhalt in das Datenschema XPlanung überführt werden kann. Da in Münchner Bebauungsplänen Planzeichen verwendet werden, die über die Planzeichenverordnung (...) hinausgehen, muss die Abbildbarkeit in XPlanung überprüft werden.“

Hier kann man sich nicht auf den Ordnungsgeber Bund hinausreden. Das ist wirklich hausgemacht. Ich erwarte nicht vom Oberbürgermeister, dass er solche Dinge prüft. Vielleicht gelingt es uns aber gemeinsam - mit dem Oberbürgermeister vorneweg - bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern unserer Verwaltung ein Verständnis dafür zu wecken, dass wir hier vielleicht keine

Weiterentwicklung eines marktgängigen Softwaretools brauchen. Vielmehr könnten wir uns auf das besinnen, was bundesweit gang und gäbe ist. Das ist zwar nur ein kleines bisschen Bürokratie, aber es wäre auch ein kleines bisschen Bürokratieabbau.

OB Reiter:

Danke, dass Du meinen grundsätzlichen Ausführungen zugestimmt hast. Ich glaube, wir alle müssen das Thema anpacken. Ich weiß nicht, wie wir das hinbekommen.

Deine Frage lautete, ob ich glaube, dass Bebauungsplanverfahren mittlerweile schneller gehen. Es gibt immer eine gefühlte und eine reale Lebenswirklichkeit. Gefühlt gibt es Einzelfälle, in denen es schneller geht. Es geht nicht flächendeckend schneller, aber daran sind wir nicht ganz schuldlos. Ich habe alle vier Wochen einen Jour Fixe und frage immer als Erster, warum das so lange dauert. Dann höre ich: Das wurde dreimal oder fünfmal vertagt, hier noch ein Gutachten, dort noch eine Kleinigkeit, da noch eine Machbarkeitsstudie nach zwei Gutachten, dort noch ein grünes, blaues oder rosa Gutachten. Ziemlich viele der Gründe, warum es im Referat länger dauert, beschließen wir selbst. Nichtsdestotrotz gibt es aber immer Anlass für Selbstkritik. Das weiß auch Frau Prof. Dr. Merk. Wir müssen gelegentlich hinterfragen, ob wir die Vorschriften wirklich brauchen, die wir uns mit bestem Wissen und Gewissen selbst gegeben haben, weil wir es gut machen wollen.

Ich greife die Anregung gerne auf und werde vielleicht mit Frau Prof. Dr. Merk ausmachen, uns in einer Planungsausschusssitzung anhand einer Vorlage noch einmal über Zeitabläufe von Bebauungsplanverfahren zu unterhalten. Frau Prof. Dr. Merk kann die Mindestanforderungen, die sie sieht, in die Vorlage schreiben. Alexander, wir können dann ganz ehrlich und ohne Schaum vor dem Mund noch einmal diskutieren, was wir davon brauchen und was aus unserer mehrheitlichen Sicht ggf. nicht mehr. Dann haben wir eine solide Grundlage, um uns damit auseinanderzusetzen. Ich bin gerne bereit, diesem Verbesserungsbedarf noch einmal nachzugehen. Das ist das Ergebnis. Liebe Frau Prof. Dr. Merk, das machen wir einmal. - (StBRin Prof. Dr. (Univ. Florenz) Merk: Ja, ja. - Heiterkeit) - Ich weiß, die Begeisterung ist überschaubar. Manchmal bringt es aber auch Erkenntnisgewinn, wenn man sich seine eigenen Prozesse noch einmal anschaut. Davon würde ich mich nicht ausnehmen. Jeder andere kann das auch.

- Ende der öffentlichen Sitzung um 13:29 Uhr -

- Die Beratungen werden in nichtöffentlicher Sitzung fortgeführt. -

München, 01. Februar 2023

R e i t e r
Oberbürgermeister
der Landeshauptstadt München

Protokoll